Lothar Probst

Veränderungen und Neukonfigurationen des politischen Partizipationsverhaltens in Ostdeutschland

1. Politische „Partizipation“ in der DDR

Begriff und Wirklichkeit von politischer Partizipation waren in der DDR entscheidend von den ideologischen Imperativen und politischen Strukturvorgaben des realsozialistischen Systems geprägt. Diese Imperative und Vorgaben waren eindeutig definiert, wie die folgenden Zitate aus dem Lehrbuch „Wissenschaftlicher Sozialismus“ veranschaulichen:

„Als lebendiger sozialer Organismus erfüllt das politische System in der sozialistischen Gesellschaft *zwei grundsätzlich, untrennbar verbundene Funktionen*: Es ist, politisch geführt durch die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse, *Instrument zur wissenschaftlichen Leitung der Gesellschaft* und ermöglicht den Werktätigen und befähigt sie, *bewußt und aktiv* an der Leitung der politischen Macht mitzuwirken, die von ihnen selbst ausgeht.“ (Großer/Reißig/Wolter 1988: 373)

„*Kern des politischen Systems der DDR ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*, die führende und lenkende Kraft der gesamten sozialistischen Gesellschaft. Sie verwirklicht [...] die politische Führung der gesellschaftlichen Prozesse.“ (Ebd. 379)

„Umfassendstes Element des politischen Systems der DDR ist der *sozialistische Staat als Machtapparat und Massenorganisation* der von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführten Werktätigen.“ (Ebd. 379)

„In der DDR werden Vorzüge, die im demokratischen Charakter des politischen Systems angelegt sind, immer umfassender genutzt. Die Bürger der DDR wissen, daß in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ihre *Sachkenntnis*, ihre berufliche *Erfahrung* und ihre Fähigkeiten ebenso gefragt sind wie ihr gesellschaftliches *Verantwortungsbewußtsein*. Rund 11,6 Millionen Bürger gehören Parteien und Massenorganisationen an. [...] Die immer umfassendere Einbeziehung aller Bürger in die Lösung öffentlicher Angelegenheiten gehört zu den bedeutendsten demokratischen Traditionen unseres Staates.“ (Ebd. 377)

Selbst wenn man unterstellt, dass die Verfasser dieses Standardwerkes für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium sich der allgemein-üblichen und zum Zeitpunkt der Abfassung längst leergelaufenen Rhetorik der herrschenden Nomenklatura bedient haben, so bilden die hier beschriebenen

Funktionen, Aufgaben und Wesensmerkmale der „sozialistischen Demokratie“ dennoch durchaus realistisch den uneingeschränkten Führungs- und Machtanspruch der SED für alle gesellschaftspolitischen Bereiche ab und erscheinen gleichzeitig wie eine Karikatur der Realität in der DDR.

Auch wenn man keinen normativ gehalt- und anspruchsvollen Begriff von politischer Partizipation im demokratietheoretischen Sinne zugrunde legt, sondern partizipieren in der Ursprungsbedeutung zunächst als „teilhaben“ versteht, konnte es aufgrund des Organisations-, Ideologie- und Machtmonopols der SED keine wirkliche Teilhabe und Mitwirkung an der Gestaltung der politischen Angelegenheiten in der DDR geben. Dazu hätte es zumindest eines öffentlichen politischen Raums bedurft, in dem sich eine spontane, staatlich nicht geregelte, von keinen Parteiinteressen dominierte, von Bürgerinnen und Bürgern selbstbestimmte politische Partizipation hätte entfalten können. Dies aber war innerhalb der systemisch bedingten Strukturvorgaben der DDR unmöglich. Vor diesem Hintergrund ist die Charakterisierung der DDR als „durchherrschte Gesellschaft“ (Kocka 1994) weder ein Angriff auf die gelebte Biografie von DDR-Bürgern noch eine Fixierung auf eine Herrschafts- und Unterdrückungsgeschichte, sondern sie beschreibt wirklichkeitsgetreu die Strukturmerkmale einer Diktatur, in welcher der von oben gesteuerte Zugriff auf alle politischen Ebenen und auf die soziale Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger zu den Grundeigenschaften des politischen Systems gehörte. Ihren ideologisch abgeleiteten, auf wissenschaftliche „Wahrheit“ begründeten zielrationalen Herrschaftsanspruch sicherte die SED aber nicht allein durch die Instrumente staatlicher Macht und Repression ab, sondern sie bediente sich auch eines umfangreichen Systems sozialer Gratifikationen, mit deren Hilfe politisches Wohlverhalten, Konformismus und „affirmative Partizipation“ (Bergem 1993: 121) im Sinne der politischen Zielkultur belohnt wurden. Insofern versuchte die SED „nicht nur gegen die Gesellschaft, sondern auch durch die Gesellschaft zu herrschen“ (Bessel/Jessen 1996: 16). Durch die Eröffnung von Karrierechancen, Privilegien und aufstiegsfördernden Bildungswegen sowie die zielgerichtete Zuteilung von Dienstleistungen und ökonomischen Vergünstigungen gelang es der SED durchaus, nicht nur überzeugte Parteigänger, sondern auch karrierebewusste und politisch eher indifferente DDR-Bürger für die Mitarbeit in partei- und staatsnahen „Massenorganisationen“ zu motivieren. De facto aber reagierten viele Bürgerinnen und Bürger mit fortschreitender Dauer der DDR auf die alle Lebensbereiche umfassende, ritualisierte und von oben gesteuerte Politisierung mit einer Entpolitisierung ihres Alltags, ja mit Gleichgültigkeit, Apathie und dem oft beschriebenen Rückzug in die Nischen des privaten Lebens. Dort entstand eine „Art politikferne Gegenwelt, die für die authentischen Bedürfnisse und die Kompensation materieller wie ideeller Mangelercheinungen reserviert schien“ (Häuser 1996: 61). In dieser gegen den System- und Staatszugriff entstandenen „kommunitären“ Alltagskultur verließ

man sich auf Bezugsgruppen wie Familie, Freunde, Partner oder Arbeitskollegen, „die in ihren Reaktionen und Verhaltensmustern einschätzbar und berechenbar“ waren (Häuser 1996: 61). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das politische System der DDR geradezu partizipationsfeindlich war, weil die darin dominierenden Strukturen die Quellen und Ursprünge allen politischen Handelns, nämlich gesellschaftliche Spontaneität, Eigeninitiative, Vertrauen, Gestaltungswillen und Verantwortung für das Gemeinwesen, nicht nur untergraben, sondern zum Teil sogar zerstört haben.

Von dieser grundsätzlichen Bestimmung der Wesensmerkmale des politischen Systems der DDR ausgehend, lassen sich dann auch Differenzierungen entwickeln, die den inneren Widersprüchlichkeiten des politisch-sozialen Lebens in der DDR und den „Grenzen der Diktatur“ Rechnung tragen. In der DDR-Forschung bemüht man sich deshalb seit langem darum, „die komplizierte Wechselwirkung [...] zwischen dem totalen Geltungsanspruch der Diktatur und den auf sie einwirkenden, zum Teil von ihr selbst geschaffenen, aber nicht immer von ihr kontrollierten Umweltbedingungen zu beschreiben“ (Bessel/Jessen 1996: 9). Dabei richtet sich das Augenmerk auf den Eigensinn verschiedener beruflicher, religiöser und sozialer Milieus, die sich dem Zugriff der zentralen Steuerung zu entziehen versuchten, auf die vielfältigen Intentionen, innerhalb der bestehenden Institutionen die politische Steuerungskapazität effizienter zu gestalten, auf die Schaffung von Freiräumen in und außerhalb der offiziellen Institutionen sowie auf die Herausbildung von Gegenkulturen und Gegenidentitäten. Wie durch eine reichhaltige Literatur inzwischen dokumentiert ist, kam es seit den 1960er und 1970er Jahren nicht zuletzt aufgrund generativer Veränderungen in den gesellschaftlichen Nischen, in den Freundschaftsbeziehungen und persönlichen Netzwerken, aber auch in gesellschaftlichen Teilbereichen, nachgeordneten Institutionen, Kultur- und Literatureinrichtungen zu einer Differenzierung und Pluralisierung von Lebensstilen, einer Entideologisierung des Alltags und der Entwicklung von Sozialtechniken der Individualisierung gegenüber dem Absolutheitsanspruch von Staat und Partei (vgl. hier stellvertretend Grunenberg 1990, Lemke 1991, Häuser 1996, Gensicke 1998). Teile der jüngeren Generation entzogen sich in den späten 1970er Jahren der intentionalen Beeinflussung durch die staatlichen Sozialisationsagenturen und suchten nach neuen Lebens- und Kommunikationsformen. Dabei war der Wunsch, das enge Korsett der politisch regulierten Lebensplanung zu verlassen und eigene expressive Lebensformen auszuprobieren, ein zentrales Handlungsmotiv (vgl. u.a. Häuser 1996: 98f.). Schließlich entwickelte sich im Bereich der DDR-Literatur und insbesondere im Umfeld der evangelischen Kirche ein zivilisationskritischer Diskurs, der den ökologisch katastrophalen Produktivismus des DDR-Systems kritisierte (vgl. u.a. Wensierski 1988, Emmerich 1989: 233ff., Knabe 1993, Michael 1997). Nicht zuletzt aus diesem gesellschaftskritischen Potenzial sozio-kultureller „Modernisierung“ rekrutierte sich später die Bewegung, die im Herbst

1989 das Ende der DDR einläutete. Je weiter sich zum Ende der DDR hin die systembedingten Strukturdefizite auf die politischen und ökonomischen Steuerungskapazitäten auswirkten, desto mehr versuchten auch systemkonforme Handlungsakteure diese Defizite durch Improvisation, Eigeninitiative und eigene Arrangements, die „das zentralistische Kommandosystem in der Politik- und Verwaltungswirklichkeit der DDR [...] durch ‚informelle‘ Interaktionsformen und -wege“ unterliefen und durchkreuzten (Wollmann 1994: 29), zu kompensieren. Gleichwohl konnte die Tatsache, dass sich innerhalb des politischen Systems „latente Differenzierungen oder Partikularinteressen, die sich in der Hierarchie der politischen Machtverteilung z.B. durch inhaltliche Divergenzen in der Politikformulierung oder in Sachentscheidungen herausgebildet hatten, [...] nicht darüber hinwegtäuschen, dass die letztinstanzliche politische Entscheidungs- und Verfügungsgewalt bei der SED, und innerhalb der Partei bei den Führungsgremien lag“ (Häuser 1996: 57). Im Gegenteil: Die SED reagierte auf die schleichende Erosion ihres politischen Steuerungsvermögens und auf die Entstehung autonomer Gruppenbildungsprozesse und Partizipationsansprüche ihrerseits mit einem Ausbau der Überwachungs- und Repressionssysteme (siehe hierzu u.a. die ausführlichen Einschätzungen und Berichte in den Materialien der Enquete-Kommission des Bundestages *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland* 1998). Dort, wo die Grenzen der formal zugestandenen Partizipation getestet wurden, z.B. von den im Raum der evangelischen Kirche entstandenen unabhängigen Friedens- und Ökologiegruppen, zeigte sich sehr schnell, dass die SED unter keinen Umständen bereit war, auch nur einen Deut von ihrem Machtmonopol abzurücken.

Nun könnte man glauben, dass es zumindest auf der Ebene der unteren politischen Verwaltungseinheiten Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten einer weniger kontrollierten Partizipation gab. Aber auch hier schlugen die Strukturvorgaben des politischen Systems durch. In dem oben bereits zitierten Lehrbuch „Wissenschaftlicher Sozialismus“ heißt es in diesem Kontext:

„Auf der Grundlage seines gesellschaftsumfassenden Wirkens ist das politische System auch durch eine stark ausgeprägte *Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit im Wirken aller seiner Bestandteile* gekennzeichnet.“ (Großer/Reißig/Wolter 1988: 75)

Und weiter:

„Sozialistische Kommunalpolitik ist als Bestandteil der einheitlichen sozialistischen Staatspolitik [...] darauf gerichtet, das gesellschaftliche und geistig-kulturelle Leben, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden bürgerfreundlich zu gestalten und zu verbessern.“ (Ebd.: 393)

De facto hatten die kommunalen Verwaltungs- und Repräsentationsorgane, die dem Organisationsprinzip der „doppelten Unterstellung“ folgten, keine eigenen Entscheidungs- und Machtbefugnisse, sondern sie unterlagen der unmittelbaren Kontrolle des jeweiligen Rates des Kreises, in dem wiederum

die SED mit dem Kreissekretär an der Spitze das eigentliche Machtzentrum war (vgl. Neckel 1999: 57ff.). Daneben konnten vor allem die Leitungsebenen lokaler Kombinate und Betriebe, die größtenteils den direkten Weisungen der Bezirksleitungen und zentralen Ministerien unterstellt waren und die über erhebliche Sach- und Personalressourcen verfügten, Einfluss auf kommunalpolitische Entscheidungen nehmen. Soweit sich dennoch auf lokaler Ebene, gewissermaßen an der Schnittstelle zwischen persönlichen Lebenswelten und politischen Institutionen, begrenzte Räume für ein nicht direkt gesteuertes Engagement von Bürgerinnen und Bürgern eröffneten, mussten diese in der Regel gegen den erklärten Widerstand der SED und der Staatsorgane erkämpft werden. Dabei konnten den politischen Entscheidungsträgern allenfalls in sozialen und Stadtgestaltungsfragen Zugeständnisse abgetrotzt werden. Wie gering aber letzten Endes auch hier die Spielräume waren, zeigen die zumeist gescheiterten Versuche von spontanen „Bürgerinitiativen“, die willkürliche Zerstörung historischer Kulturdenkmäler in ostdeutschen Städten und Gemeinden zu verhindern (so u.a. 1968 in Leipzig bei der Sprengung der Leipziger Universitätskirche). Angesichts der immer wieder erfahrenen Macht- und Wirkungslosigkeit eigenen Engagements auf allen Ebenen der Gesellschaft, angesichts der Dialogunfähigkeit der politischen Führungsorgane im Umgang mit anderen Ideen und Vorstellungen, stieß der „praktizierte staatliche Dirigismus“ (Priller 1996: 291) bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auf breite Ablehnung und verstärkte die Distanz zum SED-Staat und seinen gesellschaftspolitischen Organen. Zwar boten die staatsnahen und systemintegrierten Foren und Organisationen, in denen auf kommunaler Ebene „affirmative Partizipation“ praktiziert wurde (z.B. in den Wohnbezirksausschüssen), durchaus Möglichkeiten für Eigeninitiative und die Mitwirkung an eher unpolitischen Angelegenheiten. Jedoch handelte es sich dabei nicht um selbstbestimmte Freiräume im Sinne einer demokratischen Partizipation, zumal durch die bis ins Kleinste durchgeplante Kaderpolitik der SED in der Regel dafür gesorgt wurde, dass auch die lokalen Leitungen dieser Organisationen durch parteikonforme Personen besetzt wurden. Häufig dienten sie nur dazu, die in der Bevölkerung vorhandene Unzufriedenheit zu kanalisieren und – ähnlich wie beim Eingabensystem – dem wachsenden Unmut über die alltäglichen Probleme in der Konsumversorgung oder bei der Wohnraumzuteilung ein Ventil zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund ist es wohl eher ein Euphemismus, diesen Mechanismen einer systemimmanenten Integration das Prädikat „kollektiv-demokratisch“ zu verleihen. Die Mitarbeit in den lokalen Gliederungen gesellschaftlicher Massenorganisationen war, selbst dort wo sie gewisse Freiräume gewährte, fest in die zentralistisch strukturierten Hierarchien eingebunden und unterlag letzten Endes der Kontrolle durch die SED. „Die Partei war alles in der Stadt“ – so fasst Sighard Neckel in einer Gemeindestudie über eine Stadt in Brandenburg die Erfahrungen und Aussagen vieler Bewohner treffend zusammen (Neckel 1999:

57). Angesichts der hier skizzierten restriktiven Bedingungen politischer Partizipation kann wohl kaum davon gesprochen werden, dass in der DDR „besonders auf kommunaler Ebene [...] bestimmte Freiräume für eine relativ ‚normale‘ Gestaltung öffentlichen Lebens [bestanden].“ (Priller 1996: 290)

Als Ende der 1980er Jahre die Spannung zwischen den Selbstproklamationen der Staats- und Parteiführung und den in der Realität erfahrenen Strukturdefiziten des ökonomischen und politischen Systems immer größer wurde, kündigte eine wachsende Zahl von Menschen ihre stillschweigende „Loyalität“ mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auf, und die bis dahin in den privaten Bereich abgedrängten Autonomieansprüche artikulierten sich nun auch in der Öffentlichkeit. Ausgelöst durch eine beispiellose „Abstimmung mit den Füßen“ über das System „DDR“ im Sommer 1989 entstand mit Hilfe der kommunikativen Strukturen, die sich vor allem im Umfeld der evangelischen Kirche in den 1980er Jahren herausgebildet hatten (siehe u.a. Pollack 1990), dann jene gesellschaftliche Massenbewegung, die in einem Akt der demokratischen Selbstbefreiung die Diktatur zum Einsturz brachte. Insofern wurden im Herbst 1989 von den Bürgern und Bürgerinnen der DDR selbst die *politischen* Voraussetzungen für eine Neukonfiguration des gesamten Institutionensystems geschaffen – durch die Herstellung von Öffentlichkeit, die Erkämpfung von Organisations- und Meinungsfreiheit sowie die Abschaffung des Herrschaftsmonopols der SED. Politische Partizipation konnte sich fortan unter grundsätzlich anderen, nämlich demokratischen Bedingungen entwickeln. Bei allen Schwierigkeiten, mit denen die Ausgestaltung des neuen institutionellen Rahmens in den Folgejahren konfrontiert war und ist, erscheint es notwendig, an diesen demokratischen Gründungsakt, der durch eine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung gewollt war und durch öffentliches politisches Engagement herbeigeführt wurde, zu erinnern.

2. Die Entwicklung politischer Partizipation nach 1989 im Lichte neuerer Forschungsergebnisse

Nach der politisch-institutionellen Neukonfiguration Ostdeutschlands im Zuge der deutschen Einheit konzentrierte sich ein Teil der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung Anfang der 1990er Jahre zunächst auf die in den politischen Umwälzungen neu hervorgetretenen Formen der Partizipation (Runde Tische, Bürgerbewegungen), während sich die eher klassisch ausgerichtete Parteien- und Wahlforschung vor allem mit der Frage beschäftigte, inwieweit und wie schnell sich die im Osten ausgebildete Parteienlandschaft und das Wahlverhalten dem westlichen Vorbild anpassen würden. In den zahlreichen Studien über die Bürgerbewegungen und Runden Tische (vgl. u.a. Thaysen 1990, Müller-Enbergs/Schulz/Wielgoths 1991, Probst 1993a, Haufe/

Bruckmeier 1994) wird insbesondere deren innovatives Potenzial für eine Weiterentwicklung und Ergänzung parlamentarisch-demokratischer Verfahren hervorgehoben und auf die Bedeutung direktdemokratischer Elemente verwiesen. Ihnen wird darüber hinaus die Qualität eines neuen bürgerzentrierten Demokratiemodells zugeschrieben. Mit der deutlichen Abschwächung der Rolle der Bürgerbewegungen im weiteren Prozess der deutschen Einheit und ihrer politischen (Selbst-) Marginalisierung verlagerte sich dann das Forschungsinteresse eher auf die Erklärung der Gründe für das Scheitern dieser neuen politischen Formationen (vgl. u.a. Wielgoths 1993, Findeis/Pollack/Schilling 1994). Als repräsentativ kann in diesem Kontext etwa folgende Einschätzung in dem Buch „Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden?“ gelten:

„Inzwischen haben die Vertreter der ehemaligen Bürgerbewegungen viel von ihrem früheren sozialutopischen Idealismus verloren. Sie mußten einsehen, daß es einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht gibt [...] und daß Formen unmittelbarer Demokratie nur begrenzt praktikabel sind. Mit dieser Ernüchterung ging aber für viele von ihnen [...] auch die Erkenntnis neuer aus der DDR nicht bekannter gesellschaftlicher Verwirklichungsmöglichkeiten einher. Viele der früheren Mitglieder der Bürgerbewegung sind nun in Vereinen, Bürgerinitiativen, Parteien, Verbänden oder auch in den kommunalen Verwaltungen und Parlamenten tätig. Dort machen sie die Erfahrung, wieviel an Politikgestaltung möglich ist, wenn man sich auf die vorfindbaren Institutionen und Organisationen einläßt. Zwar hat die Demokratie viel von ihrem Zauber verloren, den sie einstmals, als man noch von ihr getrennt war, besaß und den man damals emphatisch beschwören konnte. Dafür ist sie heute zu einer Aufgabe geworden, an deren Bewältigung man nun erstmals wirklich mitarbeiten kann. (Findeis/Pollack/Schilling 1994: 13)

Neben diesem eher nüchternen Fazit mit der Feststellung, dass der Impuls der Bürgerbewegungen und ihrer Repräsentanten nun vom Alltag der repräsentativen Demokratie aufgesogen wurde, weisen andere Autoren aber darauf hin, dass sich bestimmte Elemente des politischen Aufbruchs von 1989 – wie die Runden Tische – auf lokaler und regionaler Ebene durchaus erfolgreich in der politischen Landschaft Ostdeutschlands behauptet haben (Probst 1994, Mushaben 1998).

In der Parteien- und Wahlforschung ging man zunächst von einer mehr oder weniger bruchlosen Übernahme des westdeutschen Parteiensystems aus; die PDS wurde in diesem Szenario eher als temporäres Phänomen aufgefasst, das nach einer gewissen Übergangszeit von selbst verschwinden würde (vgl. Sauer 1998: 39). Als Erklärungsmuster für diesen schnellen Angleichungsprozess galten präformierte Parteieinigungen, die sich bereits in der alten DDR herausgebildet hatten (vgl. Kreikenbom/Stapelfeld 1994; Schmitt 1992). Allerdings wurden bereits relativ früh nur schwache Parteidentifikationen (mit Ausnahme der PDS) und eine vergleichsweise hohe Mobilität im Wahlverhalten diagnostiziert (u.a. Rattinger 1995). Nachdem sich im Superwahljahr 1994 die ostdeutsche Parteienlandschaft „bereinigt“ hatte und sich

in Umrissen das jetzige Drei-Parteien-System herauskristallisierte, vollzog auch die Politikwissenschaft einen Schwenk und konzentrierte sich nun stärker auf die Besonderheiten des Parteiensystems, der innerparteilichen Organisationsentwicklung und des Wahlverhaltens in Ostdeutschland (siehe u.a. Veen 1995, Oberreuter 1996, Birsl/Lösche 1998, Chrapa/Wittich 2000). Die Tatsache, dass die PDS sich zu diesem Zeitpunkt bereits fest im Parteiensystem in Ostdeutschland etabliert hatte und sogar Zugewinne verzeichnete, wurde jetzt als Zeichen unterschiedlicher politischer Kulturen in Ost- und Westdeutschland gewertet (vgl. hierzu Falter 1998). In Bezug auf das Wahlverhalten werden die im Laufe der 1990er Jahre weiter wachsende Wahlabstinz, die hohe Fluktuation der Wählerinnen und Wähler zwischen den Parteien sowie die starke Personen- und *Issue*orientierung ebenfalls als ostdeutsche Sonderentwicklung angesehen (vgl. Schmitt 1995). Allerdings bleibt umstritten, ob darin wirklich eine ostdeutsche Spezifik zum Ausdruck kommt oder ob sich darin allgemeine Entwicklungstrends in westlichen Demokratien spiegeln. Mehr Aufmerksamkeit wird auch den Besonderheiten der Parteiorganisationen in Ostdeutschland geschenkt. Birsl/Lösche weisen in diesem Zusammenhang auf die strukturellen Probleme der ostdeutschen Parteien hin: niedrige Mitgliedszahlen, wenige Aktivmitglieder, eine geringe Organisationsdichte, schwach ausgeprägte Organisationsstrukturen, ein Mangel an Kandidaten für Mandate und Parteiämter, ein starker hauptamtlicher Apparat, eine fehlende vopolitische Vernetzung sowie eine geringe emotionale Bindung der Mitglieder und Wähler an die eigene Partei (Birsl/Lösche 1998). Hinzu kommt eine starke regionale Ausdifferenzierung der jeweiligen Parteistrukturen (vgl. Möller 1994).

Die Forschungsergebnisse in Bezug auf außerhalb der Parteien stattfindendes Protestverhalten sind eher widersprüchlich. In einigen Studien wird festgestellt, dass trotz erheblicher Härten im Transformationsprozess der ostdeutschen Gesellschaft die statistisch gemessene politische Unzufriedenheit sich kaum in politisches Protestverhalten umsetzt (vgl. Gabriel 1995). Diese Aussage wird allerdings durch eine komparative Studie über politischen Protest in postkommunistischen Gesellschaften relativiert, in der für Ostdeutschland ein vergleichsweise hohes Protestpotenzial „gemessen“ wurde (Lemke 1997). Dies deutet darauf hin, dass dort „in relativ kurzer Zeit eine ‚nachholende Mobilisierung‘ im Bereich unkonventioneller politischer Partizipation“ stattgefunden habe (Lemke 1997: 33).

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre richtete sich das Forschungsinteresse zunehmend auch auf die vielfältigen Zwischenformen eines nicht unmittelbar „politischen“ Partizipationsverhaltens in Ostdeutschland. Während sich vergleichsweise wenige Ostdeutsche in Parteien und politischen Bürgerinitiativen engagieren, ist das Engagement in Vereinen, Verbänden und Organisationen im so genannten *Dritten Sektor* relativ hoch (vgl. Priller 1996: 301, Priller 1999: 355f.). In einer 1997 vorgenommenen Befragung des

Forschungsinstituts für Öffentliche Verwaltung in Speyer wurde ermittelt, dass in Ostdeutschland 35% der Bevölkerung bürgerschaftlich engagiert sind (im Vergleich zu 39% in Westdeutschland) – mit einem Schwerpunkt in den Bereichen „Schule, Kinder, Jugend“ sowie „Soziale Hilfen“ (Gensicke 1999). Andere Studien gehen zwar von niedrigeren Zahlen aus, bestätigen aber ein durchaus bemerkenswert hohes Engagementpotenzial in Ostdeutschland (vgl. u.a. Rosenblatt 2000). Auch eine empirische Untersuchung der *Robert Bosch Stiftung* über „Soziale Bürgerinitiativen in den neuen Bundesländern“ belegt, dass soziales Engagement in den neuen Bundesländern einen hohen Stellenwert hat (Kramer/Wagner/Billeb 1998).

In der Diskussion über politische Partizipation wird heute in der politik- und sozialwissenschaftlichen Literatur vor allem deren Bedeutung für die Fundierung der Demokratie hervorgehoben. Demokratie wird nicht nur als ein System von Institutionen, sondern als eine Lebensform verstanden, „die sich erst im aktiven Gebrauch politischer Freiheitsrechte durch die Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens realisiert“ (vgl. Klein/Schmalz-Bruns 1997: 8) und die auf die „rechtlich nicht erzwingbaren Motive und Gesinnungen eines am Gemeinwohl orientierten Bürgers“ angewiesen ist (Habermas 1992: 641). Längst hat man dabei die Fixierung auf die konventionellen Formen der Partizipation z.B. in Parteien und Gewerkschaften, wie sie noch vor einigen Jahrzehnten vorherrschte, hinter sich gelassen und auch die vielfältigen Formen eines breiten bürgerschaftlichen Engagements in den Blick genommen, die heute die Qualität einer partizipations“freundlichen“ Bürgergesellschaft ausmachen. Tatsächlich sollten nach Auffassung des Verfassers dieser Studie – insbesondere für Gesellschaften, die sich wie Ostdeutschland in einem tiefgreifenden Umbruchprozess befinden – die Maßstäbe für das, was als politische Partizipation gelten kann, nicht zu eng gezogen werden, weil man sonst nur einen kleinen Ausschnitt der Engagementpotenziale einer Gesellschaft in den Blick bekommt. Die Bedeutung der vielfältigen Formen, in denen sich heute gemeinwohlorientiertes Engagement vollzieht, für die politischen Prozesse in der demokratischen Gesellschaft besteht vor allem in dem Beitrag, den sie für die Herausbildung einer *civic culture* (Almond/ Verba 1963) und die Entwicklung von *civic attitudes* leisten. Diese entstehen nicht allein im Rahmen von Institutionenbildung oder durch universelle Rechtsgarantien, sondern sie bedürfen der Generierung, Verstärkung und Tradierung in konkreten sozialen Kontexten. Freiwillige Assoziationen und auch vopolitische Netzwerke stellen mit ihrem Potenzial an Eigeninitiative, Selbsthilfe und Bürgersolidarität solche Kontexte zur Verfügung. Sie dienen der sozialen Kommunikation in der Gesellschaft, sie stärken die soziale Kohäsion, sie können zwischen verschiedenen Kulturen und Gruppen vermitteln helfen, sie können Sensibilitäten gegenüber Diskriminierungen schärfen und sie können Brücken zwischen Lebenswelten und Institutionen bauen. In diesem Sinne sind sie für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar.

3. Bürgerengagement in Ostdeutschland als Gegenstand von Lokalstudien

Die Forschungssituation in Bezug auf empirische Untersuchungen zum Partizipationsverhalten und bürgerschaftlichen Engagement in den ostdeutschen Bundesländern hat sich in den letzten Jahren zwar deutlich verbessert (vgl. insbesondere die Beiträge von Priller 1996, 1997, 1999, 2002 und von Zimmer/Priller/Anheier 1997), sie ist aber immer noch weit davon entfernt, eine ausreichend dichte und verlässliche Beschreibung der sehr heterogenen und komplexen Entwicklung vornehmen zu können. Wichtige Anhaltspunkte liefern einige größere Studien, die – auf der Basis der Umfrageforschung – Daten zum politischen Partizipationsverhalten und zum bürgerschaftlichen Engagement der Ostdeutschen erhoben haben (vgl. Klages/Gensicke 1998, Rosenblatt 2000, Gensicke 2000). Es liegt in der Natur dieser Studien, dass qualitative und spezifische Aspekte des Partizipationsverhaltens nicht in der Tiefe ausgelotet werden können, wie dies z.B. in fokussierten Lokalstudien, die mit einem anderen Untersuchungsinstrumentarium arbeiten, der Fall ist. So zeigt eine Reihe von bereits vorliegenden Lokalstudien über einzelne Regionen und Städte in Ostdeutschland auf beeindruckende Weise, welches qualitative Potenzial damit erschlossen werden kann. Diese Studien lassen sich in drei Kategorien einteilen: a) Lokale „Wende“-studien, die sich auf die politischen Umwälzungen in den Jahren 1989/90 konzentrieren, b) Lokal- bzw. Gemeindestudien, die ihren Ausgangspunkt in der historischen Zäsur von 1989 haben, sich aber vor allem mit dem sozialen und politischen Wandel in ostdeutschen Regionen und Kommunen nach der Wende beschäftigten, c) lokale und regionale Studien über die Entwicklung von „alternativen“ Bürgerinitiativen und soziokulturellen Projekten, die aus dem Wendeprozess hervorgegangen sind.

3.1 Lokale „Wende“-studien

Auf das besondere politische Partizipationsverhalten in Ostdeutschland im Kontext der „revolutionären“ Ereignisse von 1989/90 verweisen zahlreiche Lokalstudien, die sich mit dem „Wende“-prozess im engeren Sinne beschäftigen (vgl. u.a. Aldenhövel u.a. 1993, Probst 1993b, Abrokat 1997, Mrotzek 1996, Hansestadt Stralsund 1994, Dornheim 1995, Langer 1999, Grix 2000). Im Zentrum dieser Studien steht das große politische Engagementpotenzial, welches sich 1989/90 innerhalb weniger Wochen entfaltet hat und das in diesen Lokalstudien auf eindrucksvolle Weise dokumentiert wird. So wird immer wieder betont, wie in den damals entstehenden Bürgerbewegungen Tausende von Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, sich selbst

organisieren, ungeahnte politische Talente entwickeln, kreative Parolen erfinden, Spruchbänder malen, Flugblätter verfassen, Reden halten, Versammlungen organisieren, Resolutionen entwerfen, Thesenpapiere erstellen oder thematische Arbeitsgruppen bilden – kurzum Tätigkeiten des öffentlichen politischen Handelns nachgehen, die noch kurze Zeit vorher undenkbar erschienen. Überall herrschte ein Klima des Aufbruchs, der lebendigen Auseinandersetzungen und Diskussionen, in denen sich massenhaft politische Urteilskraft auch bei denjenigen herausbildete, die sich vorher „unpolitisch“ verhalten hatten. Während es am Anfang der Herbstrevolution noch überwiegend darum ging, die als Zwang erfahrene Herrschaft der SED abzuwerfen, so entwickelte sich im Verlauf des Umbruchs mehr und mehr die Lust am eigenen politischen Handeln und an der in Gemeinschaft erfahrenen Fähigkeit, Politik selbstbestimmt gestalten zu können. Einen besonderen Stellenwert nehmen in diesen Studien die „Runden Tische“ als neuer und eigenständiger Typus politischer Verantwortung und Konfliktregulierung in einer machtoffenen Übergangssituation ein (vgl. auch Thaysen 1990, Probst 1994). Viele Akteure aus dem Kern der Bürgerbewegung sehen in diesem Modell eine Alternative zu Tendenzen einer parteipolitischen Vermachtung, wie sie in ihren Augen in der Nach“wende“zeit einsetzt. Insgesamt bieten die lokalen „Wende“studien anschauliches Material über eine historische „Ausnahmesituation“, in der politische Partizipation zu einem Massenphänomen wird; aber die meisten dieser Studien brechen mit der Entstehung der neuen demokratischen Institutionen nach der deutschen Einheit ab und können insofern kein Bild davon vermitteln, wie sich politische Partizipation unter den neuen politischen Bedingungen weiterentwickelt hat.

3.2 Lokale „Postwende“studien

Die Lokalstudien der zweiten Kategorie haben zwar die Umwälzungen von 1989/90 als Ausgangspunkt, konzentrieren sich aber auf soziale und politische Entwicklungen und Veränderungen infolge dieser Ereignisse. *Ulfert Herlyn und Lothar Bertels* veröffentlichten 1994 als Herausgeber eine Lokalstudie unter dem Titel „*Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland*“. Der Schwerpunkt der Studie liegt auf einer stadtsoziologischen Untersuchung der Veränderungen, die die mittelgroße thüringische Stadt Gotha zwischen dem politischen Umbruch 1989 und 1993 durchlaufen hat. Als Material für das vorliegende Gutachten ist insbesondere der Beitrag von Peter Franz, der den „Wandel politischer Institutionen und Orientierungen“ in Gotha behandelt, von Interesse. Franz beschreibt zunächst die Entstehung neuer politischer Institutionen und den Austausch lokaler politischer Eliten, beschäftigt sich dann mit den partizipatorischen Handlungen der Bürger und Kommunalpolitiker innerhalb der neuen Institutionen und geht

schließlich auf Einstellungsmuster der Bewohner von Gotha im Zuge des politischen Wandels ein. Als wesentliche Anstoßfaktoren des lokalen Elitenwandels macht Franz den mit dem Wendegeschehen erzeugten politischen Druck, die Neubesetzung der im Rahmen des institutionellen Neuanfangs geschaffenen Institutionen und die Ergebnisse der 1990 durchgeführten freien Kommunalwahlen aus. Dabei kommt es zwar in den kommunalen Spitzenpositionen zu einem Austausch der durch ihre vorherige politische Tätigkeit belasteten Personen, aber teilweise rücken dafür Personen aus der zweiten und dritten Reihe der Hierarchie nach, die häufig Blockparteimitglieder waren und anschließend Positionen in der lokalen Administration mit Personen ihres Vertrauens besetzen. Als Folge stellt sich ein Misstrauensverhältnis vieler Bürgerinnen und Bürger zu den neuen Institutionen ein, weil dort die „alten Gesichter“ sitzen. In Bezug auf das politische Partizipationsverhalten der Gothaer Bürgerinnen und Bürger hebt Franz zunächst die „Phase heftiger politischer Aktivierung, die von August 1989 bis Mai 1990 dauerte“ hervor und betont die nachhaltige Wirkung dieser Erfahrungen für die politischen Orientierungen der Bürger (Franz 1994: 117). Im weiteren Verlauf seines Beitrages exploriert der Autor die Beteiligung der Gothaer Bewohner an den Kommunalwahlen (70% bei der Kommunalwahl 1990 und 66% bei der Kommunalwahl 1994) und verweist auf die Schwierigkeiten innerhalb der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung, in der während der ersten Legislaturperiode fast ein Drittel der gewählten Stadtverordneten vorzeitig zurücktritt oder aus dem Amt scheidet: „Neben der politischen Frustration führten bei vielen Stadtverordneten auch berufliche Probleme dazu, dass sie ihr kommunalpolitisches Engagement herabsetzten. Umschulung, Aufbau einer neuen Existenz und erhöhter persönlicher Einsatz am Arbeitsplatz nahmen die gesamte Energie in Anspruch“ (Franz 1994: 123). Franz geht auch kurz auf unkonventionelle und außerparlamentarische Formen politischer Beteiligung ein, da gerade „in solchen Aktivitäten [sich zeigen könnte], ob der Impetus der Wende sich in den neuen Formen institutionalisierter Demokratie erschöpft oder darüber hinaus reicht“ (Franz 1994: 125). Als exponierte Beispiele einer gelungenen Fortwirkung des Umbruchimpulses erwähnt er die Gründung der Vereinigung „Opfer des Stalinismus“ und des Vereins „Altstadterhaltung Gotha“ sowie die Aktivitäten verschiedener Fraueninitiativen, die erfolgreich ein Frauenhaus und ein Frauenzentrum mit kommunaler Unterstützung etablieren können. Diesen neuen Formen politischer Partizipation gelingt es, so Franz, in der lokalen Öffentlichkeit durchaus Aufsehen zu erregen. Für problematisch im Hinblick auf die längerfristige politische Partizipationsbereitschaft hält der Autor die hohe Verhaltenskonstanz der Nichtwähler sowie die Wahlabstinenz insbesondere unter den jüngeren Alterskohorten. Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Lokalstudie, 1993, sei außerdem eine deutlich „schlechtere Stimmungslage hinsichtlich der Vereinigungsfolgen“ festzustellen gewesen.

Für den Gegenstand des Gutachtens besonders anregend ist auch die 1999 von *Sighard Neckel* veröffentlichte Lokalstudie unter dem Titel „*Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989*“. Die Studie umfasst einen Zeitraum von acht Jahren (Ende 1989 – 1997) und versucht, den epochalen Wandel, der sich in dieser Zeit in Ostdeutschland vollzogen hat, am Beispiel einer mittelgroßen Stadt (55.000 Einwohner) in Brandenburg (der Autor verwendet das Pseudonym „Waldleben“) zu erkunden. Im Zentrum der Untersuchung stehen die lokalen Machtprozesse nach dem politischen Umbruch, die Entwicklung der örtlichen Elitenkonstellation nach der Wende, die politischen Ordnungsvorstellungen in den lokalen politischen Milieus sowie der Umgang mit der DDR-Vergangenheit und mit sich herausbildenden neonazistischen Orientierungen unter Jugendlichen. Sehr anschaulich beschreibt Neckel, wie sich aus dem „Außenseitermilieu“, das sich in Waldleben vor 1989 entwickelt hatte (vor allem im Umfeld der *Jungen Gemeinde* der methodistischen Kirche), im Zuge des „revolutionären“ Umschwungs 1989 die neue lokale politische Elite rekrutiert. Die Rolle dieses Milieus skizziert Neckel folgendermaßen:

„Aus den bis dahin politikfernen Milieus in der Stadt und ihren religiösen Lebenskontexten kamen denn auch die entscheidenden Akteure der Wende, denen in den Wochen der Revolution eine ungeahnte Zustimmung in Waldlebens Bevölkerung zuwuchs. Das ursprünglich private Beziehungsnetz verwandelte sich in ein politisches Netzwerk, um schließlich für einen kurzen historischen Augenblick zur Führungsgruppe einer sozialen Bewegung zu werden“ (Neckel 1999: 40).

Prägend für das Politikverständnis dieses Milieus sind vor allem die verinnerlichten Erfahrungen, die 1989/90 am Runden Tisch gemacht werden und häufig zur Richtschnur für politisches Handeln werden: problemorientierte „Sach“politik statt Parteipolitik, Gemeinwohl vor Eigennutz, gemeinsame Suche nach Lösungen statt ideologische Abgrenzung, Konsenssuche statt Polarisierung. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen zahlreicher anderer lokaler Studien über den Wendeprozess, in denen übereinstimmend sowohl die besondere Bedeutung „oppositioneller Kerne“ aus dem Raum der Kirche für die Entstehung der Bürgerbewegung als auch die besondere Rolle des Runden Tisches als Politikmodell herausgestellt werden. Aufgrund des in der „Wende“ erworbenen Vertrauensvorschlusses zieht nach den ersten freien Kommunalwahlen in Waldleben eine Mehrheitskoalition aus SPD, Grünen und Neuem Forum ins Rathaus ein. Neckel zeigt nun, wie in den Folgejahren diese Mehrheitskoalition ihre Autorität einbüßt und an einem Bündnis aus „alten Eliten“, die sich mittlerweile sehr flexibel den neuen Verhältnissen angepasst haben und als „Modernisierer“ auftreten, sowie aus dem Westen neu hinzugezogener Kräfte (vor allem aus dem wirtschaftlichen Bereich) scheitert. Im Laufe seiner Untersuchung beobachtet Neckel das Anwachsen einer „moralischen Indifferenz“ in Waldleben, sowohl in Bezug auf das sich herausbildende rechtsradikale Milieu als auch in Bezug auf die Akzeptanz de-

mokratischer Institutionen und Verfahren. Abschließend kommt er zu dem Urteil, dass neben dem Fortwirken alter Traditionen für die moralische Gleichgültigkeit

„auch Erfahrungen nach dem politischen Umbruch eine wichtige Rolle [spielen]. Anlässlich der vielfachen Kritik an der ‚lokalen‘ Wenderegierung wie am Benehmen westdeutscher Akteure setzte eine Umdeutung der erlebten Vergangenheit ein. Zwar verschwand nicht die Kritik, die das SED-Regime bei Waldlebens Bürgern fand, nur trafen ähnliche Vorwürfe in den Augen der lokalen Öffentlichkeit zunehmend auch auf die neue Demokratie und ihre Politiker zu. Dies entlastete die DDR, und somit die je persönliche Vergangenheit in ihr, und setzte die demokratische Ordnung als eben nur eine Herrschaftsform unter anderen herab. Der lokale Wiederaufstieg früherer Funktionseliten der SED konnte sich auf seine konfliktlose Weise erst im Bezugsrahmen solch kollektiver Deutungsmuster vollziehen.“ (Neckel 1999: 260)

Der hier ausgeleuchtete Hintergrund für die vielfach gebrochenen Einstellungen zur Funktionsweise demokratischer Institutionen in Ostdeutschland ist auch auf das allgemeine politische Partizipationsverhalten zu beziehen. Allerdings enthält die Studie von Neckel angesichts ihrer andersgearteten Schwerpunktsetzung keine konkreten Hinweise zu Engagementpotenzialen außerhalb der unmittelbar politischen Sphäre.

Eine weitere, für die Zwecke des Gutachtens hinzugezogene Untersuchung ist die Regionalstudie von Frank Berg, Martin Nagelschmidt und Hellmut Wollmann, die 1996 unter dem Titel „Kommunaler Institutionenwandel. Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozeß“ erschien. In dieser vergleichend angelegten Fallstudie werden die beruflichen Prägungen, Qualifikationen, Werteorientierungen und beobachtbaren Handlungsmuster der politisch-administrativen kommunalen Eliten in der Region Brandenburg (im Bundesland Brandenburg) und in der Region Bitterfeld über einen Zeitraum von ca. fünf Jahren (1989/90 bis 1994/95) untersucht. Die Autoren weisen darauf hin, dass die Kreise, Städte und Gemeinden in Ostdeutschland sich wie „keine andere öffentliche Handlungsebene der ehemaligen DDR“ durch Kontinuitäten struktureller und personeller Art auszeichnen. So ergab die Untersuchung, dass von den jetzt in lokalen Leitungsfunktionen tätigen Personen, je nach Region, ein Viertel bis fast zwei Drittel bereits in der DDR diese oder ähnliche Positionen innehatte. In der ersten Aufbauphase der neuen politischen Institutionen hätten viele der lokalen Akteure auf die Handlungsmuster und Ressourcen zurückgegriffen, die ihnen bereits aus der DDR vertraut waren, nämlich Informalität, Personalität und Solidarität. Persönliche Bekanntschaften und Personennetzwerke spielten zum Teil eine erhebliche Bedeutung. Formalorganisatorische und rechtsstaatliche Handlungsorientierungen, wie sie im Prinzip durch die neue institutionelle Ordnung eingefordert wurden, seien dagegen häufig zweitrangig gewesen (Berg et al. 1996: 9). Nur unter den aus dem politischen Umbruch hervorgehenden neuen Akteuren, die im institutionellen Wandel seit 1990 eine

Chance für einen demokratischen Neuanfang sahen, sei eine eindeutigeren Bereitschaft erkennbar gewesen, rechtsstaatlich-demokratischen Verfahrensweisen der kommunalen Selbstverwaltung den Vorrang einzuräumen. Das Kernproblem des institutionellen Transformationsprozesses und örtlicher politischer Interessenorganisation in den ostdeutschen Kommunen der Nach-, „wende“-zeit sehen die Autoren im Spannungsverhältnis zwischen von außen übernommenen Strukturvorgaben und den vor Ort vorhandenen Qualifikationen, Handlungsmustern und Werteorientierungen. Die für die Gestaltung von Kommunalpolitik notwendigen Kompetenzen hätten erst erlernt werden müssen. Eine Schwierigkeit sei auch die Tatsache, dass das Verwaltungspersonal in den meisten Fällen keine „integrierte Gruppe“ darstelle, sondern in „altinstitutionelle“, „neuinstitutionelle“ und aus dem Westen importierte Verwaltungsfachleute zerfalle. Dadurch seien Blockaden und Konflikte vorprogrammiert gewesen.

In allen vier hier vorgestellten Lokalstudien spielen Elitenwechsel und Elitenzirkulation auf kommunaler Ebene im Zuge der politischen Umwälzungen von 1989 und der anschließenden Implementierung neuer demokratischer Verwaltungsstrukturen eine wichtige Rolle. Im Zuge des Partizipationschubs von 1989 gelingt es politischen „Außenseitern“, die sich selbst systemfern positioniert hatten und u.a. im Umfeld der Kirche politisch sozialisiert wurden, in kommunale Machtpositionen aufzurücken; aber auch „alte“, pragmatisch und modernitätsorientierte Eliten oder gewendete „Blockflöten“politiker können auf der lokalen Ebene ihren Einfluss im Rahmen von Personennetzwerken durchaus behaupten (vgl. die Studien von Berg et al. 1996 und Herlyn/Bertels 1994) bzw. im Rahmen neuer Bündniskonstellationen (Zusammenarbeit mit pragmatisch und modernitätsorientierten Neubürgern aus dem Westen) wieder an die Macht zurückkehren (Studie *Neckel*). Einerseits erzwingen die neuen rechtlichen und administrativen Strukturvorgaben von allen Akteuren Anpassungs- und Lernprozesse, andererseits zeigt sich aber sowohl bei den neuen als auch bei den alten Eliten eine Tendenz zur Behauptung bereits vorher gepflegter und verinnerlichter Politikstile, nämlich Pflege von Beziehungsnetzwerken, das Umgehen formalrechtlicher Verfahren und die Suche nach „kreativen“ und „improvisierenden“ Problemlösungen, Konsensorientierung und Konfliktvermeidung, Moralisierung von Politik (vgl. Studien von Berg et al. 1996 und Neckel 1999). Vor diesem Hintergrund ist politische Partizipation in den neuen kommunalen Institutionen als ein komplexer und konflikthafter Prozess zu verstehen, der in Bezug auf Orientierungen und Handlungsmuster sowohl von Tradition als auch von Innovation gekennzeichnet ist. Parteien, vor allem soweit sie die politische Bühne erst neu betreten hatten und noch nicht in den lokalen Milieus ausreichend verwurzelt waren, sowie lokale politische Öffentlichkeiten spielen in *dieser ersten Phase* der Neukonfiguration des politischen Institutionensystems oft nur eine untergeordnete Rolle; statt dessen dominieren personalisierte Poli-

tikmuster. Nur in bestimmten Fällen gelingt es politischen Kräften außerhalb der Institutionen, sich mit neuen „unkonventionellen“ Formen der Partizipation Gehör in der lokalen Öffentlichkeit zu verschaffen (vgl. Herlyn/Bertels 1994).

3.3 Lokale Studien zur Entwicklung des Dritten Sektors in der Nachwendezeit

Eine Zwischenkategorie zwischen a) und b) stellt die 1995 unter dem Titel „*Soziale Milieus in Ostdeutschland*“ vorgelegte Studie von *Michael Vester, Michael Hofmann und Irene Zierke* dar. Die Autoren untersuchen am Beispiel zweier ostdeutscher Regionen (Sachsen und Brandenburg) den Zerfall und die Neubildung gesellschaftlicher Strukturen. Das Buch handelt erklärtermaßen „vom Eigensinn sozialer Milieus und regionaler Entwicklungen in Ostdeutschland“ (Vester et al. 1995: 7) und versteht sich als eine Milieustudie, in der u.a. die Potenziale der Tertiarisierung und Modernisierung in Ostdeutschland untersucht werden sollen. Insofern reiht sich dieses Buch auch in die unter b) vorgestellten Studien ein. Für die Fragestellungen des Gutachtens ist aber vor allem der Beitrag von Dieter Rink interessant, in dem dieser sich mit dem „Leipziger Alternativmilieu“ beschäftigt und insofern die Kategorie c) abdeckt. Ausgehend von der Feststellung, dass es bereits vor 1989 in Leipzig ein „alternatives Milieu“ gegeben habe, das sich u.a. aus sozialetischen Gruppen unter dem Dach der Kirche, einer „Kulturopposition“ und einer partei- wenn auch nicht systemkritischen linksintellektuellen Universitätsszene zusammensetzte, verfolgt Rink dessen Entwicklung von 1989 bis 1992. Dieses alternative Leipziger Milieu sei, so Rink, relativ jung und weise „einen überdurchschnittlichen Anteil Hochqualifizierter auf, die vor allem im Bildungs-, Medien-, Kultur- und Sozialbereich tätig sind“ (Rink 1995: 218). Einem Teil dieses Milieus ist es in Leipzig gelungen, in die neuen kommunalen Eliten im Zuge der deutschen Einheit aufzurücken und dort das politische Geschehen mit zu beeinflussen. Ein anderer Teil hat sich dagegen in ein breites Spektrum von „Bürger- und Stadtteilinitiativen, Umwelt-, Frauen-, Bildungs-, Sozial- und anderen Gruppen und Projekten“ transformiert. Dieser Gründungsboom 1990/91 fiel laut Rink „zeitlich zusammen mit der Einrichtung des umfangreichen ABM-Programms für die neuen Länder“ (Rink 1995: 225). Viele Initiativen und Projekte hätten es verstanden, mit Hilfe von AB-Maßnahmen eine eigene Infrastruktur aufzubauen. Zum Zeitpunkt der Untersuchung 1991/92 existierten in Leipzig über 30 thematisch weit gestreute Bürgerinitiativen und -vereine, des Weiteren ca. 25 Frauengruppen und -projekte. Aus dem von Rink als „Kulturopposition“ bezeichneten Teil des alternativen Milieus gingen vor allem „soziokulturelle Zentren, Zeitschriften, selbständige Galerien, freie Theatergruppen, Kulturprojekte, Buch-

läden u.Ä. hervor, die zum Teil einen kommerziellen Charakter angenommen hatten“ (Rink 1995: 225). Insgesamt, so fasst Rink in der Studie seine Eindrücke zusammen, deute die Entwicklung der letzten Jahre in Richtung einer institutionellen Verfestigung dieses Milieus.

Diese von *Dieter Rink* bereits Anfang der 1990er Jahre beobachteten Tendenzen werden durch eine umfangreichere Studie gestützt, an der Rink ebenfalls beteiligt war und die er zusammen mit *Dieter Rucht und Barbara Blattert* 1997 unter dem Titel „*Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel ‚alternativer‘ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands*“ publiziert hat. Das empirische Material der Studie beruht auf zwei Befragungen, die 1990 und 1992/1993 in Westberlin und Ostberlin unter „alternativen“ Gruppen durchgeführt wurden. Ergänzend werden Daten aus Leipzig, aber auch aus Dresden und Halle einbezogen. Für das vorliegende Gutachten waren vor allem die Passagen über die Entwicklung des alternativen Milieus in verschiedenen ostdeutschen Städten relevant. Die Autoren konstatieren, dass sich die Binnenstrukturen der Bürgervereinigungen, Initiativen, Projekte und Vereine zwischen 1989 und 1993 erheblich verändert haben. Innerhalb kürzester Zeit hätten sich die Gruppen „verrechtlicht, hierarchisiert und im Sinne personeller und gruppeninterner Arbeitsteilung ausdifferenziert“ (Rucht et al. 1997: 166). Es habe geradezu ein „Institutionalisierungsschub“ eingesetzt, der allerdings einige Besonderheiten aufweise. So sei in Ostdeutschland z.B. die Kooperationsneigung, vor allem mit Organisationen, Einrichtungen und Verbänden des „etablierten Sektors“ deutlich schwächer ausgeprägt als bei den gleichzeitig untersuchten Gruppen in Westberlin. Das Ergebnis ihrer Studie fassen die Autoren dahingehend zusammen, dass es im Hinblick auf die „alternativen“ Gruppen in Ostdeutschland innerhalb kürzester Zeit zu einer Anpassung von Gruppenstrukturen an veränderte politische Umweltbedingungen gekommen sei, ein Hinweis auf die Flexibilität des „alternativen“ Sektors. Auch wenn man diese Anpassung als Institutionalisierung verstehe, ändere dies nichts daran, so die Autoren, dass die „alternativen“ Gruppen im Gesamtspektrum von Organisationen, Verbänden und Vereinen nach wie vor einen eigenen Sozialtypus mit besonderen Qualitäten und Potenzialen darstellen (vgl. zu dieser Diskussion auch Roth 1994).

Im Rahmen einer vergleichenden West-Ost-Studie haben auch *Thomas Krämer-Badoni, Detlev Söffler und Elke Wiegand* das Milieu lokaler Bürgerinitiativen in Ostdeutschland (Leipzig) untersucht. Ergebnisse dieser Untersuchung wurden 1998 in einem Forschungsbericht mit dem Titel „*Die Entwicklung einer Civil Society in einer Gesellschaft mit zwei politischen Kulturen*“ vorgestellt. Die Entstehung der ersten Bürgerinitiativen gehe, so die Verfasser, nicht nur auf die Bürgerbewegung zurück, sondern zahlreiche Initiativen hätten sich auch aus dem Spektrum ehemals systemnaher Einrichtungen und Institutionen rekrutiert (Krämer-Badoni et al. 1998: 127). Gegenstand der Untersuchung in Leipzig sind vier Stadtteilinitiativen, von de-

nen zwei von Mitgliedern der Bürgerbewegung initiiert wurden und zwei aus Wohnbezirkssausschüssen (WBA) der Nationalen Front hervorgegangen sind. Während die aus den Reihen der Bürgerbewegung entstandenen Stadtteilinitiativen ihre Arbeit stärker unter dem Gesichtspunkt aktiver politischer Partizipation begreifen, verstehen die Mitglieder der aus den WBA hervorgegangenen Stadtteilinitiativen ihren persönlichen Einsatz vor allem als soziales und weniger als politisches Engagement. Ausführlich gehen die Autoren auf Konflikte und Widersprüche zwischen diesen beiden unterschiedlichen „Lagern“ ein. Vertreter der Bürgerbewegung hätten eine Zusammenarbeit mit engagementbereiten Vertretern ehemaliger Funktionsebenen aus prinzipiellen Gründen abgelehnt und wären dadurch nicht in der Lage gewesen, „in der Alltagskultur der DDR Ansätze für die Entwicklung einer civil society zu sehen“ (Krämer-Badoni et al. 1998: 128). Zu einem späteren Zeitpunkt ihrer Untersuchung hätte sich dann allerdings herausgestellt, dass für den weiteren Prozess der Bürgerinitiativenbildung die Frage nach der Herkunft der Initiatoren keine Rolle mehr gespielt hätte.

Die hier vorgestellten Lokalstudien verweisen auf die Bedeutung eines breiten Geflechts von Initiativen, Vereinen und Projekten, die aus dem Impuls der Ereignisse von 1989/90 hervorgegangen sind. Einem großen Teil dieser aus dem Bürgerbewegungsspektrum, aber auch aus dem Umfeld ehemaliger staatsnaher Institutionen hervorgegangenen Organisationen ist es demzufolge innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums gelungen, sich erfolgreich den neuen politischen Umweltbedingungen anzupassen und sich – u.a. mit Hilfe von ABM- und anderen Fördergeldern – in der lokalen Organisationslandschaft zu etablieren. Das Angebot dieser soziokulturellen Initiativen und Vereine reicht von Beratungs-, Bildungs- und Betreuungsangeboten über zielgruppengerichtete Projekte bis hin zu kommerziellen Dienstleistungen.

4. Aufgabenstellung und Profil der für das Gutachten erstellten Lokalstudie

Die für das Gutachten ausgearbeitete Lokalstudie reiht sich in die in den vorherigen Kapiteln skizzierten Bemühungen ein, durch qualitative Erhebungen und Milieustudien im regionalen und lokalen Bereich dazu beizutragen, dass das häufig nur grobmaschige Bild, welches in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen von der Komplexität und Vielfalt politischer und sozialer Prozesse gezeichnet werden kann, durch den mikroskopischen Blick erweitert, vertieft und ergänzt wird. Das Eintauchen in den Mikrokosmos eines lokalen Milieus kann in diesem Sinne helfen, Mentalitäten sowie Traditionen und Entwicklungslinien des politisch-sozialen Lebens, vor allem in Phasen tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche, besser zu verstehen. Vor diesem

Hintergrund erklärt sich die Entscheidung, für das vorliegende Gutachten Ausmaß, Qualität und Wirkung des politischen Partizipationsverhaltens in Ostdeutschland im Rahmen einer eigenen Lokalstudie genauer zu untersuchen, zumal viele der oben vorgestellten Lokalstudien nicht explizit auf diese Fragestellungen fokussiert sind und sich – bedingt durch den beschränkten Rahmen ihres jeweiligen Untersuchungszeitraums (überwiegend 1989/90 bis 1995) – vor allem auf grundsätzliche Probleme und Übergangsphänomene der Neukonfiguration des politischen Partizipationsverhaltens beziehen. Ihr Schwerpunkt liegt in den meisten Fällen auf der Untersuchung der Einstellungen, Orientierungs- und Handlungsmuster neuer und alter lokaler Eliten in den politischen Prozessen der „Wende“- und in den Institutionen der „Nachwende“-phase. Dieses Feld ist insofern bereits relativ gut erkundet. Auch in Bezug auf das Wahlverhalten, auf Parteineigungen und Parteiidentifikationen in Ostdeutschland sowie im Hinblick auf die allgemeine Bedeutung, Situation und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im so genannten Dritten Sektor ist die Forschungslage vergleichsweise gut. Es fehlen dagegen weitgehend *Detailstudien*, die sich gewissermaßen aus der Akteursperspektive mit den Eigenarten und konkreten Problemen des politischen Partizipationsverhaltens in ostdeutschen Kommunen beschäftigen und einen anderen Forschungszugang eröffnen. Diese Forschungslücke gilt sowohl für das klassische Engagement in Parteien (sozusagen als ein „Urelement“ politischer Partizipation in Demokratien) als auch für unkonventionellere (partizipatorische) Formen des Engagements etwa in soziokulturellen Initiativen und Projekten. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die hier vorgelegte Lokalstudie insbesondere auf diese beiden Bereiche und versucht, in die Untersuchung der Besonderheiten und Qualitäten des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland die Erfahrungen und Sichtweisen der beteiligten Akteure unmittelbar einfließen zu lassen.

Die Entscheidung, das politische Partizipationsverhalten im Rahmen einer eigenen, derart fokussierten Lokalstudie genauer zu untersuchen, bot sich aber nicht nur aus methodischen, sondern auch aus inhaltlichen Gründen an. Der lokale Rahmen ist gewissermaßen das originäre Betätigungsfeld bürgerschaftlichen Engagements. „Als primärem Ort des politischen Handelns führt an der Kommune kein Weg vorbei“, wie Roland Roth zu Recht feststellt (Roth 1997: 404f.). Tatsächlich sind für die „Einbettung“ der Demokratie, wie Sighard Neckel betont, „lokale Forschungsfelder prädestiniert. Demokratie findet in konkreten Sozialräumen statt, sie hat sich [...] vor allem kommunal zu bewähren. In Gemeinden ist das gut zu erforschen, weil sich hier alle sozialen Prozesse auf engem Raum konzentrieren und die Berührungsfelder von Lebenswelt und Politik dicht beieinander liegen.“ (Neckel 1999: 13). Jenseits der allgemeinen Klage über den Rückgang des bürgerschaftlichen Engagements, wird in der Forschungsliteratur übereinstimmend betont, dass die Bereitschaft, politisch aktiv zu werden oder sich sozial und

kulturell zu engagieren, in kommunalen Kontexten immer noch sehr viel ausgeprägter ist als auf anderen Ebenen des politischen Geschehens – ohne dass dabei die gleichzeitig auftretenden Schwierigkeiten (u.a. Begrenztheit kommunaler Entscheidungskompetenzen und der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen) ausgeblendet werden. In den Kommunen, als kleinsten politischen Einheiten, kann sich aufgrund der Dichte sozialer und kommunikativer Beziehungen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger am besten entfalten; dort können sie am leichtesten ihre soziale und politische Kompetenz einbringen, dort sind auch die Möglichkeiten der Beeinflussung von Entscheidungsprozessen am größten, soweit sie in den Kompetenzbereich der kommunalen Selbstverwaltung fallen. Zugleich ist die wechselseitige Verzahnung von repräsentativen, direkt-demokratischen und kooperativen politischen Beteiligungsformen auf kommunaler Ebene zum Teil bereits relativ gut etabliert und mittlerweile sogar in vielen Kommunalverfassungen verankert (vgl. Roth 1997: 411f.). Vor diesem Hintergrund war es eine zentrale Aufgabe der Lokalstudie herauszufinden, inwieweit und in welchen Formen diese unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten normativ wünschenswerte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben und an den öffentlichen kommunalen Angelegenheiten unter den schwierigen Bedingungen einer Transformationsgesellschaft, die einen tiefgreifenden wirtschaftlichen und politisch-sozialen Wandel durchläuft, tatsächlich stattfindet.

Lokale Nahstudien können – trotz aller Vorteile, die sie bieten – nur von begrenzter Reichweite sein; sie sind für sich genommen weder repräsentativ noch lassen sie generalisierbare Aussagen zu. Dies trifft umso mehr auf eine Studie zu, die innerhalb weniger Monate erstellt wurde und sich nicht über einen längeren Beobachtungszeitraum erstreckt. Die für das Gutachten ausgearbeitete Lokalstudie kann vor diesem Hintergrund nicht mehr sein, als eine Momentaufnahme von Phänomenen und Problemen des politischen Partizipationsverhaltens in einer ostdeutschen Kommune mehr als zehn Jahre nach der deutschen Einheit. Angesichts der nach wie vor bemerkenswerten sozialen Dynamik in den ostdeutschen Bundesländern können sich relativ rasch Veränderungen einstellen, die weder vorhersehbar noch gegenwärtig absehbar sind. Gleichwohl kann auch eine solche Momentaufnahme, wie sie die hier vorgelegte Lokalstudie darstellt, wichtige Indizien, Hinweise und Ansatzpunkte für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland liefern, da sich in ihr – wie in einem Brennglas – Erfahrungen, Motive, Probleme und Hindernisse des politischen Partizipationsverhaltens spiegeln, die für die gegenwärtige Situation auch anderer Regionen und Städte in den neuen Ländern durchaus exemplarisch sein dürften. Schließlich ging es nicht darum, die Eigenheiten der Stadt Rostock zu untersuchen, sondern am Beispiel der Stadt Rostock die Eigenheiten des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland in den Blick zu nehmen.

4.1 Zum Ort und zur Methodik der Lokalstudie

4.1.1 Zum Ort der Studie

Der Verfasser des Gutachtens hat sich für Rostock als Ort der Lokalstudie entschieden, weil er mit der dortigen Situation aufgrund zweier vorheriger Studien (Probst 1993b und Probst 2000) bereits vertraut war und vor diesem Hintergrund relativ schnell Zugang zu wichtigen Gesprächspartnern und Institutionen herstellen konnte.

Darüber hinaus schien Rostock unter inhaltlichen Gesichtspunkten für die Evaluierung politischen Partizipationsverhaltens ein lohnenswertes Terrain zu sein. Bereits in einer ersten Lokalstudie über die Bürgerbewegungen war der Verfasser des Gutachtens darauf gestoßen, dass die Ereignisse von 1989 innerhalb kürzester Zeit zur Entstehung eines bemerkenswert breiten soziokulturellen Netzwerks in Rostock geführt hatten (Probst 1993b). Die aus diesem Impuls hervorgegangenen Vereine, Organisationen und Projekte sind ein wichtiger und spürbarer Bestandteil des politisch-sozialen und kulturellen Lebens der Hansestadt an der Ostsee. In dem „Vereinswegweiser Rostock 1999“ sind in den Rubriken *Bildungsgemeinschaften*, *Bürgervereinigungen*, *Natur und Umwelt*, *Soziale Vereine und Verbände* ca. 140 relevante Organisationen aufgeführt. Viele dieser Vereinigungen organisieren zwar nur wenige Mitglieder und sind in einem erheblichen Maße von öffentlichen Zuwendungen abhängig, sie sind aber für die Gestaltung des öffentlichen Lebens unverzichtbar. Auch im Rahmen einer Studie über die lokale Parteiorganisation der PDS (Probst 2000) hatte der Verfasser des Gutachtens feststellen können, dass die soziale Verankerung dieser Partei (in allen Kommunalwahlen seit 1990 stärkste Partei in Rostock) unter anderem im Rückgriff auf erhebliche „ehrenamtliche“ Ressourcen der Mitgliedschaft beruhte.

Unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten kann die Entwicklung Rostocks als durchaus repräsentativ für die Probleme ostdeutscher Großstädte nach der deutschen Einheit gelten. Vor 1989 war Rostock das wirtschaftliche, politische und administrative Zentrum zahlreicher SED-gesteuerter Institutionen im Norden der DDR. Als wichtigste Hafenstadt erbrachte sie Leistungen für die ganze DDR. Durch ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm entstanden zwischen 1960 und 1989 außerhalb des Innenstadtkerns riesige Trabantenstädte, in denen vor allem sehr viele junge Familien angesiedelt wurden. Rostock gehörte zu den DDR-Städten mit einer hohen Zugangsrate. Seit 1990 befindet sich die gesamte Stadt, eine der wenigen industriellen „Inseln“ in Mecklenburg-Vorpommern, in einem umfassenden Strukturwandel. Als Hafenstadt und als Standort der ehemals größten Werft- und Fischereiindustrie der DDR ist Rostock von den wirtschaftlichen Umbrüchen des Vereinigungsprozesses besonders massiv betroffen. Die aus ihrer vorherigen Standortfunktion abgeleitete industrielle Monostruktur sollte

Schritt für Schritt durch die Ansiedlung kleinerer und mittlerer Betriebe ersetzt werden, während man sich gleichzeitig um die Erhaltung industrieller Kernbereiche, vor allem in der Werftindustrie, bemüht hat. Die eingeleiteten Veränderungen hatten in den ersten Jahren drastische Auswirkungen auf die Beschäftigungsstruktur. Im maritimen Bereich waren in Rostock Anfang 1990 noch 54.690 Arbeitskräfte (mit einem Anteil von 35% an der Gesamtzahl der Beschäftigten) tätig, Ende 1993 waren es nur noch 16.130. Alleine im Schiffbau und in den Zulieferbetrieben verloren 16.615 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz, in der Fischereiindustrie waren es ca. 6.000. Im kleineren und mittleren Gewerbe und Dienstleistungsbereich konnten in dieser Zeit nicht annähernd so viele Arbeitsplätze geschaffen werden wie abgebaut wurden. Vor diesem Hintergrund war und ist der Umbau der industriellen Infrastruktur für viele Rostocker mit sozialen Härten und weitreichenden Veränderungen der persönlichen Lebenssituation verbunden.

Auch im öffentlichen Sektor gab es erhebliche Einschnitte. Die gesamte öffentliche Infrastruktur (u.a. Wasserversorgung, Kanalisation, Straßennetz, Telekommunikation) musste innerhalb kürzester Zeit saniert werden – bei einem chronisch überschuldeten Haushalt (das Haushaltsjahr 1992 z.B. endete mit einem Defizit von 81 Millionen DM) und einer hohen Arbeitslosenquote (die durchschnittliche offizielle Arbeitslosenquote der letzten Jahre liegt bei 18,3%) ein nahezu auswegloses Unterfangen. Seit 1993 wurden unter dem Zwang des Sparens mit Hilfe einer rigiden Haushaltskonsolidierungspolitik Angebote und Einrichtungen im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur radikal ausgedünnt. Anfang 1993 beschäftigte die Stadt Rostock noch 6.293 Mitarbeiter in öffentlichen Funktionen, Ende 1994 war die Zahl bereits auf 3.600 Mitarbeiter geschrumpft. Im gleichen Raum wurden Dienstleistungen, wie etwa die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die bis dahin von städtischen Einrichtungen erbracht wurden, privatisiert (vgl. Schröder 1998).

Trotz erheblicher Wanderungsverluste nach 1989 in einer Größenordnung von mehr als 20% (Zurückgang der Einwohnerzahl von ca. 250.000 auf ca. 195.000) erfüllt Rostock auch heute noch als Oberzentrum der gesamten Nordostregion eine wichtige Funktion. Die Stadt ist eng mit dem Umland verzahnt; Arbeitsplätze, Dienstleistungszentren, Institutionen der Landesregierung und die Universität sind wichtige Faktoren der regionalen Infrastruktur. Mit Abstrichen weist Rostock auch im Bereich so genannter „weicher“ Standortfaktoren die Merkmale eines großstädtischen Milieus auf. Nicht nur das differenzierte Angebot der offiziellen Kultureinrichtungen und das Bildungs- und Veranstaltungsangebot der Universität, sondern auch die relativ hohe Anzahl und Dichte von Vereinigungen und Organisationen im soziokulturellen Bereich verleihen der Stadt einen Sonderstatus in Mecklenburg-Vorpommern.

4.1.2 Zur Methodik der Studie

Um möglichst differente Bereiche zu erfassen, hat sich der Verfasser dafür entschieden, politisches Partizipationsverhalten und bürgerschaftliches Engagement im Rahmen einer lokalen Querschnittsstudie zu untersuchen, da es – im Sinne der Aufgabenstellung des Gutachtens – hier nicht in erster Linie um eine möglichst genaue quantitative Erfassung von politischer Partizipation ging, sondern um qualitative Aspekte. Die für das Gutachten ausgewählten Organisationen, Vereine und Verbände lassen sich im Hinblick auf den Topos „Partizipation“ in drei Kategorien zusammenfassen:

- a) Politische Beteiligung in Parteien,
- b) bürgerschaftliches Engagement in soziokulturellen Vereinen und Projekten,
- c) bürgerschaftliches Engagement in einem Naturschutzverband.

Insgesamt wurden aus diesen drei Kategorien zehn Organisationen in die Untersuchung einbezogen (fünf lokale Parteiorganisationen, vier Vereine aus dem Bereich Soziokultur und eine Jugendorganisation aus dem Bereich der Naturschutzverbände). Die Kriterien für die Auswahl im Einzelnen ergaben sich einerseits aus dem Ziel, möglichst repräsentative Organisationen im Sinne der o.a. Kategorien zu erfassen, zum anderen spielten thematische Gesichtspunkte eine wichtige Rolle. Relativ einfach gestaltete sich die Auswahl auf der Ebene der Parteien: neben den vier in der Rostocker Bürgerschaft vertretenen Parteien SPD, PDS, CDU und Bündnis 90 (ein lokales Wahlbündnis, das mehr und mehr mit Bündnis90/Die Grünen verschmilzt) wurde auch die FDP in die Untersuchung aufgenommen, weil sie trotz nichtparlamentarischer Repräsentanz in Rostock immerhin über fast halb so viele Mitglieder wie SPD und CDU und über mehr Mitglieder als Bündnis 90/Die Grünen verfügt. Im Bereich „soziokulturelle Vereinigungen“ war die Auswahl in erster Linie an thematischen Gesichtspunkten ausgerichtet: beim Projekt *Beginenhof* handelt es sich um ein Frauenkultur-, Bildungs- und Beratungszentrum, der Verein *Dien Hong. Gemeinsam unter einem Dach e.V.* ist in der Ausländer- und Migrationsarbeit engagiert, das *Sozio-Kulturelle Netzwerk Rostock e.V.* ist im Bereich Erwachsenenbildung, Ausbildung und Weiterbildung aktiv und das *Institut für Neue Medien e.V.* (vormals *Alternative Medienwerkstatt*) zielt u.a. auf die Integration und Ausbildung von verhaltensauffälligen und beruflich schwer zu vermittelnden Jugendlichen im Bereich neuer Medien. Die Einbeziehung der *Naturschutzbundjugend (NAJU)* als Jugendorganisation des *Naturschutzbundes (NABU e.V.)* in die Untersuchung erfolgte sowohl im Hinblick auf thematische Aspekte (Bereich Umwelt und Ökologie) als auch unter dem Gesichtspunkt, das Engagement von Jugendlichen zu erfassen. Hinzu kam, dass die *NAJU-Geschäftsstelle* in Rostock für die Koordination der Arbeit der Jugendorganisation in ganz Mecklenburg-Vorpommern zuständig ist.

Als vorrangige Untersuchungsmethode wurde in der Lokalstudie auf leitfadengestützte, aber „offene“ Interviews mit zwölf Schlüsselpersonen¹ aus den oben skizzierten Organisationen zurückgegriffen. Darüber hinaus hat der Verfasser der Studie Materialien ausgewertet, die ihm zum Teil von Seiten der untersuchten Organisationen bzw. der interviewten Personen zur Verfügung gestellt wurden (Mitgliederstatistiken, Selbstdarstellungsbroschüren, Zeitungsberichte, Thesenpapiere etc.). Dort, wo es sinnvoll erschien, wurden weitere Daten mit Hilfe eines ausführlichen standardisierten Fragebogens erhoben.

5. Ergebnisse der qualitativen Untersuchung

5.1 Parteien und politische Partizipation

In den Umbrüchen des Jahres 1989/1990 kristallisierte sich auch in Rostock eine neue Parteienlandschaft heraus. Während zunächst das Neue Forum als breite Sammlungsbewegung firmierte, wandten sich bereits Anfang 1990 viele Mitglieder aus der Bürgerbewegung, die nach verbindlicheren politischen Strukturen suchten, den sich formierenden Parteien zu – in der Hoffnung, dort politisch etwas bewegen zu können. In dieser Phase, die durch eine hohe spontane Partizipationsbereitschaft gekennzeichnet war, gelangten Bürgerinnen und Bürger in Parteiämter und politische Funktionen, für die sie zum Teil weder die notwendigen Qualifikationen noch das Durchstehvermögen hatten. So ist es kaum verwunderlich, dass viele Rostocker „Politiker“ der ersten Stunde, die in den Tagen des politischen Umbruchs noch eine wichtige Rolle gespielt hatten, inzwischen aus ihren Ämtern verschwunden sind – gescheitert an den Anforderungen der neuen politischen Systembedingungen oder aber durch die persönliche berufliche Situation dazu gezwungen, ihr Amt niederzulegen. Bereits in den ersten Legislaturperioden der Rostocker Bürgerschaft nahmen zahlreiche gewählte Abgeordnete ihr Mandat gar nicht oder nur kurzfristig wahr, weil sie sich überfordert fühlten, beruflich verändert hatten oder weggezogen waren. Längst ist der partizipatorische „Geist“ des politischen Aufbruchs von 1989 für die meisten Menschen durch die Härte der Transformationsprobleme in den Hintergrund getreten, so dass politisches Engagement – vor allem in den Parteien – zu einer knappen Ressource geworden ist.

Unter diesen Voraussetzungen haben die Parteien in Ostdeutschland, so der Befund der politikwissenschaftlichen Forschung, einen schwierigen Stand in der Mitgliederrekrutierung und -aktivierung. Allerdings sind die Gründe

1 Eine Liste der Interviewpartner findet sich im Anhang.

für die allgemeine Partizipationszurückhaltung und ist die weitere Entwicklung des Parteiengagements durchaus differenziert zu beurteilen, wie das Ergebnis der Befragung in Rostock zeigt.

5.1.1 Barrieren für politisches Engagement in Parteien

In den Interviews mit den örtlichen Geschäftsführern bzw. Vorstandsmitgliedern der vom Verfasser untersuchten Parteien wurde zunächst die auch in der Forschungsliteratur herausgehobene These bestätigt, dass es unter großen Teilen der Bevölkerung in Ostdeutschland nach wie vor starke Reserven gegenüber einem Parteiengagement gibt. Dafür wurden in den Gesprächen vor allem drei Gründe verantwortlich gemacht:

- Ein fortdauernder Antiparteienreflex, der seine Ursachen in den Erfahrungen von vor 1989 hat. Die Art und Weise, in der die SED als Partei Macht monopolisiert und missbraucht hat, wirkt als abschreckendes Beispiel nach und hat dazu beigetragen, Parteiorganisationen überhaupt mit Misstrauen und Abwehr zu begegnen. Hier trifft sich ein aus dem alten Kontext der DDR konservierter Antiparteienaffekt mit einer auch in den alten Bundesländern kontinuierlich gewachsenen Distanz zu den Parteien. Umfrageerhebungen zum Institutionenvertrauen in Deutschland zeigen aber, dass – trotz einer gewissen Konvergenz in den Einstellungen – in Ostdeutschland Parteien noch negativer bewertet werden als in Westdeutschland (vgl. Walz 1997: 154). Sowohl Parteineigungen als auch affektive Parteibindungen bleiben in den neuen Bundesländern hinter entsprechenden Werten der alten Bundesländer zurück (vgl. Kreikenbom 1997: 185).
- Die während der kurzen Phase der politischen Euphorisierung 1989 entstandene Hoffnung, im Rahmen der sich neu formierenden Parteienlandschaft etwas bewegen zu können, wurde zum Teil enttäuscht. Einerseits stellte sich angesichts der Massivität der sozialen Probleme und der finanziellen Sachzwänge im Prozess der deutschen Einheit bei vielen – gerade auch auf kommunaler Ebene – sehr schnell Ernüchterung ein, die in parteipolitische Abstinenz umschlug. Andererseits wurde ein Teil der politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger, die durch den Impuls von 1989 in die Parteien geströmt waren, auch durch den dort dominierenden Politikstil abgeschreckt.
- Neue berufliche und soziale Anforderungen im Zuge des sozioökonomischen Transformationsprozesses besetzen Zeitressourcen und erzwingen eine hohe Mobilität, die sich generell negativ auf eine potenzielle Organisations- und Partizipationsbereitschaft auswirkt.

Auch wenn die Bedeutung der hier genannten Gründe unterschiedlich gewichtet wurde, spielten sie dennoch in den Aussagen der befragten Parteien-

vertreter die zentrale Rolle. In Bezug auf die Nachwirkungen der alten DDR-Konstellation sagte der *Interviewpartner vom Bündnis 90*:

„Der Begriff 'Partei' ist in der DDR absolut negativ besetzt. Parteizugehörigkeit ist wie 'gleichgeschaltet'. Es ist sozusagen der größtmögliche Ausdruck von ‚keine Meinung haben‘. Das bedeutet Partei und deswegen gibt's hier ganz große Vorbehalte z.B. von Leuten, die sich in der Bürgerbewegung engagiert haben.“²

In abgeschwächter Form wurde diese Einschätzung auch von den anderen Interviewpartnern bestätigt. Einen etwas anderen Akzent setzte die *Kreisvorsitzende der FDP*, indem sie darauf hinwies, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Bundesländern die Funktionen und Aufgaben demokratischer Parteien noch nicht bewusst sind, weil sie noch immer von den Erfahrungen in der DDR ausgehen:

„Ich denke, es gibt im Osten, mehr als in den alten Bundesländern, ein Defizit, nämlich dass den Menschen nicht klar ist, wie ich meine politischen Ziele durchsetzen kann. Dass ich das ganz einfach nicht über meinen Sportverein tun kann, sondern dass ich mir dann eine politische Partei suchen muss oder im Einzelfall auch mal eine Bürgerinitiative zu einem konkreten Problem.“

Offen bleibt in dieser Einschätzung allerdings, inwieweit es sich bei dieser Einstellung um ein politisches „Bildungsdefizit“ im Hinblick auf die grundlegenden Funktionen von demokratischen Parteien (Interessenartikulation, Interessenaggregation und Interessenrepräsentation) handelt oder um ein diffuses Misstrauen in die Fähigkeit von Parteien, politische Ziele adäquat und gemeinwohlorientiert zu vertreten.

Für die gering ausgeprägte Neigung, sich in Parteien zu engagieren oder öffentliche Ämter wahrzunehmen, wurden auch die Enttäuschungserfahrungen nach 1989 verantwortlich gemacht. So sagte z.B. der *Kreisgeschäftsführer der CDU*:

„Das Uneigennützig mal in den Vordergrund stellen, das war die Euphorie 1989/90. Aber vielleicht ist man inzwischen doch zu sehr ernüchert, weil man halt gemerkt hat, die Erwartungen waren zu hoch gewesen. Auch die Demokratie hat ihre Grenzen, vielleicht sogar noch mehr Grenzen, als man geglaubt hatte, und so ist eine gewisse Resignation da.“

Und an anderer Stelle ergänzte er im Hinblick auf innerparteiliche Demokratieerwartungen:

2 Diese und alle folgenden Interviewpassagen der Lokalstudie sind, soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, Originalzitate aus den Interviews, die der Verfasser zwischen Oktober 2000 und März 2001 in Rostock geführt hat. Die Interviewpartner sind im Anhang aufgeführt. Alle Interviews wurden bearbeitet und in eine lesbare Form gebracht.

„Idealismus war: Man kann jetzt [nach 1989]³ alles sagen, was man denkt, man kann mit ehrlichen, klaren Meinungen hier etwas machen. Man hat schnell begriffen: Wenn du nicht taktieren kannst, bist du schnell verbrannt. Man glaubte wirklich, man kann hier etwas bewegen und hat ganz schnell die Grenzen gemerkt, weil es immer gewisse Klüngel, gewisse Gruppen gibt, die Einfluss haben, die besonderen Königsmacher. Entweder ich rede ihnen nach dem Mund oder ich bin so stark, dass ich sie weg kriege. Und diese Spielchen [...] konnten viele nicht spielen oder sie wollten sie gar nicht spielen. Das war wirklich so 'ne Blauäugigkeit, dass man wirklich meinte, wir sind jetzt in einer Demokratie und man kann hier wunderschön etwas machen.“

Der *Kreisvorsitzende der PDS* weist in diesem Kontext noch auf einen weiteren Aspekt der Enttäuschungserfahrungen hin:

„Und dann gibt es Leute, bei denen sich Enttäuschung breit macht, weil sie sagen: wir Kleinen hier unten in den Ehrenämtern, wir können uns abquälen, und die Großen machen einfach immer so weiter, als ob alles bestens lief. Ein Beispiel ist die völlig ungerechte Mittelaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. [...] Gerade bei den kleineren Kommunen ist es oft so, dass sie gar nichts mehr machen können, und dann sitzt da so'n Gemeinderat und sagt: 'Mensch, wir sitzen hier wir die doofen Fuzzis. Die Leute erwarten jetzt was von uns, wir haben uns schließlich wählen lassen. Aber wir haben keinen Pfennig und der Landrat sagt, nichts geht.'“

Besonders viel Raum in den Ausführungen der Interviewpartner aus den Parteien nahm vor allem der dritte Punkt, die Auswirkungen von Mobilitätsanforderungen auf die allgemeine Partizipationsbereitschaft, ein. So sagte der *Kreisgeschäftsführer der SPD*:

„Wir haben ein großes Problem, im ganzen Osten. Die Leute reagieren auf die von ihnen verlangten Anpassungen [...] nicht so wie gedacht oder anders als geplant, das heißt, ihre Identifikation ist steil bergab gegangen nach meiner Meinung. Das heißt, sie identifizieren sich weder mit ihrem Haus, in dem sie wohnen, noch mit dem Stadtteil noch mit der Stadt noch mit irgendwelchen Parteien bzw. auch nicht mit ihrem Unternehmen, wo sie gerade arbeiten. Aufgrund der ganzen Unwägbarkeiten, und die halten ja weiter an, in den letzten zehn Jahren, sind viele Leute wahrscheinlich zu der Erkenntnis gekommen: Es lohnt sich nicht, langfristig zu planen. [...] Sie haben meinetwegen den fünften Job inzwischen und die dritte Wohnung – zu DDR-Zeiten wäre das ja völlig unmöglich gewesen. [Früher] haben manche 45 Jahre im gleichen Unternehmen gearbeitet und ihr Leben in einem Haus verbracht, von Anfang an. Sie sind irgendwann mal eingezogen als junge Leute und werden aus diesem Haus dann irgendwann mit den Füßen voran rausgetragen. So. Das zählt alles nicht mehr. Jetzt soll man sich umstellen, jetzt soll man heute das eine machen, morgen das andere machen, heute hier wohnen, morgen dort wohnen, und eine Folge dieser Ansprüche, die an die Menschen gestellt werden, ist dass die Identifikation mit irgendwelchen Sachen den Bach 'runtergegangen ist, das kann man wirklich sagen. [...] [Viele] reagieren auf diese andauernden Änderungen dadurch, dass sie sich nicht mehr engagieren, nirgendwo. Sie sehen das alles als Zeitjob.“

Und später fügte er hinzu:

„Für eine Parteimitgliedschaft ist ein konstanteres, sagen wir mal längerfristig geplantes Leben [...] günstiger als die neuen Biographien, die jetzt hier so an die Wand gemalt werden mit den zehn Brüchen. Das macht Parteimitgliedschaften kaputt.“

Auch der Kreisvorsitzende der PDS berichtet, dass die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in der Partei, vor allem in der Altersgruppe der 25- bis 55-Jährigen, unter den gewachsenen Mobilitätsanforderungen extrem leide. In einer internen Befragung versuchte man herauszufinden, warum so wenige aus dieser Altersgruppe an Versammlungen und Parteiaktivitäten teilnehmen. Dabei stellte sich heraus, dass viele am Wochenende z.B. „zu einer Schulung nach Westdeutschland fahren mussten“, um ihre berufliche Zukunft nicht aufs Spiel zu setzen. Und der *Kreisvorsitzende der PDS* ergänzt im Interview: „Ich merke das jetzt auch hier im Kreisvorstand. Jüngere Frauen, die dort sind, müssen jetzt für ein halbes Jahr nach Hamburg – aus beruflichen Gründen.“

Fasst man die hier zitierten Interviewpassagen zusammen, kristallisiert sich ein Problem heraus, dass der amerikanische Sozialphilosoph Michael Walzer demokratiethoretisch in der Theorie von den „vier Mobilitätsvarianten“ zusammengefasst hat. Laut Walzer leben wir in den modernen Industriestaaten „in einer zutiefst unstillen Gesellschaft“ mit einer hohen geographischen, sozialen, politischen und „Ehe“-Mobilität (Walzer 1993: 164f.). Alle vier Mobilitäten erzeugen eine gewisse dissoziative Tendenz und erschweren Bindungsprozesse, die für die soziale Kohäsion in einer Demokratie unerlässlich sind. Auch wenn Walzer die Theorie von den vier Mobilitätsvarianten vor allem mit Blick auf die USA entwickelt hat, spielen sie auch in der gesamtdeutschen Gesellschaft eine zunehmend wichtigere Rolle. Dies trifft insbesondere für Ostdeutschland zu. Neben der bereits in der alten DDR ausgeprägten „Ehe“-mobilität haben sich – in Folge des umfassenden Systemwechsels – innerhalb eines relativ kurzen, stark verdichteten Zeitraums auch die anderen Mobilitätsvarianten auf einem hohen Niveau ausgebildet. Geographische und soziale Mobilität wird vielfach durch die Veränderung beruflicher Biografien erzwungen (Umschulungen und Fortbildungen, Ortswechsel, Pendlerbewegungen über größere Distanzen). Laut Sozio-ökonomischem Panel-Ost „wechselten zwischen 38% und 57% der in den Jahren 1990 und 1994 Beschäftigten in Ostdeutschland ihren beruflichen Status“ (vgl. Hauser et al. 1996: 510f.). In der gleichen Zeit ist ein Fünftel aller Haushalte umgezogen (Harth et al. 1998: 41f.), regional liegt die Rate aber noch weit darüber. Eine Umfrage in Magdeburg zeigte, dass zwischen dem Herbst 1989 und dem Herbst 1995 „von allen Befragten [...] fast 30% ihren Wohnstandort gewechselt, [...] also entweder innerhalb der Stadt um- oder von außerhalb zugezogen waren“ (Harth et al. 1998: 117). Da es sich um eine Befragung *in* Magdeburg handelte, waren in dieser Zahl zwangsläufig noch nicht einmal

diejenigen erfasst, die die Stadt nach 1989 ganz verlassen hatten. Auch in Bezug auf das Wahlverhalten bescheinigt die Wahlforschung den Ostdeutschen eine außerordentlich hohe politische Mobilität (geringe affektive Parteibindungen, situatives Wahlverhalten, Personen- und *issue*-Orientierung)⁴. Unter diesen Voraussetzungen haben es die Parteiorganisationen in Ostdeutschland besonders schwer, Mitglieder dauerhaft an sich zu binden bzw. in die aktive Parteiarbeit einzubeziehen. Vielfach resultiert aus den hier skizzierten Mobilitätsproblemen eine hohe Fluktuation der Mitgliedschaft – „ein ständiges Kommen und Gehen“, wie der *Kreisgeschäftsführer der SPD* im Interview sagte. Und mit einer gewissen Bitterkeit fügte er hinzu: „Wir exportieren SPD-Mitglieder in den Westen.“

5.1.2 Zum innerparteilichen Partizipationsverhalten

Neben den Schwierigkeiten, überhaupt Bürgerinnen und Bürger für eine Parteimitgliedschaft zu gewinnen, ist auch die innerparteiliche „Rekrutierung“ von Mitgliedern für Führungsaufgaben und Funktionen, ihre Aktivierung für allgemeine Parteiaufgaben (z.B. im Rahmen von Wahlkämpfen) sowie der häufige Wechsel bei der Übernahme und Wahrnehmung von Parteiämtern innerhalb der ostdeutschen Parteiorganisationen ein zentrales Problem, wie die meisten Interviewpartner aus den Parteien betonten. Bis vor wenigen Jahren befand sich nur die vergleichsweise mitgliederstarke PDS noch in einer relativ komfortablen Situation, weil sie auf die ehrenamtliche Mitarbeit ihrer zahlreichen „Altgenossen“ zählen konnte, die über erhebliche Zeitressourcen verfügten. 1995 sagte der *Rostocker Kreisvorsitzende der PDS* auf die Frage, wie die örtliche Parteiorganisation ihr Wahlkampfmaterial an die Wähler und Wählerinnen verteilt:

„Wir [haben] etwa 50 sehr aktive Leute. Das sind meistens Vorruheständler, die dafür viel Zeit haben, die sich dauernd damit beschäftigen. Wenn Sie diejenigen dazuzählen, die mal dabei sind, wenn Plakate geklebt werden oder wenn irgend eine konkrete Vorbereitung zu machen ist, würde ich das so auf etwa 150 bis 200 Leute schätzen.“ (Probst 2000: 35)

Bei bestimmten Anlässen, z.B. wenn Flugblätter in die Briefkästen der Wohnviertel gesteckt werden sollen, erhöhte sich diese Zahl sogar auf 500, wie der Kreisvorsitzende damals ausführte. Auf diese Weise wurden z.B. bei der Kommunalwahl 1994 60.000 Exemplare des örtlichen Wahlinfos der PDS in nahezu jeden zweiten Haushalt verteilt. Inzwischen hat sich aber auch in der PDS die Situation radikal verändert. So sagte der *Kreisvorsitzende der PDS* jetzt:

4 Vgl. die Ausführungen in Kapitel 2.

„Wir haben vergleichsweise viele Mitglieder, die aber doch mehr oder weniger in ein Alter gekommen sind, wo sie Beitragszahler sind und im besten Fall einmal monatlich zu ihrer Basisorganisationsversammlung hingehen.“

Tatsächlich hat sich, trotz nach wie vor bestehender Unterschiede, die Ausgangssituation bei allen Parteien mehr oder weniger angenähert. Für die Mitgliederrekrutierung und die Mitgliederaktivierung wird es für alle Parteien immer wichtiger, „mitreißende“ Persönlichkeiten zu finden, die ihre innerparteiliche Funktion nicht nur als Pflichtaufgabe begreifen, sondern diese wirklich engagiert wahrnehmen. So wiesen alle interviewten Parteienvertreter auf die zentrale Bedeutung von einzelnen Führungspersönlichkeiten für die Parteiarbeit hin. Die *Kreisvorsitzende der FDP* betonte die Rolle einzelner herausgehobener Parteimitglieder für die Mitgliederwerbung, indem sie sagte:

„Wir haben einen sehr engagierten Unternehmensverband hier in Rostock, und der Geschäftsführer ist ein FDP-Mitglied, und das, denke ich mal, macht eine ganze Menge aus, das spricht sich schon herum. [...] Aber da sieht man eben auch, dass es neben guter inhaltlicher Arbeit auch auf Leute ankommt. [...] Wenn es sich herumspricht, Mensch, der engagiert sich auf der Strecke, dann denken andere auch, da kann ich mitmachen. Dadurch haben wir sicherlich auch eine Resonanz im mittelständischen Bereich.“

Besonders hervorgehoben wurde die Rolle Einzelner für die Entfaltung des innerparteilichen Lebens und die aktive Mitarbeit in der jeweiligen Parteiorganisation. Am deutlichsten markierte der *Kreisgeschäftsführer der SPD* das Problem:

„Es liegt teilweise an ein, zwei, drei Personen. Wenn die da sind, funktioniert es, wenn die weg sind, ist es vorbei. Dann müssen wir erst mal wieder warten, bis sich wieder welche finden. Also es liegt an wenigen Personen. Grundsätzlich, muss ich so feststellen. Wenn es da drei, vier, fünf Leute gibt, die wirklich aktiv sind – die reißen den ganzen Laden mit.“

Und später ergänzte er:

„Ein Ortsverein, der keinen guten Vorsitzenden hat, wird auch kein guter Ortsverein – niemals. Also braucht man dort Leute, die sich das antun. Und diese muss man finden, und diese muss man natürlich nicht nur mit Arbeit segnen, die kommt von allein, sondern sie müssen auch ein gewisses Mitbestimmungsrecht fühlen auf diesem Posten.“

Auch der *Kreisgeschäftsführer der CDU* thematisiert die Schwierigkeit, genug qualifizierte Leute für Parteifunktionen zu finden:

„Ich habe keine 'Häuptlinge', das ist das Problem. Alle wollen mitreden, aber keiner will Verantwortung übernehmen. [...] Wir haben in Rostock acht Ortsverbände. Da ist es [...] relativ schwierig jemanden zu überzeugen, den Vorsitz zu übernehmen, weil es natürlich bedeutend einfacher ist, in der zweiten Reihe zu kritisieren, als vorneweg zu marschieren.“

Trotz der hier geschilderten Probleme ist im Prinzip die Quote der aktiven Parteimitglieder oft gar nicht so schlecht, wie es auf den ersten Blick erscheint. Die Vertreter der SPD bezifferten die Quote der aktiven Mitglieder auf ca. 20% (von insgesamt ca. 400), der Geschäftsführer der CDU schätzte die Zahl der aktiven Mitglieder auf ca. 35% ein (von insgesamt ca. 360)⁵ und die Kreisvorsitzende der FDP sprach sogar von einer Quote von über 45% (von insgesamt ca. 150 Parteimitgliedern). Diese Zahlen verdecken aber zum Teil das eigentliche Problem, das in den ostdeutschen Parteiorganisationen eher in der quantitativen Dimension der Parteimitgliedschaft liegt. Verglichen mit westdeutschen Städten von der Größenordnung Rostocks beträgt die absolute Anzahl der Mitglieder der verschiedenen Parteien häufig nur 25% bis 30% des westdeutschen Niveaus. Daraus ergeben sich aber – auch im Hinblick auf die finanzielle Situation der Parteien in Ostdeutschland – erhebliche Konsequenzen. Aufgrund der – absolut gesehen – begrenzten Mitgliederzahlen verfügen die ostdeutschen Parteiorganisationen nur über ein geringes Finanzaufkommen durch Mitgliedsbeiträge, so dass sie z.B. nur wenig Spielraum für Investitionen in die Mitgliederwerbung und in innerparteiliche Qualifizierungsmaßnahmen haben. In Bezug auf die qualitativen Aspekte der Parteimitgliedschaft und des Engagementverhaltens besteht ein weiteres Dilemma darin, dass parteiinternes Engagement – z.B. Einsatz im Wahlkampf – häufig eher von der Loyalität zu Personen als von der Loyalität zur Partei bestimmt ist. Auf die Frage, ob es schwierig ist, Parteimitglieder dafür zu finden, Prospekte im Stadtteil zu verteilen oder Wahlkampfstände zu organisieren, antwortete ein Mitglied des *Rostocker Kreisvorstandes der SPD*:

„Es ist [...] schwierig, dafür Leute zu finden. [...] Das hängt immer davon ab, für wen persönlich man das tut. [...] Das ist dann nicht die Einstellung, ich mache das jetzt für die Partei, weil ich da Mitglied bin, sondern der, der da kandidiert, den mag ich leiden. Ihn will ich jetzt persönlich unterstützen.“

Nicht immer ganz deutlich wurde in den Interviewantworten, welche Kriterien einer aktiven Parteimitgliedschaft zugrunde gelegt werden. Am deutlichsten ging der *Kreisgeschäftsführer der CDU* auf diese Frage ein, in dem er ausführte:

„Ich habe immer gesagt, es gibt so eine ‘Drittelerung’. [...] Das ist a) ein Drittel von den Leuten, die sagen: Ich will Mitglied der CDU werden, ich zahle meinen Beitrag, wenn ich euch unterstützen will, aber ich will in Ruhe gelassen werden. Die braucht man nicht anzuschreiben, außer eben zu diesen satzungsmäßigen Versammlungen, wo ich jeden anschreiben muss. [...] Das zweite Drittel [...] ist eigentlich das größte Drittel von Leuten, die eben Mitglied sind und die sagen: Wenn ich schon Geld bezahle, dann möchte ich auch zu Ortsversammlungen kommen, oder ich möchte in Arbeitskreisen mitarbeiten. Aber das war’s. Und dann ist das letzte Drittel, was vielleicht das kleinste Drittel ist. Das sind Leute, die Karriere machen wollen, wobei für mich Kar-

5 Siehe auch Mitgliederstatistiken der Rostocker SPD und CDU im Anhang.

riere nichts Ehrenrühriges ist. [...] Das sind Leute, die eben sagen: Ich möchte für Vorstände kandidieren, ich möchte 'mal in der Bürgerschaft sitzen, oder ich möchte auch vielleicht 'mal in den Landtag oder in den Bundestag. Aber das ist eben der kleinste Prozentsatz.“

Die Besetzung parteiinterner Ämter auf den verschiedenen Organisationsebenen gestaltet sich in fast allen Parteien schwierig, vor allem wenn es um überregionale Parteiämter geht. So sagte die *Kreisvorsitzende der FDP*:

„Gerade bei den Bundesfachausschüssen [...] haben wir jedenfalls hier noch erhebliche Schwierigkeiten, auch die Plätze zu besetzen, die wir aus Mecklenburg-Vorpommern besetzen könnten.“

Als Ursache für die Zurückhaltung werden vor allem begrenzte Zeitressourcen genannt. Je zeitaufwendiger Parteiämter sind, desto schwieriger sind sie zu besetzen. Viele derjenigen, die ein Amt übernehmen, stellen nach kurzer Zeit fest, dass sie damit zeitlich und manchmal auch von ihren Kompetenzen her überfordert sind. Daraus ergibt sich eine hohe Fluktuationsrate. Der *Kreisgeschäftsführer der CDU* schildert drastisch die daraus entstehenden Probleme:

„Ich habe keine Kontinuität. Ich habe auch diesmal wieder einen fast völlig neuen Kreisvorstand. [...] Und dann habe ich eben das Dilemma, dass ich den Leuten erst einmal erklären muss, wie der Job funktioniert. [...] Viele begreifen nicht, dass, wenn man gewählt ist, eigentlich erst die Arbeit beginnt.“

Skeptisch beurteilten einige der Interviewpartner aus den Parteien auch die allgemeine Bereitschaft, Verantwortung für politische Ämter und Aufgaben innerhalb des Gemeinwesens zu übernehmen. Der *Kreisvorsitzende der PDS* fasste seine Erfahrungen folgendermaßen zusammen:

„Ich denke, es wird zunehmend schwieriger [...] für bestimmte Ämter, die ja alle Ehrenämter sind, ausreichend kompetente Menschen zu finden, weil die einen mit der Bewältigung der schwierigen Lebenssituation befasst sind und andere diese Wegstrecke schon weit hinter sich gelassen haben und inzwischen einen Standard – auf finanzieller Basis – gefunden haben, der ihnen ermöglicht, dreimal im Jahr ins Ausland zu fahren, um Urlaub zu machen.“

Von ähnlichen Erfahrungen berichtet auch der *Kreisgeschäftsführer der CDU*:

„Wir haben hier in Rostock Ortsbeiräte. Was denken Sie, wie schwierig das ist, überhaupt die Mandate zu besetzen mit Leuten? [...] Es gibt so viel, was nicht läuft. Da legt man so eine Gleichgültigkeit an den Tag. [...] Warum soll man sich abends in den Ortsbeirat setzen, wo man doch gerade einen neuen Neckermannkatalog bekommen hat; der ist viel interessanter. [...] Meine Senioren, wenn die aus dem Berufsleben ausscheiden, reisen die durch die Welt, sagen: Ich muss so vieles nachholen. Ich mache es ihnen nicht zum Vorwurf, aber das erklärt vieles. Partei ist schön, wir fühlen uns auch irgendwie verbunden, aber die Arbeit sollen die anderen machen.“

Insgesamt vermittelten die Gesprächspartner aus den Parteien den Eindruck, dass politisches Engagement und die Bereitschaft sich parteipolitisch zu engagieren eine knappe Ressource sind. Das Funktionieren des Parteilebens ist in einem hohen Maße von der Aktivität Einzelner abhängig und zeichnet sich durch eine vergleichsweise starke Fluktuation in der Mitgliedschaft und in den Parteiämtern aus. Die Gründe dafür sind sowohl in DDR-bedingten Einstellungen gegenüber Parteien als auch in Enttäuschungserfahrungen nach 1989 zu suchen. Vor allem scheinen aber die ausgeprägten Mobilitätsanforderungen im beruflich-sozialen Leben dazu beizutragen, dass insbesondere in den mittleren Altersgruppen sowohl die Zeit als auch die Energie für eine kontinuierliche und aktive Mitarbeit in den Parteien fehlt.

5.1.3 Kontinuitäten, Veränderungen und Entwicklungspotenziale

Über den Zeitraum der letzten zehn Jahr hinweg haben sich in den von mir untersuchten Rostocker Parteiorganisationen – in Bezug auf die Mitglieder- und Führungsstrukturen – einige signifikante Veränderungen vollzogen, aber es gibt auch bemerkenswerte Kontinuitäten. So spielen in fast allen Parteien Personen, die 1989/90 in der Bürgerbewegung aktiv waren oder an prominenter Stelle an der jeweiligen lokalen Parteigründung mitgewirkt hatten, innerhalb der jetzigen Parteiorganisationen immer noch eine wichtige Rolle. In der lokalen CDU verfügt z.B. eine größere Gruppe von Personen aus dem „Demokratischen Aufbruch“, die 1990 fast geschlossen in die CDU eingetreten ist, über erheblichen Einfluss. Auch bei Bündnis 90/Die Grünen kommen viele Mitglieder des aktiven Kerns aus der Bürgerbewegung. Und der *Kreisgeschäftsführer der SPD* sagt:

„An der Spitze [...] hat sich eine Gruppe herausgebildet der damaligen Erstmitglieder, die auch heute noch führend sind, die aber sich so allmählich dem Rentenalter nähern. In den nächsten Jahren zu den nächsten Wahlen werden neue Leute auftauchen.“

Der Hinweis auf die Altersstruktur und auf sich abzeichnende Veränderungen an der Spitze macht deutlich, dass innerhalb der ostdeutschen Parteiorganisationen Generationsverschiebungen zu erwarten sind und bereits stattfinden. Die Gründergeneration wird sich zum Teil aus den Führungspositionen zurückziehen und den Platz für jüngere Parteimitglieder frei machen.

Die vielleicht bemerkenswerteste Entwicklung hatten die Parteienvertreter in Bezug auf die Rekrutierung des parteipolitischen Nachwuchses mitzuteilen. Während einerseits ausführlich auf die Schwierigkeit eingegangen wurde, überhaupt neue Mitglieder zu werben und für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen, betonte man andererseits übereinstimmend, dass es in den letzten Jahren zu einem deutlichen Anstieg des Eintritts jüngerer Leute gekommen sei, die sich darüber hinaus aktiv in die Parteiarbeit einbringen würden. Eine wichtige Rolle scheint in diesem Zusammenhang die Universität in Rostock

zu spielen (insofern können die diesbezüglichen Aussagen nicht einfach verallgemeinert werden). So berichtete z.B. der *Kreisgeschäftsführer der SPD*:

„Unsere neuen Mitglieder sind in der Masse junge Leute, junge Leute um 20, Anfang 20. In der Masse sind das Studenten der Universität und Leute, die an der Universität beschäftigt sind.“

Des Weiteren führte er aus, dass es eine besonders aktive Juso-Gruppe gibt, die über Aktivitäten der Hochschulgruppe regelmäßig neue Mitglieder gewinnt und sich strategisch, etwa im Hinblick auf Personalentscheidungen, innerhalb der Parteiorganisation positioniert. Der *SPD-Kreisgeschäftsführer* beschreibt das Vorgehen folgendermaßen:

„Wenn jetzt eine große Mitgliederversammlung, Arbeitsgemeinschaft, Landesarbeitsgemeinschaft irgendwo im Lande ist, dann kriegen die das organisiert, dort auch mit zwanzig, dreißig Mann aufzutauchen und einen bestimmten zu wählen oder auch nicht zu wählen.“

Insgesamt vermittelt er den Eindruck, dass viele aus dieser Gruppe der jüngeren Parteimitglieder sich, nicht nur bei Personalentscheidungen, sondern auch in Wahlkämpfen, aktiv in die Parteiarbeit einbringen. Auch der *Kreisgeschäftsführer der CDU* bestätigt, dass es vornehmlich junge Leute sind, die heute in die Partei eintreten:

„Die Parteien in der DDR waren generell überaltert, die SED, auch die CDU. Das hat sich mittlerweile, Gott sei dank, sehr, sehr verändert. Die Masse der neuen Mitglieder, die eintreten, sind junge Leute: Schüler, Studenten, Jungunternehmer, die hier halt sich aus unterschiedlichen Gründen engagieren wollen.“

Und auch die *Kreisvorsitzende der FDP* hebt diesen Trend bei den Neueintritten hervor:

„Wir haben wieder mehr Eintritte in die FDP und insbesondere von jungen Leuten. [...] Sicherlich ist es ein Teil dem geschuldet, dass Rostock ja als Universitätsstadt auch Studenten hat, und da haben wir natürlich auch immer Mitglieder aus dieser Studentenschaft, [...] aber auch von jungen Beamten oder von jungen Leute, die sich noch im Ausbildungsverhältnis befinden.“

Schließlich betonten auch die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS, dass verstärkt jüngere Leute in ihre Partei eintreten und sich dort engagieren. Der *PDS-Kreisvorsitzende* berichtete von einer aktiven Jugendgruppe innerhalb der Parteiorganisation, die sich besonders in Wahlkämpfen engagieren will:

„Wir verfügen hier ja über eine Jugendgruppe [...]. Das sind überwiegend Studenten und Gymnasiasten, und die wollen gezielt [...] vor der Uni, vor Schulen, im Sommer am Strand in Warnemünde usw. Wahlkampf machen.“

Um einen realistischen Blick zu vermitteln, muss an dieser Stelle allerdings bemerkt werden, dass es sich, in absoluten Zahlen gemessen, bei den Neu-

eintritt jüngerer Menschen um bescheidene Größenordnungen handelt und nicht um eine regelrechte Eintrittswelle.⁶ Die Aussagen der Parteienvertreter lassen aber die vorsichtig-optimistische Aussage zu, dass sich hier zumindest ein positiver Trend abzeichnet.

Neben der tendenziellen Verjüngung hat sich in den letzten Jahren ein weiterer Faktor in der Entwicklung der Mitgliedschaft bemerkbar gemacht: der Zuzug von Westmitgliedern. Einerseits werden im Rahmen der Mobilität zwar Mitglieder in „den Westen“ abgegeben, wie der SPD-Geschäftsführer beklagte, andererseits kommen aber im Zuge der West-Ost-Wanderungsbewegung auch neue Mitglieder hinzu. Dabei handelt es sich zahlenmäßig gesehen nur um vergleichsweise geringe Kontingente, gleichwohl scheinen aber die Westmitglieder das Parteileben durch ein vergleichsweise höheres Engagement und bestimmte politische Qualifikationen positiv zu beeinflussen. So sagte der *Kreisgeschäftsführer der CDU*:

„Da sind Leute aus den alten Bundesländern zu uns gekommen, die sich eingebracht haben. [...] Es sind Leute, die eine ganz andere politische Ausbildung hatten, die schon von vornherein sich mit Politik beschäftigt hatten und die auch gelernt hatten, was unseren Leuten so ein bisschen abgegangen ist, den Willen zur Macht.“

Offensichtlich besonders ausgeprägt scheint diese Entwicklung bei Bündnis 90/Die Grünen zu sein. Der *Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90* in der Rostocker Bürgerschaft, gleichzeitig Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, betonte in diesem Zusammenhang:

„Nach meiner Einschätzung werden die Grünen im Osten ganz stark von ehemaligen Westmitgliedern, ich will jetzt nicht sagen dominiert, aber sehr stark in der Tendenz entwickelt. [...] Für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ist der Anteil von Leuten aus den alten Bundesländern erheblich. [...] Für Rostock ist er sicherlich auch überproportional.“

Neben den positiven Aspekten der „West“-mitgliedschaften scheint es aber auch negative Aspekte zu geben, Reibungen, die sich aus politisch-kulturellen Differenzen und zum Teil unterschiedlichen Politikstilen ergeben, wie sowohl der Vertreter der CDU als auch der von Bündnis 90/Die Grünen berichteten.

Alle Interviewpartner aus den Parteien – von CDU bis Bündnis 90/Die Grünen – betonten im Übrigen, dass die Frauenquote im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen am Parteileben de facto im Osten keine Rolle spiele. Der Frauenanteil an der Mitgliedschaft beträgt bei der SPD und CDU in Ro-

6 Es lagen keine verlässlichen statistischen Angaben bei den einzelnen Parteien über Neueintritte – aufgeschlüsselt nach Altersgruppen – vor. Auf Nachfrage schätzten einige Parteienvertreter (SPD, CDU, FDP) die Anzahl der Neueintritte von Parteimitgliedern unter 25 in absoluten Zahlen auf ca. 10 bis 20 pro Jahr. Allerdings machen die Neueintritte in diesem Alterssegment oft bis zu 40% bis 50% der gesamten Neueintritte eines Jahres aus.

stock jeweils nur ca. 25% (siehe auch Statistik im Anhang), auch bei den anderen Parteien liegt er nur unwesentlich darüber. Frauen, die sich engagieren, haben in der Regel hervorragende Aussichten, in ein Amt gewählt zu werden. Die Berufung auf die Quote ist dabei weder nötig noch ist sie sehr beliebt. Der Kreisgeschäftsführer der CDU meinte, dass die Forderung nach Abschaffung der Quote in seiner Parteiorganisation nicht von den Männern, sondern von den Frauen käme, weil sie keine „Quotenfrauen“ sein wollten. Die Interviewpartner machten keinen Hehl daraus, dass sie die Quotenregelung als „Westimport“ ansehen, der für den Osten aber keine Relevanz habe. Besonders drastisch formulierte es der *Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen*:

„[Die Quotenregelung] gilt im Westen als eine unangreifbare Ikone, die so vor sich hergetragen wird – das versteht niemand im Osten. Und es hat auch praktisch hier in den Ostlandesverbänden überhaupt gar keine Relevanz. [...] Als Frau kann man sofort in den Landesvorstand der Grünen kommen. [...] Da muss man wirklich nur eintreten und sagen: ‚Ich würd’ das machen‘ – sofort ist man drin. [...] Es geht nicht darum, dass irgendwelche Männer da sitzen und sagen: ‚Ne, die lassen wir da nicht ‚rein.‘ Das ist ein ganz anderes Frauenbild, um das es geht.“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die ostdeutschen Parteiorganisationen in einem Entwicklungsprozess sind. Noch bestimmen vielfach diejenigen das innerparteiliche Leben, die nach dem Aufbruch von 1989 die Führungspositionen besetzt haben. Aber es rücken neue „Generationen“ nach, die mit eigenen Vorstellungen und einem ausgeprägten Engagementverhalten die zukünftigen Partizipationsmuster stärker bestimmen werden. Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, dass dort, wo ein entsprechendes Umfeld vorhanden ist (z.B. in Universitätsstädten) junge Leute verstärkt in die ostdeutschen Parteiorganisationen drängen und sich aktiv in die Parteiarbeit einbringen. Schließlich wirkt sich auch der Westimport von Parteimitgliedern auf das innerparteiliche Leben aus. Aufgrund ihrer vergleichsweise hohen Partizipationsbereitschaft und der von ihnen mitgebrachten politischen Qualifikationen tragen sie dazu bei, dass die ostdeutschen Parteiorganisationen „politischer“ werden. „Westimporte“, wie die Quotenregelung für Frauen, erweisen sich dagegen im ostdeutschen Kontext gegenwärtig und auch auf absehbare Zeit als irrelevant.

5.2 Bürgerschaftliches Engagement in soziokulturellen Vereinen und Projekten

Schon im Frühjahr 1990 entwickelte sich in vielen ostdeutschen Kommunen aus dem Impuls, aber auch aus dem Zerfallsprozess der Bürgerbewegungen in einer zweiten Welle der Selbstorganisation ein breites Spektrum von sozialen, kulturellen und ökologischen Initiativen, Organisationen und Verei-

nen, deren Initiatoren und Mitglieder in den Herbstmonaten 1989 politisiert worden waren und die nun die Möglichkeiten der neu geschaffenen Organisationsfreiheit nutzten, um spezifische Anliegen und Ziele zu verfolgen. Martin Klähn, einer der Mitbegründer des *Neuen Forums* aus Mecklenburg-Vorpommern, hat diesen Prozess anschaulich beschrieben:

„Die anfänglichen Gruppierungen und Personen, die die Träger der Bürgerbewegung waren, sind dann zumeist in Vereine gegangen, d.h. sie haben Vereine gegründet für Sozialarbeit, für Ökologie. Sie sind gewechselt zu den Parteien, zumeist zu den Grünen, in die SPD, auch in die CDU. Also, mit Wegfall des Gegenübers SED und der Staatssicherheit setzte ein Auflösungsprozess ein, da ja bis zu diesem Zeitpunkt [...] überhaupt keine Klärung, gar keine Einigung über die Interessen, über die Richtung, über die weitere Arbeitsweise der Bürgerbewegung herbeigeführt werden konnte.“ (Klähn 1996: 136)

In dieser Phase bildeten die neu gegründeten Vereine und Initiativen – neben den Parteien und den sich stärker institutionalisierenden Bürgerbewegungen – gewissermaßen das organisatorische Fundament eines sich verstetigenden zivilgesellschaftlichen Engagements. Begünstigt und verstärkt wurde dieser organisatorische Gründungsboom sowohl durch die rechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Institutionalisierung des Vereinsrechts), die im Zuge des deutschen Einigungsprozesses nun auch im Osten Geltung hatten, als auch durch die „expansive“ Politik westdeutscher Organisationen und Verbände, die ihre eigenen Strukturen relativ schnell in Richtung Osten auszudehnen versuchten.

Seit 1990 ist auch in Rostock eine vielfältige soziokulturelle Organisations- und Vereinslandschaft entstanden. Allerdings haben sich seitdem auch neue Schwerpunkte und Formen des Engagements herausgebildet, die nur noch teilweise mit den Anfängen dieser Bewegung identisch sind. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund erheblicher Probleme im Transformationsprozess der ostdeutschen Gesellschaft, die sich insbesondere auf die Bereiche Soziales, Kultur und Bildung auswirken, treten viele der anfangs überwiegend ehrenamtlich organisierten Vereine heute als Anbieter sozialer Dienstleistungen für bestimmte Zielgruppen auf und werben um öffentliche Ressourcen. Insofern wird der bürgerschaftliche Impuls, der zunächst bei der Gründung vieler Initiativen und Vereine Pate stand, inzwischen sehr stark durch die enge Verflechtung des soziokulturellen Sektors mit den verschiedenen Instrumenten und Programmen der sie stützenden Arbeitsmarktpolitik überlagert. Gleichwohl, das zeigen die Ergebnisse der Befragung ausgewählter Beispiele in Rostock, spielt der ursprüngliche politische Impuls, wenn auch in anderer Weise als in den Anfängen, nach wie vor eine wichtige Rolle.

5.2.1 Kurzcharakterisierung der untersuchten soziokulturellen Vereine und Zentren

Dien Hong. Gemeinsam unter einem Dach e.V.

Der Verein *Dien Hong* (Gemeinsam unter einem Dach e.V.) wurde 1992 nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen vor einem Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen gegründet. Zunächst sollte die Vereinsgründung vor allem dazu dienen, die politische und gesellschaftliche Integration der in Rostock lebenden Vietnamesen, die als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen waren, zu fördern. Mit der Unterstützung des Ausländerbeauftragten der Stadt Rostock und anderer Förderer entstand 1994 aus dieser Initiative eine vietnamesisch-deutsche Begegnungsstätte, deren Mitarbeiter Kultur- und Bildungsarbeit leisten und eine allgemeine Sozialberatung für die in der Region lebenden Vietnamesen anbieten. Im Juni 1994 wurde der Verein vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung beauftragt, ein Modellprojekt „zur beruflichen und sozialen Integration von ehemaligen DDR-Vertragsarbeitnehmern und zur Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern“ durchzuführen. Seit dem erfolgreichen Abschluss dieses Modellprojekts ist der Verein ein wichtiger Ansprechpartner für kommunale sowie Landes- und Bundesbehörden, wenn es um gezielte Projekte zur beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten im Raum Rostock geht. Im Juli 1997 hat der Verein seine Projektarbeit auf alle in der Region lebenden ausländischen Nationalitäten erweitert und sich mit anderen im Bereich der Ausländerintegration arbeitenden Initiativen vernetzt, u.a. mit dem *Ausländerbeirat* der Hansestadt Rostock (ABRO) und mit dem Projekt *Integration – Gemeinschaft Erleben Lernen* (IGEL). Zusammen organisiert man z.B. als Partner des Rostocker Arbeitsamtes *Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderungsprojekte* (GAP) für Einwanderer und ihre Kinder. Zum Angebot des Vereins gehören Sprachkurse für Migranten, teilnehmerorientierte Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Lebensberatung (u.a. die Erstellung spezieller Broschüren für Migrantinnen in deren Muttersprache wie z.B. „Beim Frauenarzt“), eine gezielte Jugendsozialarbeit für Kinder aus Migrantenfamilien (Hausaufgabenhilfe, Freizeitangebote), die berufsorientierte Beratung und arbeitsweltbezogene Betreuung von Migrantinnen zur Förderung ihrer sozialen und beruflichen Integration. Im Jahr 2000 hat der Verein allein innerhalb von neun Monaten 800 Migranten aus über 40 Ländern betreut, ein Drittel davon im Rahmen von speziellen Bildungsmaßnahmen. Seit 1999 hat der Verein seinen Sitz im *Zentrum Waldemar Hof*. Dort sind auch der Ausländerbeirat der Stadt Rostock, sechs verschiedene Migrantenvereine, die Tanzabteilung des Konservatoriums sowie Kinder- und Behinderten-Tagesstätten untergebracht.

Frauenkultur-, Bildungs- und Beratungszentrum Beginenhof e.V.

In den Monaten des politischen Umbruchs 1989/90 gründet sich in Rostock zunächst der Verein *Frauen helfen Frauen e.V.* und erwirkt, dass er von der Stadt eine Immobilie für ein *Rostocker Frauenhaus* bekommt. Im Frühjahr/Sommer 1990 erfolgt dann die Gründung des Frauenkultur- und Bildungsvereins *Die Beginen e.V.*, der eigene Räume anmietet und in Kursen und Veranstaltungen ein spezielles Beratungs- und Bildungsangebot für Frauen unterbreitet (die Initiatorinnen greifen auf den alten Begriff *Beginen* zurück, da diese mittelalterliche weltliche Ordensgemeinschaft von Frauen, die sich durch ein hohes Selbsthilfepotenzial auszeichnete, auch in Rostock beheimatet war – es gibt noch heute den Straßennamen Beginenberg). In den Folgejahren stoßen weitere Initiativen hinzu: der *Verein zur Förderung der Weiterbildung von Frauen e.V.*, der ein *FrauenTechnikZentrum* einrichtet und u.a. EDV-Lehrgänge für Frauen anbietet, das *Mädchenprojekt Rostock*, der *Notruf für Frauen* und *Amanda e.V.*, ein Projekt für selbstbestimmtes Wohnen alleinerziehender Frauen. Nachdem die *Beginen* ihr erstes Domizil verlassen müssen, beginnt ein mehrmonatiger Kampf um neue Räume und entsprechende finanzielle Zuwendungen. Im Mai 1995 können die neuen Räume in einer ehemaligen Kindertagesstätte bezogen werden. Dies war erst nach umfangreichen Umbau- und Sanierungsarbeiten möglich geworden, die weitgehend von den in den Projekten organisierten Frauen selbst geleistet wurden, außerdem durch Zuwendungen aus Bundes-, Landes- und Kommunalmitteln, die zunächst nur sehr spärlich flossen, und schließlich dank der Hilfe von Spenden aus der Bevölkerung und von Firmen. In den Folgejahren müssen immer wieder mühsam neue Gelder aufgetrieben werden (u.a. über private Spenden, Firmenspenden und staatliche Zuschüsse), um die immer noch sanierungsbedürftigen Räume fertig zu stellen (u.a. Einbau einer neuen Heizungsanlage, Renovierung der elektrischen und sanitären Anlagen, Austausch von Fassadenteilen). Gleichwohl können die unter dem Dach des *Beginenhofs* organisierten Frauen-Initiativen und Vereine in dieser Zeit ihr Angebot ständig ausbauen und verbessern. Das im *Beginenhof* untergebrachte *Kontaktbüro Rostocker Mädchenhaus* z.B. organisiert die Erstbetreuung von Mädchen, die sexuelle, körperliche oder psychische Gewalt in ihrer Familie erfahren haben oder in einer Krise stecken und vermittelt sie gegebenenfalls in das *Rostocker Mädchenhaus* (dort stehen für sieben Mädchen Einzelzimmer zur Verfügung, und es findet eine professionelle therapeutische Betreuung statt). Des Weiteren wurde ein regionales Zeuginnenbegleitprogramm für Frauen und Kinder entwickelt, die von Sexualstraftaten betroffen sind. *Klara – Forum für Frauengesundheit* heißt ein neueres Projekt, das sich dem Ziel verschrieben hat, den selbstbewussten Umgang von Frauen mit ihrem Körper sowie die Entwicklung von Eigenverantwortung zu fördern. Schließlich hat auch der *Unabhängige Frauenverband (UFV) Rostock* sein Domizil im *Begi-*

nenhof. Das erklärte Ziel des in den Herbstmonaten 1989 in der DDR entstandenen *UFV* ist es, „Einfluss auf die Politik der Stadt, des Landes und des Bundes“ zu nehmen. Unter dem Dach des *Beginenhofs* gibt es darüber hinaus ein umfangreiches soziokulturelles Angebot für Frauen: ein *Café Frauentreff* (u.a. mit einem täglichen Frühstückstreff für arbeitslose Frauen), eine Frauenbibliothek, Kinderbetreuung in einem eigenen Kindergarten und Kreativwerkstätten (u.a. Kurse für handwerkliches und künstlerisches Gestalten).

Sozio-Kulturelles Netzwerk e.V.

Aus einem über den *Europäischen Sozialfond* geförderten Projekt zur Qualifizierung von Sozialarbeitern, die in der Behindertenarbeit tätig sind, entstand 1992 das *Sozio-Kulturelle Netzwerk e.V.* mit Sitz in Rostock-Mitte. Die vornehmliche Arbeit des Vereins besteht in der konzeptuellen Entwicklung, praktischen Organisation und Durchführung von Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen für verschiedene Bildungsträger, deren Aufgabe die Qualifizierung von ABM- und SAM-Kräften ist. Neben der beruflichen Qualifizierung legen die Mitarbeiter des Vereins besonderen Wert auf die Vermittlung von sozialen Kompetenzen, auf die Information über die Funktionsweise des Sozialsystems in der Bundesrepublik und auf die Beratung im Umgang mit Behörden und Verwaltungen. Ein zweites Standbein ist die Mitarbeit an Auftragsstudien für Landesbehörden, u.a. über die Lage von kinderreichen und alleinerziehenden Familien sowie von Langzeitarbeitslosen und langzeitarbeitslosen Behinderten in Mecklenburg-Vorpommern. Darüber hinaus bietet der Verein für Bürger des Stadtteils in unregelmäßigen Abständen Abendveranstaltungen zu kulturellen, gesundheitlichen, politischen und soziologischen Fragestellungen an. Der kleine Verein besteht aus 10 Mitgliedern, die ursprünglich über den Verein auch neue Berufsperspektiven gesucht haben, nachdem sie als „Intelligenzler“, die in einer vormals staats- oder parteinahen Institution tätig waren, ihren Beruf verloren hatten oder zumindest befürchten mussten, über kurz oder lang ihren Beruf zu verlieren. Vor diesem Hintergrund ist das eigene Selbstverständnis sehr stark durch den Beschäftigungsgedanken geprägt. So sagte der interviewte „hauptamtliche“ Mitarbeiter des *Sozio-Kulturellen Netzwerks*: „Viele Vereine, die sich nach der Wende gegründet und gebildet haben, waren in erster Linie dazu angelegt, um braches Potenzial wieder in eine Beschäftigung zu bringen.“ Nachdem inzwischen die meisten der zehn Gründungsmitglieder in verschiedenen Vereinen wieder einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, konzentriert sich die Arbeit ganz auf zwei „hauptamtliche“ Mitarbeiter. Der noch existierende ehrenamtliche Vorstand spielt dagegen in diesem Verein nur eine untergeordnete Rolle.

Institut für Neue Medien e.V./Medienwerkstatt

Die Entstehung der (alternativen) *Medienwerkstatt* (heute *Institut für Neue Medien e.V.* mit den Geschäftsbereichen *Berufliche Bildung* und *Medienwerkstatt*) als Teil des *Netzwerk Selbsthilfe e.V.* verdankt sich dem Impuls von 1989/90. Ausgehend von den bescheidenen Möglichkeiten, die vor 1989 bestanden, um im Rahmen unabhängiger und meist illegaler Umwelt- und Literaturzeitungen ansatzweise eine Gegenöffentlichkeit zur von der SED monopolisierten Öffentlichkeit zu schaffen sowie angesichts der nachlassenden Bedeutung der im politischen Umbruch geschaffenen neuen unabhängigen Medien, wollten die Initiatoren der *Medienwerkstatt* zunächst vorrangig daran mitwirken, unter den neuen politischen Bedingungen eine regionale Infrastruktur für eine kritische und unabhängige Mediennutzung und Medienproduktion zu schaffen. Diesem Zweck dienten die Einrichtung einer Video-, Foto- und Zeitungswerkstatt sowie eines Grafikateliers und einer Druckerei. Organisatorisch verfolgten die Gründer bereits 1992 anspruchsvolle Ziele: man wollte eine breite Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, als Aus- und Weiterbildungszentrum für spezielle Berufsgruppen im Medienbereich fungieren, Beratungsstelle für gemeinnützige Träger, aber auch für Firmen im Medienbereich sein, sich an der konzeptionellen Entwicklung von Projekten im Bereich Medienkunde, Medienerziehung und Medienforschung beteiligen, Materialien (Videos, Fotos, Grafiken, Plakate, Broschüren, Zeitungen usw.) für gemeinnützige Träger produzieren und als Keimzelle für die Entstehung von Übergangsfirmen (wirtschaftlich selbständigen Einheiten) im medialen Dienstleistungsbereich dienen. Auch die inhaltlichen Vorgaben waren sehr ambitioniert. So heißt es in einer Selbstdarstellungsbroschüre von 1992:

„Erst mit der Fähigkeit, sich mit den Mitteln moderner Massenmedien auszudrücken und diese zu verstehen wird das im Grundgesetz garantierte Recht auf freie Information und Meinungsäußerung eines, welches genutzt und auch eingefordert werden kann. [...] Wir wünschen uns ein Ort zu werden, an dem der in der Region brachliegenden Kulturszene die Ausdrucksmöglichkeiten moderner Medien geboten werden können; ein Kommunikationszentrum im modernen Sinne.“

Tatsächlich war die Medienwerkstatt in den Folgejahren in der Lage, viele dieser ehrgeizigen Ziele, zumindest teilweise, in die Realität umzusetzen. Mit Hilfe von Geldern, die beim *Sozialfonds der Europäischen Union*, bei der *Bundesanstalt für Arbeit* und beim *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur* in Mecklenburg-Vorpommern eingeworben wurden, entwickelte sich die *Medienwerkstatt* (seit 1993 *Institut für neue Medien e.V.*) zu einem kompetenten und respektierten Anbieter von Erstausbildungs-, Vollzeitqualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen in Medienberufen (u.a. Mediengestalter/in für Digital- und Printmedien, Werbe- und Medientvorlagenhersteller/in, Medienreferent/in und Medientechniker, Fachkraft für Multimedia-

Programmierung). Gleichzeitig wird ein Teil des ursprünglichen Arbeitsansatzes – unter Mobilisierung von ehrenamtlichen Ressourcen – in der Jugendarbeit der *Medienwerkstatt* fortgeführt. Beispielhaft für diesen Bereich ist etwa das Projekt *Kopra* (Kooperationsprojekt Praxis Lernen). Im Rahmen dieses Verbundprojektes von Rostocker Jugendeinrichtungen lernen „verhaltensauffällige Jugendliche“ in der *Medienwerkstatt* (hier: Videowerkstatt und Online-Computerwerkstatt) das nötige fachliche *Know-how*, um ihre Startchancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Den Projektleitern kommt es neben den fachlichen Aspekten aber vor allem auf die selbstbestimmten Formen des Lernens in der *Medienwerkstatt* an. Die Jugendlichen sollen sich unter Hilfestellung „druckfrei“ selbst etwas erarbeiten, aber auch Regelmäßigkeit und Verlässlichkeit entwickeln.

5.2.2 Schnittstellen: Engagement im soziokulturellen Sektor und politische Partizipation

Die Kurzbeschreibung der für das Gutachten ausgewählten und untersuchten soziokulturellen Vereinigungen und Zentren zeigt deren unterschiedliche Ursprünge und Entwicklungspfade. Während die *Medienwerkstatt* und das Projekt *Beginenhof* unmittelbar aus dem Impuls des Aufbruchs von 1989/90 hervorgegangen sind, ist der Verein *Dien Hong* als Reaktion auf ein spezifisches Nachwendereignis (fremdenfeindliche Ausschreitungen 1992 in Rostock-Lichtenhagen) entstanden. Das *Sozio-Kulturelle Netzwerk* schließlich verdankt seine Gründung dem Versuch von Bürgerinnen und Bürgern aus Intelligenzberufen, die als politisch belastet eingestuft wurden und ihren Job verloren hatten, sich neue Aufgaben und Berufsperspektiven zu erschließen. Alle Projekte zeichnen sich dadurch aus, dass sie in ihrer Startphase erhebliches ehrenamtliches Engagement mobilisieren mussten, um Räume zu finden, Gelder zu mobilisieren und als Ansprechpartner von Behörden, Verwaltungen sowie öffentlichen und privaten Trägern von Bildungsmaßnahmen anerkannt zu werden. Mit Ausnahme des *Vereins Sozio-Kulturelles Netzwerk*, dessen Fortbestehen zum Zeitpunkt der Befragung unsicher war (vor allem wegen der nicht gesicherten Weiterfinanzierung der beiden „hauptamtlichen“ ABM-Stellen), haben sich die drei anderen Vereine und Zentren weitgehend etabliert und sind heute für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Verwaltungen und Behörden in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern wichtige Ansprechpartner. Ihr differenziertes und qualifiziertes soziales und berufliches Dienstleistungsangebot ist ein bedeutender Bestandteil des *Dritten Sektors* in Rostock. Neben der von ihnen professionell geleisteten Arbeit sind vor allem der *Beginenhof* und der Verein *Dien Hong* in ihren Arbeitsbereichen gleichzeitig Ausgangspunkte für vielfältige bürgerschaftliche Aktivitäten, die für das politische und gesellschaftliche Leben in Rostock von hoher Bedeutung sind. Die Geschichte der *Medienwerkstatt* (heute *Institut für Neue*

Medien e.V.) wiederum zeigt, dass (alternative) Vereine, die ihren ursprünglichen Impuls aus den Erfahrungen von 1989/90 bezogen haben, sich zum Teil innerhalb kürzester Zeit auf bestimmten „Märkten“ etablieren konnten und heute als erfolgreiche Dienstleistungs-„unternehmen“ auftreten. Ihre Tätigkeit ist nicht mehr in erster Linie unter der Rubrik bürgerschaftliches Engagement zu verorten, gleichwohl wirkt auch in ihren professionellen Angeboten häufig noch etwas von den „bürgerschaftlich-sozialen“ Ansprüchen der Gründungsphase fort.

Für das allgemeine politische Partizipationsverhalten in Ostdeutschland sind vor allem die Schnittstellen interessant, an denen sich das konkrete soziale und fachliche Engagement im soziokulturellen Bereich mit weitergehenden politischen Fragestellungen und Aktivitäten kreuzt.

Die Interviewpartner aus den Vereinen und Projekten, überwiegend „hauptamtliche“ Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in zentralen Positionen, z.B. in der Geschäftsführung, betonten in den mit dem Gutachter geführten Gesprächen mehr oder weniger deutlich den Anspruch ihrer Organisationen, jenseits ihrer konkreten sozial- und bildungspolitischen oder kulturellen Arbeit an der politischen Willensbildung mitzuwirken. So sagte z.B. der *Geschäftsführer von Dien Hong*:

„Wir wollen nicht nur Händchenhalten, um [...] ein sehr niedrigschwelliges soziales Engagement anzusprechen, sondern wir sagen, wenn wir für Gleichberechtigung von Migranten eintreten, dann müssen auch Zugangsvoraussetzungen für Bildung und für berufliche Qualifizierung geschaffen werden. [...] Bestimmte Parts müssen für Migranten erleichtert werden, so dass eher eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft möglich ist. Ich denke schon, dass das politische Dinge sind. Ich denke, so ein menschenrechtlicher Hintergrund, der nicht nur im Appellativen verhaftet bleibt, der prägt uns auch.“

Im *Frauenzentrum Beginenhof* stand das Bemühen, frauenpolitische Belange im öffentlichen Raum zu artikulieren und zu institutionalisieren, von Anfang an Pate. Auch heute noch sind die im *Beginenhof* vertretenen Frauenvereine explizit politisch interessiert. So trifft sich dort einmal im Monat der *Frauenpolitische Tisch*, an dem auch Frauen aus Projekten außerhalb des *Beginenhofs* teilnehmen. Dort werden unter anderem Strategien zur Vertretung frauenspezifischer Interessen diskutiert. Um noch wirkungsvoller die Interessen der im *Beginenhof* organisierten Frauenprojekte vertreten zu können, hat man sich auch dem Landesfrauenrat, der sich als übergeordnete Interessenorganisation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern versteht, angeschlossen. Beim *Sozio-Kulturellen Netzwerk* stand zwar von Anfang an stärker die Organisation beruflicher „Überlebensperspektiven“ im Vordergrund, aber auch hier begreift man den eigenen Arbeitsauftrag durchaus politisch. So organisiert der Verein u.a. Tagesseminare und Abendveranstaltungen, bei denen über demografische Entwicklungen, die Rentenreform und aktuelle sozialpolitische Fragen informiert wird. Am stärksten in den Hintergrund getreten ist

der ursprünglich starke politische Partizipationsanspruch beim *Institut für Neue Medien*. Die Absicht, eine Art politisch-alternative Medienarbeit in Rostock zu etablieren, um Medien-Produzenten und -Rezipienten zu befähigen, kritisch mit den Massenmedien umzugehen, wurde aufgrund ernüchternder Erfahrungen schon in den Jahren 1991/1992 aufgegeben, als die ersten alternativen Zeitungsprojekte sich bereits wieder von der politischen Bühne verabschiedet hatten. Nach dieser Phase der „Desillusionierung“ (so der Geschäftsführer des Instituts) begann man mit der professionellen Qualifizierungsarbeit für Berufe in den „etablierten Medien“. Dennoch ist man auch hier bis heute bemüht, berufliche Qualifizierung und politisch-soziale Bildung methodisch konstruktiv miteinander zu verknüpfen. So sagten zwei der *Gründungsmitglieder des Instituts* im Interview:

„Nicht nur, weil wir gemeinnützig sind, sondern als Unternehmensphilosophie steht für uns die Qualität der Arbeit, die wir machen, an erster Stelle – sie kommt vor der Effizienz. Es gibt eben noch eine soziale Seite, und die soziale Seite, das heißt, den anderen zu sehen nicht nur als das, was er arbeitsmäßig ist, sondern als das, was er eben darüber hinaus noch ist.“

Noch stärker wirkt diese Tradition in dem zweiten Geschäftsbereich des Instituts, der *Medienwerkstatt*, fort. Dessen *Geschäftsführer* formulierte den politisch-sozialen Anspruch folgendermaßen:

„Die Medienwerkstatt [hat] immer versucht, [...] der alternativen Szene zumindest verbunden zu bleiben, nicht in einer Kernzugehörigkeit, sondern [...] von der Atmosphäre, von der Art der Abläufe, von der Art der Kollegialität [her], die sich ganz klar unterscheidet von der, aus Feindbildsicht formuliert, Sterilität von stark institutionalisierten Medienschulen und Bildungsangeboten.“

Die positiven Effekte, die von der Arbeit der Vereine, Initiativen und Projekte des soziokulturellen Sektors im Hinblick auf allgemeine politisch-soziale Bildungsprozesse ausgehen, und ihre Bedeutung als Ausgangspunkte eines vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die dort geleistete Arbeit in einem hohen Maße von „personellen Kernen“ getragen wird, die in vielen Fällen von arbeitsmarktpolitischen Unterstützungsmaßnahmen (ABM, SAM, GAP usw.) abhängig sind. Daraus ergeben sich für die erfolgreiche Verstetigung der Arbeit erhebliche Konsequenzen. So absorbiert der Kampf ums „Überleben“ und die ständige Suche nach neuen Fördermitteln viele Energien, wie u.a. der *Mitarbeiter des Sozio-Kulturellen Netzwerks* berichtet:

„Wenn du jetzt selber immer nur Ein-Jahres-Projekte hast, hast du ein halbes Jahr Ruhe, um mit dem Projekt zu arbeiten; nach einem halben Jahr musst du das Projekt machen und das nächste bereits vorbereiten, ohne zu wissen, ob dieses Projekt dann auch wirklich im nächsten Jahr eine Fortsetzung der Arbeit bedeutet.“

Tatsächlich sind die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die zur Finanzierung „hauptamtlicher“ Stellen im Bereich der Soziokultur eingesetzt werden, ein überlebenswichtiger Teil der gesamten Infrastruktur des Dritten Sektors; ohne diese Infrastruktur könnten die soziokulturellen Projekte und Initiativen ihre stimulierende Wirkung für das bürgerschaftliche Engagement kaum entfalten. Kürzungen bei der Vergabe von AB-Maßnahmen und Veränderungen der Kriterien für deren Zuteilung haben erhebliche Auswirkungen auf die Projekte in diesem Bereich. So sagte der *Mitarbeiter des Sozio-Kulturellen Netzwerks*:

„Das Arbeitsamt Rostock hat die Information herausgegeben, dass der zweite Arbeitsmarkt stark zusammengestrichen wird, dass statt 12 Monate ABM nur noch Teil-ABM geschaffen werden, dass unter 25-Jährige und Hochqualifizierte keine ABM bekommen sollen, dass vor allem auch im Dienstleistungsbereich, im Sport- und Jugendbereich kaum noch ABM im nächsten Jahr genehmigt werden. [...] Unter diesen Bedingungen werden Bildungsträger, die vor allen Dingen im sozialen Bereich tätig sind, sehr alt aussehen, weil sie auf diese Fördertöpfe zu 80 bis 90% angewiesen sind.“

Tatsächlich kann gerade die Mehrheit der kleineren Initiativen und Projekte den Wegfall oder die Kürzung dieser Förderinstrumente kaum durch andere Einnahmen oder Zuwendungen kompensieren, auch wenn sehr oft vielfältige und kreative Anstrengungen unternommen werden, um sich z.B. über Stiftungen, Unternehmen oder die Vermarktung eigener Dienstleistungen andere Einnahmequellen zu erschließen. Der Geschäftsführer von *Dien Hong* berichtet in diesem Zusammenhang, dass die *Homepage* des Vereins über ein Werbeunternehmen gesponsert wird. Auch die gesamte Gehaltsabrechnung für die sechs hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins wird kostenlos von einem Steuerberatungsbüro abgewickelt, das sehr erfolgreich mit den Selbständigen unter den Rostocker Vietnamesen zusammenarbeitet. Ein Bildungsunternehmen schließlich hat anlässlich des eigenen 10-jährigen Geschäfts Jubiläums 4.000 DM für den Verein gesammelt und davon u.a. Materialien für den Sprachunterricht besorgt.

5.2.3 Zum Verhältnis von „hauptamtlicher“ und „ehrenamtlicher“ Arbeit im soziokulturellen Sektor

Auf den ersten Blick erwecken viele Projekte des soziokulturellen Sektors den Eindruck, dass ihre Arbeit hochgradig institutionalisiert ist und dass der Erfolg der Arbeit sehr stark von der „hauptamtlichen“ Ebene abhängt. Allerdings ist schon der Begriff „hauptamtlich“ in diesem Zusammenhang zu problematisieren. Formal gesehen handelt es sich in der Tat um Stellen, die „entlohnt“ werden und insofern nicht unter die Kategorie „ehrenamtlich“ fallen. In den meisten Fällen sind die Stellen allerdings befristet und werden über die in den neuen Bundesländern vielfältig genutzten Instrumente der

Arbeitsmarktpolitik finanziert. Daraus ergibt sich sehr oft ein häufiger Wechsel zwischen Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und ehrenamtlicher Tätigkeit. Auch in den vom Gutachter untersuchten soziokulturellen Vereinigungen und Projekten finden sich die für diese Triade typischen Biografien. So erzählte die *Geschäftsführerin des Frauenprojekts Beginenhof*:

„Also ich hab’ mit ’ner ABM angefangen, war kurz arbeitslos, hatte wieder ’ne ABM, ja, war wieder arbeitslos, habe für ein Jahr eine Stammstelle bekommen, die dann vom Land bezahlt wurde, war dann wieder arbeitslos, das war immer kurz. Also in der Zeit ist man natürlich hier rein gekommen, logischerweise, das hat dann wieder etwas mit dem Ehrenamt zu tun. [...] Man lässt ja hier nicht alles stehen und liegen und macht dann einen auf arbeitslos und nur an den Strand gehen. [...] Ich sage immer: Wenn wir nicht alle hier immer noch ehrenamtlich gearbeitet hätten in unseren arbeitslosen Zeiten, dann wäre das alles schon kaputt.“

Charakteristisch an diesem Beispiel ist, dass viele „hauptamtliche“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den soziokulturellen Vereinen auch in den Phasen ihrer Arbeitslosigkeit den Projekten verbunden bleiben und in dieser Zeit auf ehrenamtlicher Basis weiter mitarbeiten. Sehr oft trifft man auch auf eine zweite typische Konstellation, nämlich dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zunächst ehrenamtlich für den Verein arbeiten, über diese Tätigkeit und die dabei erworbenen Kenntnisse und Qualifikationen in eine hauptamtliche Funktion gelangen. So gaben sowohl die Geschäftsführerin des *Frauenzentrums Beginenhof* als auch der Geschäftsführer von *Dien Hong* in dem vom Gutachter erstellten qualitativen Fragebogen an, dass jeweils zwei Mitarbeiter, die jetzt hauptamtlich für den Verein tätig sind, vorher als Ehrenamtliche mitgearbeitet hatten. Ein sehr anschauliches Bild von der engen Beziehung und den gleitenden Übergängen zwischen den haupt- und den ehrenamtlichen Ebenen und Funktionen innerhalb der Projekte vermittelte auch der *Geschäftsführer des Bereichs Medienwerkstatt des Instituts für Neue Medien*:

„Die hauptamtliche Ebene [...] ist natürlich die schmalste, gleichzeitig die, die überhaupt Professionalität und Professionalisierung sichert. Da haben wir im Haus jetzt vier qualifizierte Vollzeit-Projektstellen, [...] die nicht mehr AFG-abhängig sind, und das ist ein eigentlich sehr großer Erfolg, wenn man schaut, wie wir das *step-by-step* und ohne irgendeine wirklich institutionelle Förderung aufbauen mussten. [...] Die zweite Ebene ist die der Zeitarbeitsverhältnisse auf AFG-Basis. [...] Ich denke, dass ist für die Kollegen eine Chance, sich auch – was das Erwerbsleben angeht – eine Perspektive zu erarbeiten. [...] Die Medienwerkstatt hat sich immer auch verstanden als Plattform für den Start in eigene Projekte und Arbeitsbeziehungen hinein, die sich auch ablösen können von der Medienwerkstatt. [...] Was die Medienwerkstatt auch möglich macht [...] ist, dass Symbiosen stattfinden. Z.B. dass ein junger Mann, der aufgrund einer psychischen Erkrankung eine Berufsunfähigkeitsrente bekommt, dass der eben auf der einen Seite auf einer 600 DM-Basis das Maximum dessen hinzuverdient, was er ohne Abzüge hinzuverdienen darf, der aber in seiner Handwerker- und Hausmeisterfunktion, die er im Hause ehrenamtlich hat, weit mehr macht, als er in

dieser Arbeit machen müsste. Der gehört einfach zum Team hinzu. [...] Diese Symbiose, die finde ich wichtig und [...] das ist die eigentliche Form, in der bei uns Ehrenamt stattfindet; dass junge Leute, die im Praktikumsbereich hier fachliche Anleitung, erste Erfahrung mit Ausbildung suchen, dass die gleichzeitig und ganz bewusst auch Arbeitsaufgaben übernehmen. [...] Das ist die Hauptform von Ehrenamt, gerade in Zeiten, in denen beispielsweise neue Projekte einzurichten sind. Also unser Tonstudio ist entstanden, konnte nur entstehen, weil auch ehrenamtlich gerade junge Leute mit angepackt haben, auch bei der ganzen baulichen Herrichtung, der Dämmung des Studios. Wenn wir das einer Fachfirma übergeben hätten, das Geld hätten wir in zehn Jahren noch nicht zusammen. [...] Da haben Kollegen auf AFG-Stellen zusammen mit jungen Leuten, die das ehrenamtlich machen wollten, um dieses Studio zu nutzen, das komplett selbst aufgebaut.“

Der hier geschilderte „symbiotische“ Effekt, der in vielen soziokulturellen Projekten Ostdeutschlands anzutreffen ist, zeigt, wie schwer es manchmal ist, haupt- und ehrenamtliche Tätigkeit klar voneinander abzugrenzen.

Anders sind dagegen die „institutionalisierten“ Formen der Ehrenamtlichkeit, z.B. im Rahmen von Vorstandsfunktionen, einzuschätzen. Die „nur“ ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer in den Vorständen, deren eigene „Handschrift“ für die Aktivitäten der Vereine und Projekte auf den ersten Blick häufig gar nicht sichtbar wird, spielen gleichwohl eine wichtige Rolle. Sie sind häufig Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für das jeweilige Anliegen der Vereine in der Öffentlichkeit, wirken unmittelbar an der konzeptuellen Arbeit mit, leisten zeitweise Bürodienste, beteiligen sich zum Teil an der Instandsetzung oder -haltung der Räumlichkeiten, nehmen Termine mit Behörden und Verwaltungen wahr, helfen bei der Projektbetreuung und engagieren sich bei öffentlichen Aktionen. Der dabei geleistete Zeitaufwand lag bei den in Rostock untersuchten Projekten und Initiativen zwischen zwei und vier Stunden pro ehrenamtlichem Mitglied in der Woche. Bei der Mehrzahl der Vereine funktionierte die Zusammenarbeit zwischen hauptamtlicher und ehrenamtlicher Ebene ausdrücklich gut. Nur in einem Fall war deutlich herauszuhören, dass die Kooperation nicht ganz zufriedenstellend verläuft. So sagte der *Mitarbeiter des Sozio-Kulturellen Netzwerks*:

„Man muss natürlich auch sehen, dass die ehrenamtlichen Vorstände [...] einen dann manchmal auch allein lassen hier. Macht mal, schafft euch mal Arbeit, wir unterstützen euch dabei, [...] aber um Himmelswillen, dass ich auch noch über den Verein nachdenken soll [...].“

Angesichts der Belastungen, denen die ehrenamtlichen Mitglieder aufgrund eigener Berufstätigkeit und den damit verbundenen Mobilitätsanforderungen in Ostdeutschland ausgesetzt sind, lässt sich diese Haltung durchaus nachvollziehen, auch wenn sie für das tatsächlich geleistete Engagement in den meisten Fällen eher untypisch ist. Auf der Ebene der ehrenamtlichen Vorstände wird im Gegenteil in der Regel sehr viel Zeit und Energie in die Mitarbeit investiert. So berichtete die Geschäftsführerin des *Frauenzentrums Be-*

ginenhof, dass einige der dort tätigen Vorstandsfrauen aus beruflichen oder anderen Gründen in Hamburg, Magdeburg oder Berlin tätig sind und trotzdem ihren aus der Vorstandstätigkeit resultierenden „Verpflichtungen“ engagiert nachkommen.

Aber nicht nur auf der Ebene der „institutionalisierten“ Einbindung ehrenamtlicher Arbeit im Rahmen von Vorstandstätigkeiten ist das ehrenamtliche Potenzial im soziokulturellen Sektor sehr viel größer als es zunächst erscheint. Im Umfeld der Projekte gibt es darüber hinaus sehr viel kontextbezogenes und situatives Engagement, das für die Aktivitäten und Angebote der Initiativen und Vereine eine wichtige Funktion erfüllt. So berichtet der Geschäftsführer von *Dien Hong*, dass die regelmäßige Betreuung der *Homepage* des Vereins (mit insgesamt über 700 Seiten) allein über ehrenamtliche Arbeit organisiert wird; eine Person kümmert sich ehrenamtlich um die Arbeit mit Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, und auch der englische Sprachunterricht einmal in der Woche wird ehrenamtlich von einer Studentin angeboten. Als der Verein in diesem Jahr sein traditionelles „Teefest“ veranstaltet hat, „kamen [...] fünf Männer, die auf der Werft arbeiten, haben Urlaub genommen für diesen Tag, um hier mitzuhelfen“, wie der *Geschäftsführer von Dien Hong* ergänzt. Besonders bemerkenswert sind auch die Schulprojekte des Vereins. In der gezielten Zusammenarbeit mit Lehrern und Schülern informiert man nicht nur über die Situation von Zuwanderern, sondern man versucht die Schülerinnen und Schüler unmittelbar in die Aktivitäten des Vereins einzubeziehen. So wirkten Schülerinnen und Schüler, auch in ihrer Freizeit, an der Erstellung einer Fotoausstellung über das Leben von Migranten in Rostock mit. Seine Erfahrungen zusammenfassend sagte der *Geschäftsführer von Dien Hong*: „Ich beobachte, [...] dass bürgerschaftliches Engagement [...] ganz oft punktuell und nicht auf Dauer angelegt ist; zu einer bestimmten Aktion, die kann auch über Monate gehen, aber dann ist es vorbei.“ Neben der positiven Würdigung des ehrenamtlichen Engagements im Umfeld ihrer Projekte und Vereine, war von deren befragten Vertretern zum Teil auch Kritisches über „das“ Ehrenamt zu hören. So meinte die *Geschäftsführerin des Frauenzentrums Beginenhof*:

„Die ehrenamtliche Arbeit hatte immer einen sehr großen Stellenwert, hat jetzt auch noch einen großen Stellenwert. Aber [...] zum Teil können wir inzwischen das Wort Ehrenamt nicht mehr hören. [...] Wir finden, dass die meisten Projekte hier bei uns im Haus eigentlich zu den Pflichtaufgaben der Stadt gehören, und dass deshalb so etwas nicht ausschließlich mit einem Ehrenamt irgendwie abgewickelt werden kann.“

Auf andere Weise skeptisch äußerte sich auch der *Mitarbeiter des Soziokulturellen Netzwerks*, der zugleich auf die positive Anerkennung des Ehrenamts in der alten DDR verwies:

„Heute erkennt doch keiner groß das Ehrenamt an. Wenn du jetzt arbeitslos bist und du arbeitest ehrenamtlich länger als 15 Stunden in der Woche, kriegst du eine Sperr-

frist. Das sind alles solche Irritationen, wo du sagst: auf der einen Seite will unsere Gesellschaft das Ehrenamt weiter fördern, andererseits gibt es aber für die, die Ehrenamt machen könnten, Einschränkungen.“

Tatsächlich begegnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der soziokulturellen Projekte aufgrund solcher Paradoxien den politischen Absichtserklärungen, bürgerschaftliches Engagement aufzuwerten, zum Teil mit Misstrauen und mit einer gewissen Skepsis.⁷ Trotz dieser Skepsis war in allen untersuchten Projekten und Vereinen die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich einzubringen sowie viel Zeit und Energien in den Erfolg ihrer Projekte zu investieren, bei den meisten haupt- und ehrenamtlichen Mitgliedern außergewöhnlich hoch.

5.2.4 Kommunikationsbeziehungen und Netzwerkbildung im soziokulturellen Sektor

Auch wenn sich die soziokulturellen Projekte und Initiativen in Rostock auf spezielle Themen, Aufgaben und Dienstleistungsangebote konzentriert haben und somit eine gewisse Tendenz zur Segmentierung aufweisen, überrascht doch das Ausmaß der horizontalen und zum Teil vertikalen Kommunikationsbeziehungen untereinander. Das liegt einerseits daran, dass in Ostdeutschland das Gesamtspektrum der Initiativen selbst in einer Großstadt wie Rostock vergleichsweise überschaubar ist, andererseits berühren sich auch die Lebensläufe vieler Mitglieder in den Projekten und Gruppen aufgrund gemeinsamer Erfahrungen im Herbst 1989 oder aufgrund der Arbeit in ehemaligen staatlichen Kultur-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Ein dritter bemerkenswerter Faktor ist die Tatsache, dass die vergleichbare Ausgangssituation bei der Mobilisierung von Ressourcen nicht etwa vorrangig in einer Konkurrenzsituation mündet, sondern untereinander auch Solidaritätseffekte schafft. Der *Geschäftsführer von Dien Hong* stellt die Situation z.B. folgendermaßen dar:

„Es gibt im Migrationsbereich keinen festen Runden Tisch, weil die Drähte sehr kurz sind. [...] Wir haben mit einem Teil vom Ökohaus zum Beispiel im letzten Jahr einen Kooperationsvertrag geschlossen, auch aus dem Grund, Doppelungen zu vermeiden, zum anderen auch, um [...] eventuellen Nachfragen von Finanziers zuvorzukommen und zu sagen: Bitte schön, die machen das, wir machen das. Da gibt es Überschneidungen, aber keine Doppelungen und Dreifachangebote, [...] und das ist auch eine Frage der Effizienz, auch für die Klienten, damit sie nicht fünfmal hin- und herge-

7 Ohne dies werten zu wollen, hatte der Verfasser während der Interviews den Eindruck, dass diejenigen Vertreter der Vereine und Projekte, die in der DDR eine systemnähere Sozialisation erfahren hatten, eher eine Neigung hatten, bestimmte Funktionen ihrer Arbeit „verstaatlichen“ zu wollen, als diejenigen, die ihre Wurzeln in einer DDR-systemkritischen Perspektive hatten und insbesondere Wert auf den autonomen und selbstbestimmten Charakter ihrer Vereine legten.

schickt werden. [...] Auch der gesamte Bereich Aussiedler, Spätaussiedler, da gibt es immer kurze Drähte zu den Leuten, die das machen.“

Stärker mit Blick auf die Überlebensfähigkeit des eigenen Vereins betont auch der *Mitarbeiter des Sozio-Kulturellen Netzwerks* im Interview die Wichtigkeit der horizontalen Vernetzung:

„Wir würden die letzten zehn Jahre nicht überstanden haben, wenn wir nicht ein Netzwerk mit sozialen Vereinen in Mecklenburg geknüpft hätten, die aus ihrer Eigenverantwortung uns immer ihre Bildungsteilnehmer geschickt hätten. [...] Wir [sind] darauf angewiesen, auf andere Vereine, die also 20% der Arbeitskraft ihrer ABM uns für die Bildung zur Verfügung stellen.“

Häufig werden auch spezielle Foren geschaffen, um die Kommunikationsbeziehungen untereinander zu stärken. Die *Geschäftsführerin des Frauenzentrums Beginenhof* hebt in diesem Zusammenhang die Bedeutung des *Frauenpolitischen Tisches* hervor, der sich dort einmal im Monat trifft:

„Da lernt man sich eben mit der Zeit auch kennen, [...] und im Laufe der Zeit [...] kriegt man schon so langsam mit, wer wo sitzt, wen man wofür ansprechen kann, [...] und dann bilden sich dann auch so Kontakte und freundschaftliche Beziehungen heraus.“

Ein markantes Beispiel für die vertikale Vernetzung über den eigenen Arbeitszusammenhang hinaus ist die Gründung der Initiative *Bunt statt Braun*, ein Zusammenschluss von ca. 50 Organisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, rechtsradikalen Tendenzen und Einstellungen in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Die zehn Gründungsmitglieder dieses Zusammenschlusses kennen sich aus verschiedenen Projektzusammenhängen und haben ihren persönlichen Einfluss genutzt, um sowohl Einzelpersonen, Vereine, Parteien, Organisationen als auch Unternehmen für die Mitgliedschaft in *Bunt statt Braun* zu gewinnen. So stellte die WIRO, ein gemeinnütziges kommunales Wohnungsbauunternehmen in Rostock, der Initiative kostenlos für zwei Jahre ein Büro in zentraler Lage zur Verfügung.

Die zur Zeit noch sehr gut funktionierenden und dichten Kommunikationsbeziehungen unter den Projekten und Vereinen des soziokulturellen Sektors sind allerdings sehr stark von einer bestimmten „Gründergeneration“ abhängig, wie der *Geschäftsführer des Geschäftsbereichs Medienwerkstatt* beim *Institut für Neue Medien* herausstellte:

„Ich gehöre von den Generationen zu der Erstgeneration der Rostocker Szene und, ja, wir ‚alten‘ Männer und Frauen der Szene, wir arbeiten fast nur noch auf Basis solcher langjährigen persönlichen Freundschaften und Kommunikationsbeziehungen. Ich sehe da in dem Bereich der nachfolgenden Generationen noch nicht so recht, [wie es weitergeht]. Die haben ganz andere Strategien, mit ihrem Leben und mit solchen sozialen Mikrogruppen und Kommunikationsstrukturen umzugehen.“

Diese Einschätzung klingt durchaus nicht pessimistisch, machte aber deutlich, dass sich in Zukunft auch im soziokulturellen Bereich – ähnlich wie bei den Parteien – generationelle Veränderungen anbahnen, deren Auswirkungen gegenwärtig noch schwer einzuschätzen sind.

5.2.5 Zum Verhältnis zwischen dem soziokulturellen Sektor und Behörden/Verwaltungen

Nimmt man die Ergebnisse der Rostocker Lokalstudie zum Maßstab, gehört zu den bemerkenswerten und erstaunlichen Erfolgen des soziokulturellen Sektors in Ostdeutschland das relativ reibungslose und kooperative Verhältnis zu staatlichen Behörden und Verwaltungen. Dies wurde – mit wenigen Abstrichen – von allen interviewten Gesprächspartnern dieses Bereichs positiv hervorgehoben. Fast unabhängig von der jeweiligen politischen Parteien- und Regierungskonstellation in Rostock und in Mecklenburg-Vorpommern konnten die meisten Initiativen und Projekte, soweit sie durch ihr inhaltliches Angebot überzeugen konnten, mit wohlwollendem Interesse und auch einem gewissen Entgegenkommen von städtischen Ämtern, Behörden, Ministerien und Landesverwaltungen rechnen. Den Initiativen wurde zwar „nichts geschenkt“ und der Kampf um Ressourcen war in den meisten Fällen mühevoll und auch immer wieder von Rückschlägen begleitet, aber zumindest war der „gute Wille“ erkennbar, die Arbeit der soziokulturellen Projekte, so gut es die engen finanziellen Rahmenbedingungen zuließen, zu fördern. Ein nicht zu unterschätzender Pluspunkt der soziokulturellen Projekte und Initiativen, auch aus der Sicht der Behörden und Verwaltungen, ist die hohe inhaltliche Qualität der Arbeit bei vergleichsweise geringen Kosten (im Verhältnis zu bestimmten staatlichen Angeboten), die Nähe zu den Problemen der betroffenen Zielgruppen und die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren. So erzählt der *Geschäftsführer von Dien Hong* u.a. von einem Gespräch im Arbeitsamt Rostock:

„Da ist noch einmal ganz deutlich geworden [...] für den gesamten Arbeitsamtsbezirk, auch von der Leitungsebene, dass die sehr froh sind, dass es das Projekt MIGRA⁸ gibt, weil sie natürlich wissen und auch sagen: Wir haben bei zigtausenden Arbeitslosen [...] nicht die Zeit und auch nicht die Möglichkeit, nach individuellen Lösungen zu suchen, und wir haben zum Teil auch nicht die Angebote, die ihr jetzt habt. Also nicht nur ein Angebot der Beratung, sondern eines der beruflichen Qualifizierung durch Umschulungsmaßnahmen, besonders aber auch durch Sprachkurse.“

In vielen Fällen sind auch persönliche Kontakte zu bestimmten institutionellen Schlüsselpositionen innerhalb von Behörden und Verwaltungen sehr wichtig. Dies gilt z.B. für die Arbeit des Frauenzentrums *Beginenhof*. Bedingt durch

8 Es handelt sich dabei um ein Projekt von *Dien Hong* für Migrantinnen und Migranten.

das frauenpolitische Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebot des *Begleithofes*, aber auch aufgrund intensiv gepflegter Kontakte arbeiten die dort organisierten Fraueninitiativen gut mit der Gleichstellungsbeauftragten in Rostock, mit der parlamentarischen Staatssekretärin für Gleichstellungsfragen im Schweriner Ministerium und mit der Frauenbeauftragten beim Arbeitsamt zusammen. Über ähnliche Erfahrungen berichtet auch der *Geschäftsführer des Geschäftsbereichs Medienwerkstatt* beim *Institut für Neue Medien*:

„In Rostock gibt es natürlich in den letzten zehn Jahren klar gewachsene Beziehungen, sowohl institutionelle als auch personelle. Sehr stark [gab es] eine institutionelle Beziehung über so was wie einen Runden Tisch Kultur, der in Rostock bis vor zwei Jahren funktioniert hat, als eine Austauschform, in der sich regelmäßig die Punk- und Szenekultur mit den Festungen der bildungsbürgerlichen Theater- und Musikkultur, der Volkshochschulen zusammengesetzt hat. Dieser Austausch war sehr wichtig, der war auch stadtpolitisch gewollt von einem Kulturamtsleiter, der das sehr unterstützt hat.“

Des Weiteren erwähnt er gute personelle Kontakte zu Mitarbeitern des Jugendamtes, zum Kultusministerium in Schwerin und zum Kulturrat in Mecklenburg-Vorpommern, die dazu beitragen, dass „man nicht ständig den Kampf um den institutionellen Fortbestand austragen muss“.

Zusammenfassend kann man sagen, dass in Rostock viele Projekte und Initiativen im Bereich der Soziokultur aufgrund ihres zielgruppenorientierten und qualitativ guten Angebots ein respektierter Ansprechpartner für städtische (und regionale) Behörden und Verwaltungen sind. Ihr „anderer“, häufig unkonventionellerer Ansatz im Vergleich zu staatlich erbrachten Dienstleistungen wird durchaus geschätzt, wobei Überlegungen zur Kosteneffizienz natürlich eine wichtige Rolle spielen. Die Unterstützung für ihre Arbeit und die Erschließung finanzieller Ressourcen aus dem Haushalt der Kommune und des Landes hängt aber nicht zuletzt auch von guten personellen Kontakten ab.

5.2.6 Motivationen und besondere Qualitäten des Engagements im soziokulturellen Sektor

In den Interviews mit den Vertretern soziokultureller Vereine in Rostock ließen sich verschiedene Motivationen für das Engagement der dort tätigen Mitglieder ausmachen. Für einige, die in den letzten Jahren immer wieder in eine prekäre Beschäftigungssituation geraten sind, spielt das legitime Interesse eine Rolle, in diesem Bereich zumindest vorübergehend oder auch dauerhaft eine Arbeit zu finden, mit der sie sich identifizieren können. Nicht nur wegen des unentgeltlich geleisteten Engagements in Zeiten von Arbeitslosigkeit bei den „hauptamtlichen“ Mitarbeitern, sondern auch aufgrund des von Vorstands- und Vereinsmitgliedern erbrachten freiwilligen Engagements sind die Ausgangsmotivationen aber meistens viel komplexer und u.a. durch be-

stimmte soziomoralische und politische Einstellungen vorgeprägt. Bei einigen Akteuren hat die Demokratieerfahrung in den politischen Umbrüchen von 1989 ganz wesentlich zu einer „Lust“ am politischen und sozialen Handeln beigetragen, andere bringen aus den Sozialisationserfahrungen in Organisationen und Institutionen der alten DDR ein gewisses politisch-aktivistisches Engagementverständnis mit, das sehr stark mit sozialen Sinngehalten angereichert ist. Für diese letzte Einstellung ist z.B. die Aussage des *Mitarbeiters des Sozio-Kulturellen Netzwerks* durchaus repräsentativ:

„Man hat doch seine gesellschaftliche Verantwortung. [...] Auch als Genosse warst du nicht ein Diktator. Da warst du eben derjenige, der vorne stehen musste, z.B. in der Hausgemeinschaft. Von dir haben sie immer gesellschaftliche Aktivität erwartet, und auch jetzt bist du dabei, Projekte zu entwickeln, praktisch andere mit einzubeziehen. [...] Etwas für sich und andere zu tun, dass das eben auch wichtig ist für die eigene Persönlichkeitsentwicklung, sich nicht maulend irgendwohin in eine Ecke zu verkriechen, sondern durch aktiven Einsatz auch sich zu motivieren und für andere da zu sein, das ist eigentlich aus dem Solidaritätsgefühl ja immer noch vorhanden.“

Unabhängig von den unterschiedlichen Ausgangsmotivationen war bei allen Befragten, einschließlich derjenigen, die – wie beim *Institut für Neue Medien* – inzwischen überwiegend als Dienstleistungsunternehmer tätig sind, ein starker sozialer Anspruch herauszuhören: sich selbst und den anderen in seinen sozialen Bezügen wahrnehmen, anderen gezielt helfen wollen, für die Rechte von Minderheiten eintreten, sich selbst in seiner ganzen Person einbringen. Gleichzeitig ist diese Einstellung frei von falschen Sentimentalitäten im Umgang mit den von den Initiativen und Vereinen betreuten Ziel- oder Problemgruppen. Mehr als einmal wurde in den Interviews betont, dass u.a. in den Bildungs-, Qualifizierungs- und Betreuungsangeboten, die von den Vereinen angeboten werden, Disziplinlosigkeit, Rücksichtslosigkeit auf Kosten anderer oder Unzuverlässigkeit nicht toleriert werden. Nur selten trifft man bei den Mitgliedern und Mitarbeitern der Vereine auf explizit „ideologische“ Motive im negativen Sinne des Wortes.

Aus den oben skizzierten Motivationen und Ansprüchen, ohne sie idealisieren zu wollen, resultiert auch ein gewisses „Ethos“ des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland: Man versucht, die Arbeit professionell und problemorientiert zu gestalten, pragmatisch und kreativ zugleich nach konkreten Lösungen zu suchen, Gemeinnützigkeit vor Eigeninteressen zu stellen, Vergemeinschaftungsprozesse *und* die Fähigkeit zur Selbständigkeit zu fördern. Dieses Ethos trägt nicht nur zu einer starken Identifikation mit der eigenen Arbeit, sondern auch zur besonderen Qualität des bürgerschaftlichen Engagements in den soziokulturellen Projekten Ostdeutschlands bei. Beispielhaft lässt sich die in vielen Fällen gelungene Kombination aus Selbstbestimmung, sozialem Engagement, Lust am Experimentieren, Kreativität und Pragmatismus sowie gelingender sozialer Kommunikation an konkreten Arbeitsprojekten darstellen.

Der *Geschäftsführer von Dien Hong* berichtet z.B. von einem neuen Projekt, mit dem der Verein Vietnamesinnen und Vietnamesen aus der Stadt eine eigenständige Lebensperspektive eröffnen will:

„Wir haben jetzt [...] endlich angefangen, mit der Uni zusammen, den Anbau und die Aufzucht von asiatischen Kräutern und asiatischem Gemüse in Angriff zu nehmen. Da ist eine kleine Marktanalyse gemacht worden, mit den vietnamesischen Händlern gesprochen worden – was braucht ihr, was fehlt euch, was habt ihr, wie viel kostet das Kilo Koriander in Hamburg oder in Berlin auf dem Großmarkt. Und jetzt im Frühjahr gehen die Samen in die Erde [...]. Und eine Vietnamesin, das ist die erste, die [in diesem Projekt]⁹ ihren Arbeitsplatz hat [...], ist gelernte Köchin und steht jetzt täglich im Labor in der Uni an den großen Gefäßen und weiß dann, wie sie später den selbstgezüchteten Koriander verbrennen muss, welche Proben dann gezogen werden können, [...] welche Nährstoffe sich in den angebauten Pflanzen befinden. [...] Wenn es gut ausgeht – dank Umschulung, kann man eine eigene GmbH gründen, die diesen Pflanzenanbau nun vertreibt. Da ziehen wir uns dann zurück, [...] auch wiederum um Menschen in die Selbständigkeit in diesem Fall zu führen oder dass sie ein eigenes Einkommen haben, neben allen ökologischen Aspekten, also dass man nicht mehr nach Hamburg fährt und das Gemüse holt.“

Der *Mitarbeiter des Sozio-Kulturellen Netzwerks* erzählt mit Stolz, dass Bildungsträger, die berufsfremde Quereinsteiger zur Weiterbildung in einer sozialarbeiterischen Tätigkeit betreuen, ihre Teilnehmer bevorzugt zu den Qualifizierungsmaßnahmen des Vereins schicken:

„Sie haben [...] mitbekommen, dass diese Quereinsteiger, wenn sie bei uns waren, doch eine größere Übersicht und mehr einbringen können, als wenn sie fünf Tage in der Woche irgendwo sind, wo sie eigentlich nicht wissen, was sie machen sollen. Und so bekommen sie [bei uns]¹⁰ zumindest das Verständnis für Sozialarbeit, auch für Kommunikation, für Teamarbeit. Sie bekommen auch Einsichten in Sozialpraktiken, auch durch die Führung durch Ämter und Behörden, wo sie den Zusammenhang dieses verzwickten sozialen Dienstsystems kennengelernt haben und damit auch eine bessere Betreuungsarbeit nach und nach leisten konnten.“

Beeindruckende Beispiele finden sich auch in der Arbeit der *Medienwerkstatt*. Der *Geschäftsführer* erwähnt im Interview ein besonderes Projekt mit Jugendlichen:

„Im Internet Café, unserem Mediencafé Ritz, war uns aufgefallen, wie viele junge Leute in diesem Bereich etwas suchen, ohne dass sie auch nur annähernd in der Lage sind und die entsprechenden sozialen Prägungen mitbringen, um sich in einem IT-Beruf irgendwo bewerben zu können. Sie haben weder den entsprechenden Schulabschluss noch den entsprechenden Habitus, sie haben keine Chance. [...] Wir haben dann eine Praktikantengruppe aus unbezahlten jungen Leuten eingerichtet, die im Internet Café ein Fachpraktikum machen: Einführung in Arbeiten am Computer am Beispielbetrieb eines Internet-Cafés. Sie müssen dort abgestürzte Rechner neu konfigurieren.“

9 Anmerkung des Verfassers

10 Anmerkung des Verfassers

rieren, die Mängel beheben, den neuen zeigen, wie ein Computer funktioniert. Diese Praktikantengruppe wurde seit anderthalb Jahren immer durch einen erfahrenen Praktikanten angeleitet. Der Kollege, der das Projekt betreut, hat auch etwas Gutes erfunden, nämlich dass die Praktikanten selbstbestimmte Arbeitsformen entwickeln. Und sein vorletzter ‚Vorarbeiter‘ unter den Praktikanten, der hat nach einem Jahr Tätigkeit im Ritz einen Arbeitsvertrag angeboten bekommen von einer Rostocker Firma, einer der Player und Provider im IT-Bereich hier in Rostock. Er hatte vorher nichts als einen Hauptschulabschluß in der Tasche. Der hatte sich also selbst so in Linux und Linux-Derivate eingearbeitet, dass die Firma sagte: Der ist es.“

Nicht in allen Fällen ist die Arbeit so erfolgreich wie in diesen hier skizzierten Beispielen. Es gibt immer wieder Rückschläge, Enttäuschungsprozesse, Fluktuationen unter den Mitgliedern der Vereine oder Probleme mit der Finanzierung. Trotzdem war den meisten Gesprächspartnern der Stolz auf die erreichten Erfolge anzumerken: das Gefühl, etwas aufgebaut zu haben, eine sinnvolle soziale Arbeit zu leisten, sich Fähigkeiten und Qualifikationen angeeignet zu haben, die man vorher nicht hatte, in Gemeinschaft mit anderen zur Gestaltung des sozialen und politischen Lebens in der Stadt beizutragen. Dass dabei mitunter sogar positive Effekte für den Arbeitsmarkt bzw. für die selbständige Lebens- und Berufsperspektive von Menschen entstehen, zeigt, dass sich Investitionen in die personelle und organisatorische Infrastruktur des soziokulturellen Sektors im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt machen können. Allerdings ist dies für die Engagierten selbst nicht unbedingt die wichtigste Perspektive, wie es der *Geschäftsführer des Geschäftsbereichs Medienwerkstatt des Instituts für Neue Medien* in einer selbstkritischen Reflexion treffend auf den Punkt brachte:

„Wir haben vor zwei, drei Jahren angefangen, mit Erschrecken festzustellen: Wir haben eigentlich eine mittelständische Firma aufgebaut, in der wir zu geschäftsführenden, emsigen Zwergen verkommen sind, die auf Umsätze und auf Finanzierung schauen und die vielleicht viel zu wenig darüber nachdenken, welchen Sinn und Zweck ihr Tun darüber hinaus noch hat. Also solche Irritationen sind uns überhaupt nicht fremd. Ich denke aber, dass wir nach wie vor mit unserer ‚Firmen‘-philosophie auch ganz praktisch daran arbeiten, diesen Grundgedanken zu vermitteln, [...] dass man die eigenen Dinge selbst in die Hand nehmen muss und das man die Spielräume, die Freiräume sich selbst schafft, in denen man sein Leben, soweit das möglich ist, bestimmt. [...] Also so ein demokratiepolitischer Ansatz, der ist mir ganz wichtig. Wenn ich das Gefühl bekäme, wir verkommen zu einem reinen Bildungsträger oder einer Sozialfabrik, wo es nur noch darum geht, Erwerbsleben abzusichern, dann wüsste ich, das könnte ich stressfreier anderswo machen.“

5.3 Bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen im Umwelt- und Naturschutzbereich

Zuweilen entsteht in der veröffentlichten Meinung der Eindruck, dass in Ostdeutschland Jugendliche vor allem für rechtsradikales Gedankengut anfällig sind und sich in entsprechenden Clans und subkulturellen Gruppen organisieren. Problematisch ist an diesem Eindruck vor allem die Einseitigkeit der Wahrnehmung, weil andere Erfahrungen und Wahrnehmungen meistens ausgeblendet werden. Vor diesem Hintergrund ist die *Naturschutzbundjugend (NAJU)*, die Jugendorganisation des *Naturschutzbundes (NABU e.V.)* ein positives Beispiel für ein aktives, wertegestütztes Engagement von Jugendlichen in Ostdeutschland im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes.

Kurzcharakterisierung der NAJU

Die *NAJU* gibt es als eigenständigen Landesverband seit 1992 in Mecklenburg-Vorpommern. Einige der jetzt in der *NAJU* organisierten Fachgruppen wie „Fledermausschutz“ und „Ornithologie“ gab es bereits vorher. Während der Landesverband der Organisation in seiner Gründungsphase 1992 zunächst ca. 400 Mitglieder umfasste, ist er inzwischen auf über 1.600 Mitglieder angewachsen. Zur Zeit gibt es insgesamt 19 Gruppen im Landesverband, die überwiegend in ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns aktiv sind. Die Zielgruppe der Arbeit sind Kinder ab fünf Jahren und Jugendliche bis zu 26 Jahren. In zahlreichen Projekten sollen sie aktive Naturschutzarbeit erleben und mitgestalten. Seit 1996 versucht die *NAJU* darüber hinaus, Jugendsozialarbeit und Natur- und Umweltschutz miteinander zu verbinden. Die Geschäftsstelle des Landesverbandes liegt mitten in Rostock, in der so genannten „Ökovilla“, ein typisches Nachwendeprojekt, das von verschiedenen Ökologiegruppen in einem langjährigen Prozess u.a. mit Hilfe von privaten Spenden, aber auch durch die Unterstützung der Stadt Rostock etabliert werden konnte. In der Geschäftsstelle arbeiten eine Geschäftsführerin, die zugleich Jugendbildungsreferentin ist, und drei Projektmitarbeiterinnen, die über drei Jahre im Rahmen der so genannten GAP-Projekte (Gemeinwohlorientierte Arbeitsmarktprojekte, ein spezielles Förderprogramm der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern) finanziert werden. Eine dieser drei Projektmitarbeiterinnen ist zugleich stellvertretende Geschäftsführerin. Außerdem absolvieren zwei junge Frauen ein *Freiwilliges Ökologisches Jahr* bei der *NAJU* und arbeiten in der Geschäftsstelle mit. Ein achtköpfiger ehrenamtlicher Vorstand begleitet und unterstützt die Arbeit der Hauptamtlichen in der Geschäftsstelle.

Nach Aussagen der stellvertretenden Geschäftsführerin ist der Anteil der aktiven Mitglieder in der *NAJU* sehr hoch. Fast alle arbeiten in einer der landesweiten Gruppen mit, so dass es nur wenige „Karteileichen“ gibt. Das er-

klärte Ziel der in der *NAJU* engagierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist es, durch eine relativ frühe Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in den aktiven Naturschutz diesen „Wertmaßstäbe und ein Verantwortungsgefühl für die Natur zu vermitteln“, wie die stellvertretende Geschäftsführerin sagt. Dazu hat man in der Geschäftsstelle u.a. Projekte zur Umweltbildung entwickelt, die altersgemäß sind und vor allem die Abenteuer- und Spiellust der Kinder aufgreifen, z.B. im Rahmen „ökologisch orientierter Kindergeburtstage“ oder eines „Öko-Chaos-Spiels“, ein „bisschen Wettkampf“ wie es die Interviewpartnerin des *NAJU* formuliert. Für die Jugendlichen zwischen zwölf und 18 Jahren bietet die *NAJU* Wochenendcamps an. Die *stellvertretende Geschäftsführerin* stellt dieses Projekt folgendermaßen vor:

„Da geht es immer um irgendein Thema. Meistens richtete sich das nach einer Kampagne; im letzten Jahr hatten wir die Gewässerkampagne, davor die Landwirtschaftskampagne. Danach haben wir dann unsere Wochenendcamps, wir nennen das immer Seminare, ausgerichtet. Jetzt ist es ähnlich, nur dass es kein Thema an sich jetzt gibt, [...] sondern wir haben unser Land Mecklenburg-Vorpommern zum Gegenstand gemacht. Wir sind ja nun mal ein Landesverband und beobachten dort bestimmte Landschaftsteile über das Jahr hinweg. Das ist der eine Gedanke; oder wir bewegen uns in einer Jahreszeit, z.B. mit einer Radtour oder Skatertour, durch die Landschaft. Und dann geht es eben um das komplexe Betrachten der Landschaft. Das ist schon mehr eine fachliche Sache dann. Also entweder einen bestimmten Landschaftsteil über einen langen Zeitraum beobachten und dann vergleichen und so, oder eben Landschaftsteile in einer bestimmten Jahreszeit beobachten. Und da wird dann, am Ende des Jahres, [...] die 'Konferenz der vier Jahreszeiten' stattfinden, wo alle Jugendlichen eingeladen werden, die an diesen Seminaren teilgenommen haben. Die nehmen dann natürlich nicht alle teil, aber von jeder Gruppe sagen wir mal ein paar Vertreter. Und dann wird das ausgewertet in einer Form, die auch die Jugendlichen bestimmen. Die bestimmen auch die Form dieser Konferenz. Dann das ganze zusammenbringen und irgendwie dokumentieren.“

Es geht den in der *NAJU* engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Projekten aber nicht nur um Naturschutz und Umweltbewusstsein im engeren Sinne, sondern auch um Jugendarbeit, wie die *stellvertretende Geschäftsführerin* betont:

„Umweltschutz ist die eine Sache, die wir wollen; aber wir wollen eben dadurch, dass wir eine Jugendorganisation sind, Jugendliche zum Eigenengagement und zu Eigenverantwortung so ein bisschen heranzuführen und ihnen Hilfestellung dabei geben.“

Nicht selten stoßen die Mitglieder der *NAJU* bei dieser Arbeit auch auf Vorurteile und Widerstände unter Jugendlichen selbst, wie die *Interviewpartnerin* berichtet:

„Wir haben jetzt mit einer Schule zusammen ein Projekt gemacht, und wir haben so einen Lehrpfad erarbeitet. [...] Als wir dann unsere Umweltschutzsachen erzählt haben, da wurden wir schon so halb angepöbelt – ja, die Ökos und ach, und nix drauf. [...] Diejenige von unserer Jugendgruppe, die das angeleiert hat, die hat also in der

Schule bei sich da richtig auch erst Widerstand gehabt. Ökotante und so und diese Vorurteile, und das ist, denke ich mal, nicht nur mit Öko so, das ist auch mit politischen Gesinnungen so. Und Meinungsbildung, also das ist schon eher ein schwieriges Thema, diese Leute ranzukriegen. Wir haben jetzt mehrere Konzepte entwickelt mit dem Vorstand. Einmal wollen wir so eine Art Stammtisch machen. Der soll offen sein, offen ausgeschrieben sein für alle, und wir wollen uns z.B. mit Literatur beschäftigen. Das sollen die Jugendlichen dann selber sagen. Wir machen jetzt z.B. so einen Milan Kundera-Abend, also Leute, die sich für bestimmte Sachen interessieren, erst mal ranziehen, damit sie sehen: Aha, mit den Leuten kann man ja reden, die sind ja gar nicht nur Öko und so.“

Während des Interviews in der Geschäftsstelle hat man den Eindruck, dass man sich in einer Ideenfabrik befindet. Die dort tätigen jungen Frauen sprühen vor Ideen, Kreativität und Engagement, sie überlegen, wie sie ihre Arbeit verbessern können und wo sich Geldmittel auftreiben lassen, um neue Projekte auf den Weg zu bringen. In diesem Zusammenhang erzählt die *stellvertretende Geschäftsführerin* von einem Projekt, das sie u.a. zusammen mit einem Unternehmer in Angriff genommen haben:

„Wir haben so ein Projekt, da bauen wir [eine Gruppe der *NAJU*]¹¹ mit einem Unternehmer zusammen eine Windmühle wieder auf in Steffenshagen, [...] und da kommen die Gelder von der EU, aber eben auch viel von Stiftungen usw.“

Auf die Frage, inwieweit sie gezielte Akquirierungsstrategien zur Einwerbung von Spenden und Sponsorengeldern verfolgen, antwortet sie:

„Also wir machen das auf jeden Fall mit einem großen Zeitaufwand und für uns auch teilweise großem Geldaufwand, also schon relativ professionell, haben Literatur über *Fundraising* und solche Sachen.“

Aufgrund des persönlichen Engagements und der Qualität der Arbeit hat die *NAJU* auch einen guten Draht zu Behörden und Verwaltungen, die die Projekte wohlwollend begleiten. Die *stellvertretende Geschäftsführerin* betont in diesem Kontext ausdrücklich die gute Zusammenarbeit:

„Mit den Jugendämtern als, sage ich mal, Ausschüsse des Sozialministeriums arbeiten wir sehr gut zusammen. [...] Und hier in Rostock mit dem *Städtischen Amt für Umwelt und Natur* und solchen Umweltämtern, [...] das ist sowieso prima, weil die sind ja total froh, wenn sich da jemand engagiert; die limitierenden Faktoren sind ja immer die Geldgeber. [...] Und das Umweltministerium [von Mecklenburg-Vorpommern]¹² ist jetzt gerade bei einem Forum für Nachhaltigkeit auf uns aufmerksam geworden, und die sind jetzt auch dabei, uns zu unterstützen.“

Fasst man die Ergebnisse der Untersuchung über die Arbeit der *NAJU* zusammen, so beeindruckt vor allem die Spontaneität und die hohe Motivation, mit der die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle ein wertegestütztes und

11 Anmerkung des Verfassers

12 Anmerkung des Verfassers

zielgerichtetes Umweltbildungsangebot für Kinder und Jugendliche organisieren und damit versuchen, diese für ein aktives Naturschutz- und Umweltengagement zu gewinnen. Dank einer über Vereinsmittel und öffentliche Finanzierung abgesicherten Geschäftsstelle konnte hier eine funktionierende Infrastruktur aufgebaut werden, die heute in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur für den aktiven Natur- und Umweltschutz eine wichtige Bedeutung hat, sondern ebenso in der Jugendsozialarbeit eine integrierende und aktivierende Funktion erfüllt. Wie in den Projekten des soziokulturellen Sektors gibt es auch in der *NAJU* fließende Übergänge zwischen freiwilligem Engagement, befristeter Beschäftigung und hauptamtlicher Arbeit. Eine Mitarbeiterin der Geschäftsstelle hatte zunächst ein *Freiwilliges Ökologisches Jahr* (FÖJ) bei der *NAJU* absolviert, bevor sie über den öffentlichen Beschäftigungssektor Projektmitarbeiterin wurde. Andere absolvierten gerade ein FÖJ – aus Interesse am Umweltschutz, als Übergangssituation nach ihrem Schulabschluss, aber auch um Qualifikationen für eine spätere berufliche Tätigkeit zu erwerben. Die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle versuchen, neben der Akquirierung öffentlicher Fördermittel verstärkt neue Wege zu beschreiten, um private Spenden und Sponsorengelder für ihre Projekte einzuwerben.

6. Resümee

Die anfangs gestellte Frage, inwieweit und in welchen Formen Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland sich politisch und bürgerschaftlich engagieren, muss auf Basis des Gutachtens differenziert beurteilt werden. Das politische Partizipationsverhalten hat in den letzten zehn Jahren mehrere Metamorphosen durchlaufen. Nach dem politischen Partizipationsschub von 1989, als sich Tausende engagierten, hat für viele zunächst einmal eine Phase der Ernüchterung und des Rückzugs eingesetzt – nicht zuletzt ausgelöst durch die vielfältigen Probleme im Bereich der Neuorientierung des beruflichen und persönlichen Lebens. Gleichwohl hat der Impuls von 1989 deutliche Spuren hinterlassen. Vorherige politische „Außenseiter“ erhielten die Chance, in den sich neu herausbildenden Institutionen Verantwortung zu übernehmen und in dieser zweiten Phase aktiv und gestaltend in die Lokalpolitik einzugreifen. In dieser Phase ist die Politik zwar sehr stark durch die institutionellen Aufbauprozesse gekennzeichnet, aber es entstehen auch die ersten zivilgesellschaftlichen Strukturen. So entwickelt sich in einer zweiten Welle der Selbstorganisation der Gesellschaft neben den Parteien relativ schnell eine „bunte“ Vereins- und Organisationslandschaft, die in der Folgezeit zu einem wichtigen Betätigungsfeld des bürgerschaftlichen Engagements wird. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kommt es vor allem auf lokaler Ebene häufig zu einer neuen Elitenzirkulation. Die aus dem politischen Umbruch hervorge-

gangenen lokalen Eliten müssen zum Teil ihre Positionen wieder räumen. Sie scheitern zum einen an ihren eigenen „moralischen“ Politikvorstellungen, andererseits an neuen politischen Bündniskonstellationen (Bündnis aus „alt-institutionellen“ Kräften und modernitätsorientierten Neubürgern aus dem Westen). Den im Dritten Sektor entstandenen Vereinen und Organisationen gelingt es dagegen vielfach, ihre Position mit Hilfe von staatlichen Fördermaßnahmen (vor allem mit Hilfe der vielfältigen Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik) zu stabilisieren.

Heute ist der Prozess der Neukonfiguration des politischen Partizipationsverhaltens weitgehend abgeschlossen. Für die Parteien ist die Situation zwar nach wie vor sehr schwierig, da die Bereitschaft, in eine Partei einzutreten oder aber dort aktiv mitzuarbeiten, nach wie vor nur schwach ausgeprägt ist; gleichwohl gibt es Anzeichen für eine Normalisierung von Parteilmitarbeit auf einem niedrigen Niveau. Die Situation unterscheidet sich zumindest nicht mehr grundsätzlich von der Situation und den Problemen der Parteien im Westen. Als positives Zeichen kann gewertet werden, dass inzwischen mehr jüngere Menschen in die Parteien eintreten und sich dort engagieren. Da zugleich ein Teil der „Gründergeneration“ der Parteien in Ostdeutschland sich langsam aus der aktiven Politik zurückziehen wird, könnte sich ein Generationenwechsel vollziehen, der auch auf das Erscheinungsbild der Parteien Auswirkungen haben könnte. Schließlich belebt der – wenn auch zahlenmäßig nur wenig ins Gewicht fallende – Zuzug von westdeutschen Parteimitgliedern zum Teil das innerparteiliche Leben. Als wesentliche Gründe für die Partizipationszurückhaltung in Bezug auf die Parteien können neben einem noch aus der DDR kommenden Antiparteienreflex auch die erheblichen Mobilitätsanforderungen gesehen werden, mit denen viele Menschen in Ostdeutschland konfrontiert sind.

Ein wichtiges Betätigungsfeld für bürgerschaftliches Engagement mit explizit politischen Bezügen sind die soziokulturellen Vereine und Projekte, die nach 1989 entstanden sind. Sie sind gewissermaßen eine Schnittstelle zwischen Politik, Institutionen, Verwaltungen und Lebenswelten in Ostdeutschland. Daraus resultiert häufig ihre besondere Qualität, aber auch ihre Abhängigkeit von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, mit deren Hilfe sie ihre soziale und organisatorische Infrastruktur aufrechterhalten können. Das in diesen Bereichen geleistete bürgerschaftliche Engagement zeichnet sich durch ein eigenes „Ethos“ aus: Man versucht, die Arbeit professionell und problemorientiert zu gestalten, pragmatisch und kreativ zugleich nach konkreten Lösungen zu suchen, Gemeinnützigkeit vor Eigeninteressen zu stellen, Vergemeinschaftungsprozesse und die Entwicklung zur Selbständigkeit zu fördern. Die Motivationen für das Engagement im Dritten Sektor verweisen sehr oft auf vorgeprägte soziomoralische und politische Einstellungen: Es mischt sich die Lust am politischen Handeln, die einige der Akteure in den Umbrüchen von 1989/90 erfahren haben, mit einem gewissen politisch-

aktivistischen Engagementverständnis bei anderen, die ihre politischen Sozialisierungserfahrungen in Organisationen und Institutionen der alten DDR gemacht haben. Unabhängig von diesen Hintergründen ist bei fast allen in diesem Bereich Engagierten ein starker sozialer Anspruch festzustellen: Man will anderen gezielt helfen, für die Rechte von Minderheiten eintreten, sich selbst in der ganzen Person einbringen. Nicht zuletzt deshalb erfüllen die soziokulturellen Vereine und Projekte auch im Bereich der sozialen Dienstleistungen für die politischen Institutionen eine wichtige Funktion. Sie sind auf staatliche Hilfe und Unterstützung angewiesen, weil sie ihre Arbeit ohne eine entsprechende Infrastruktur nicht leisten können. Bürgerschaftliches Engagement kann sich nur da entfalten, wo es personelle und organisatorische „Kerne“ gibt, die als Katalysator wirken können. Das heißt, das in Ostdeutschland entstandene zivilgesellschaftliche Netzwerk muss „gepflegt“ werden. Den Kommunen fehlt dafür häufig das Geld, obwohl das Engagement der Vereine und Organisationen dem politisch-sozialen Leben in den Städten und Gemeinden besonders zugute kommt. Es trägt gewissermaßen zur sozialen Kohäsion, aber auch zur Bereitstellung von professionellen Angeboten für eine Reihe von Problembereichen bei, in denen staatliche Verwaltungen keine gleichwertigen niedrigschwelligen Angebote unterbreiten können. Eine aktivierende Politik, die diese Potenziale ernst nimmt, wird Instrumente entwickeln und bereitstellen müssen, mit deren Hilfe das bürgerschaftliche Engagement gestützt, gestärkt und gefördert werden kann (vgl. auch Evers 2000, Olk 2000/01). Die von dem Verfasser der Studie befragten Interviewpartner haben dazu eigene Vorschläge geäußert. So wurde u.a. vorgeschlagen, die ehrenamtliche Arbeit im Dritten Sektor stärker auf die Rentenzeiten anzurechnen; außerdem sollten mehr Fortbildungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten werden; eine Beratung von Projekten durch Fachleute wurde angeregt; auch die Einrichtung eines Pflichtangebots im Bereich Selbsthilfe und ehrenamtliches Arbeiten im Rahmen der Sozialarbeiter-/Sozialpädagogenausbildung wurde für sinnvoll gehalten. Beispielhaft für die vielfältigen Anstrengungen, die auf diesem Gebiet in Ostdeutschland bereits gemacht werden, soll hier zum Abschluss ein Projekt aus Parchim skizziert werden. Dort trafen sich über mehrere Monate hinweg die verschiedensten Projekte, Vereine und Initiativen in einer „Parchimer Runde“, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Interessen zu artikulieren. Dabei ging es u.a. darum, wie das soziale Miteinander in der Stadt gefördert werden kann. Außerdem sollten Vereinsaktivitäten aufeinander abgestimmt werden, und man überlegte, wie man gemeinsam eine bessere Öffentlichkeitsarbeit organisiert. Schließlich entstand auch die Idee, gemeinsam Spenden aus der Wirtschaft einzuwerben und diese aus „einem“ Topf gemeinsam zu verteilen. All diese Aktivitäten werden seit Mai 2000 durch eine professionelle Unterstützungsstelle zur Förderung der Freiwilligenarbeit und des Ehrenamts in Parchim koordiniert. *ZIP – Zusammen in Parchim*

heißt die Koordinationsstelle, deren erklärtes Ziel es ist, Bürger, insbesondere auch junge Leute, für freiwilliges Engagement zu interessieren, Vereine und Initiativen in ihrer Arbeit zu unterstützen, Planungs- und Beratungskapazitäten zur Verfügung zu stellen, Kontakte zwischen Vereinen sowie zwischen Vereinen und Behörden herzustellen und Öffentlichkeitsarbeit professionell zu gestalten. Diese Art von Vernetzung und Kooperation könnte auch für andere Städte und Gemeinden in Ost- (und West-)Deutschland durchaus ein nachahmenswertes Modell werden.

Anhang

Liste der Interviewpartner

Parteien:

- Günter Pastow, Geschäftsführer der SPD Rostock
- Anke Knitter, Mitglied im Kreisvorstand der SPD Rostock
- Reinhard Heidrich, Kreisgeschäftsführer der CDU Rostock
- Prof. Wolfgang Leuchter, Kreisvorsitzender der PDS Rostock
- Johann-Georg Jäger, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90 in der Rostocker Bürgerschaft
- Christiane Lersch, Kreisvorsitzende der FDP

Soziokulturelle Vereine/Projekte:

- Angelika Blümecke, Geschäftsführerin des Frauenkultur-, bildungs- und beratungszentrums Beginenhof e.V.
- Michael Hugo, Geschäftsführer von Dien Hong – Gemeinsam unter einem Dach e.V.
- Thomas Pätzold, Geschäftsführer des Geschäftsbereichs „Berufliche Bildung“/ Institut für neue Medien e.V.
- Kerstin Gustke, Mitgeschafterin des Instituts für neue Medien e.V.
- Dr. Klaus Blaudzun, Geschäftsführer des Geschäftsbereichs „Medienwerkstatt“/Institut für neue Medien e.V.
- Dr. Wilfried Hombach, Mitarbeiter des Sozio-Kulturellen Netzwerks e.V.

Naturschutzverbände/Jugendverband:

- Antje Helm, stellvertretende Geschäftsführerin der *NAJU* (Rostock)

Abbildung 1: Mitgliederstatistik (CDU)/2001

Beschreibung	absolut	%	männlich	%	weiblich	%
Insgesamt	360	100,00	273	75,83	87	24,17
Konfession						
evangelisch	125	34,00	96	76,80	29	23,20
katholisch	78	21,00	60	76,92	18	23,08
sonstige	8	2,00	5	62,50	3	37,50
ohne Bek.	62	17,00	45	72,58	17	27,42
ohne Angabe	87	24,00	67	77,01	20	22,99
Altersklassen						
16-19 Jahre	1	0,28	1	100,00	0	0,00
20-29 Jahre	50	13,89	38	76,00	12	24,00
30-39 Jahre	79	21,94	57	72,15	22	27,85
40-49 Jahre	61	16,94	47	77,05	14	22,95
50-59 Jahre	83	23,06	64	77,11	19	22,89
60-69 Jahre	53	14,72	48	90,57	5	9,43
70 und älter	32	8,89	17	53,12	15	46,88
Ohne Angaben	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Durchschnittsalter		47,33		47,01		48,33

Abbildung 2:* Mitgliederstatistik (SPD)/2001

1. Gesamtmitgliederzahl	408
5. Altersstruktur	18.10.00
– bis 35 Jahre	108
– 36-50 Jahre	130
– 51-60 Jahre	89
– über 60 Jahre	81
6. Geschlecht	
Weiblich	108
Männlich	300
7. Anzahl der Mandatsträger auf UB-Ebene	31.12.00
– Kommunal	16
Gemeinderats- bzw. Ratsvertreter	
Kreistagsmitglieder	7
Sachkundige Bürgerinnen/Bürger	
– Landtag	
– Bundestag	
– Europäisches Parlament	Ortsbeiräte: 54
8. Hauptamtliche	
– Partei	
Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	1
9. Mitarbeiter(innen) von Abgeordneten und Fraktion	
Fraktion	
Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	
Bürgerbüros	2
MdL	
MdB	4
MdEP	2

*Die Angaben unter 2., 3. und 4. sind für die Mitgliederstatistik nicht relevant.

Abkürzungen

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme(n)
ABRO	Ausländerbeirat der Hansestadt Rostock
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
CDU	Christlich-Demokratische Union
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FÖJ	Freiwilliges Ökologisches Jahr
GAP	Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderungsprojekte
IGEL	Integration – Gemeinschaft Erleben Lernen
IT	Informationstechnologien
NABU	Naturschutzbund Deutschlands

NAJU	Naturschutzbundjugend
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SAM	Strukturanpassungsmaßnahmen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UFV	Unabhängiger Frauenverband
WBA	Wohnbezirksausschuss

Literatur

- Abrokat, Sven (1997): Politischer Umbruch und Neubeginn in Wismar von 1989 – bis 1990. Hamburg
- Aldenhövel, Josef Lütke/Mestrup, Heinz/Remy, Dietmar (Hrsg.) (1993): Mühlhausen 1989/90. Die Wende in einer thüringischen Kreisstadt. Münster
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton
- Berg, Frank/Nagelschmidt, Martin/Wollmann, Hellmut (1996): Kommunalen Institutionenwandel. Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozeß. Opladen
- Bergem, Wolfgang (1993): Tradition und Transformation. Zur politischen Kultur in Deutschland. Opladen
- Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hrsg.) (1996): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen
- Birsl, Ursula/Lösche, Peter (1998): Parteien in West- und Ostdeutschland: Der gar nicht so feine Unterschied. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2, S.7-24
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (2000): Veränderungen in den Wertorientierungen und im Wahlverhalten in Ost und West. In: Misselwitz, Hans/Werlich, Katrin (Hrsg.) (1989): Später Aufbruch – Frühes Ende? Potsdam, S. 189-212
- Der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) (1994): Aufbruch '89. Über den Beginn der Wende in Schwerin. Dokumentation. Schwerin
- Dornheim, Andreas (1995): Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90. Weimar/Köln/ Wien
- Emmerich, Wolfgang (1989): Kleine Literaturgeschichte der DDR. Frankfurt a.M.
- Evers, Adalbert (2000): Aktivierender Staat. Eine Agenda und ihre möglichen Bedeutungen. In: Kommune 18, H. 9, S. 15-19
- Falter, Jürgen W. (1998): Ein Staat, zwei Politikulturen? Politische Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland fünf Jahre nach der Wiedervereinigung. In: German Studies Review, Volume XXI, Number 2
- Findeis, Hagen/Pollack, Detlef/Schilling, Manuel (1994): Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Leipzig/Berlin
- Franz, Peter (1994): Zum Wandel politischer Institutionen und Orientierungen. In: Herlyn, Ulfert/Bertels, Lothar (Hrsg.): Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland. Opladen, S. 99-140
- Gabriel, Oscar W. (1995): Politischer Protest und politische Unterstützung in den neuen Bundesländern. In: Bertram, Hans (Hrsg.): Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse – politische Einstellungen. Opladen, S. 173-207

- Gensicke, Thomas (1994): Modernisierung, Wertewandel und Mentalitätsentwicklung in der DDR. In: Bertram, Hans/Hradil, Stefan/Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.): Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern. Berlin, S. 101-140
- Gensicke, Thomas (1999): Das bürgerschaftliche Engagement der Deutschen: Image, Intensität und Bereich. In: Klages, Helmut/Gensicke, Thomas (Hrsg.): Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Speyer, S. 73-98
- Grix, Jonathan (2000): The Role of the Masses in the Collapse of the GDR. London/New York
- Großer, Günther/Reißig, Rolf/Wolter, Gerhard (Hrsg.) (1988): Wissenschaftlicher Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium. Berlin
- Grunenberg, Antonia (1990): Aufbruch der inneren Mauer. Politik und Kultur in der DDR 1971-1990. Bremen
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Frankfurt a.M.
- Hansestadt Stralsund (Hrsg.) (1994): Die Friedensgebete im Herbst 1989. Stralsund
- Harth, Annette/Herlyn, Ulfert/Scheller, Gitta (1998): Segregation in ostdeutschen Städten. Opladen
- Häuser, Iris (1996): Gegenidentitäten. Zur Vorbereitung des politischen Umbruchs in der DDR. Lebensstile und politische Soziokultur in der DDR-Gesellschaft der achtziger Jahre. Münster
- Haufe, Gerda/Bruckmeier, Karl (Hrsg.) 1994: Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen
- Hauser, Richard/Glatzer, Wolfgang/Hradil, Stefan/Kleinhenz, Gerhard/Olk, Thomas/Pankoke, Eckart (1996): Ungleichheit und Sozialpolitik. Bd. 2 der Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern. Opladen
- Herlyn, Ulfert/Bertels, Lothar (Hrsg.) (1994): Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland. Opladen
- Klähn, Martin (1996): Bürgerbewegung als Träger der Wende – Bericht eines Zeitzeugen. In: Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Aufarbeitung und Versöhnung III. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR. Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“. Schwerin, S. 137-145
- Klages, Helmut/Gensicke, Thomas (1999): Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer
- Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (1999): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn
- Knabe, Hubertus (1993): Umweltkonflikte im Sozialismus. Köln
- Kocka, Jürgen (1994): Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, S. 547-553
- Krämer-Badoni, Thomas/Söffler, Detlev/Wiegand, Elke (1998): Die Entwicklung der Civil Society in einer Gesellschaft mit zwei politischen Kulturen. Ein Forschungsbericht. Bremen.
- Kramer, David/Wagner, Stephan/Billeb, Konstanze (1998): Soziale Bürgerinitiativen in den neuen Bundesländern. Untersuchung zu einem Förderprogramm 1993-1997. Stuttgart
- Kreikenbom, Henry/Stapelfeld, Maxi (1994): Steine auf dem Weg zum politischen Alltag. Vorgeprägte Orientierungen und aktuelle Erfahrungen der ehemaligen DDR-Bürger mit dem Interessenvermittlungssystem der Bundesrepublik. In: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin, S. 162-183

- Kreikenbom, Henry (1997): Einstellungen der Bürger zu den Parteien. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen, S. 167-189
- Langer, Kai (1999): „Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft ...“. Zur Geschichte der „Wende“ in den drei Nordbezirken der DDR. Bremen
- Lemke, Christiane (1991): Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR. Opladen
- Lemke, Christiane (1997): Nachholende Mobilisierung. Demokratisierung und politischer Protest in postkommunistischen Gesellschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5, S. 29-37
- Michael, Klaus (1997): Zweite Kultur oder Gegenkultur? Die Subkulturen und künstlerischen Szenen der DDR und ihr Verhältnis zur politischen Opposition. In: Pollack, Detlef/Rink, Dieter (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt a.M., S. 106-129
- Möller, Bärbel (1994): Parteien im lokalen Raum: Empirische Befunde aus Jena und Frankfurt (Oder). In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Opladen, S. 124-133
- Mrotzek, Fred (1996): Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim. Hamburg
- Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan (Hrsg.) (1991): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen. Berlin
- Mushaben, Joyce Marie (1998): Die Lehrjahre sind vorbei! Re-Forming Democratic Interest Groups in the East German Länder (Konferenz: After the GDR: New Perspectives on Divided and Reunited Germany. Montreal; unveröff.)
- Neckel, Sighard (1999): Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989. Frankfurt a.M./New York
- Olk, Thomas (2000/01): Individualisierung und Sozialstaat. In: Zukünfte 9, H. 34, S. 30-33
- Pollack, Detlef (Hrsg.) (1990): Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche. Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris
- Priller, Eckhard (1996): Veränderungen in der politischen und sozialen Beteiligung in Ostdeutschland. In: Zapf, Wolfgang/Habich, Roland (Hrsg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinigten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin, S. 283-305
- Priller, Eckhard (1997): Zur Entstehung des Dritten Sektors in Ostdeutschland. Funktion, Leistung und Selbstbewertung. In: Corsten, Michael/Voelkow, Helmut (Hrsg.): Transformation zwischen Markt, Staat und Drittem Sektor. Marburg, S. 253-266
- Priller, Eckhard (1999): Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung. In: Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, hrsg. vom SFZ Berlin-Brandenburg e.V. durch Gunnar Winkler. Berlin. S. 327-377
- Priller, Eckhard (2002): Demokratie- und Engagementpotentiale im Osten der Republik. In: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (Hrsg.) Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern. Bd. 17 (i.E.)
- Probst, Lothar (1993a): Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Köln
- Probst, Lothar (1993b): „Der Norden wacht auf!“ Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock im Herbst 1989. Bremen
- Probst, Lothar (1994): Das Modell Runder Tisch. In: Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg (Hrsg.): Die realexistierende postsocialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur. Berlin, S. 86-95

- Probst, Lothar (2000): Die PDS – von der Staats- zur Regierungspartei. Eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern. Hamburg
- Rattinger, Hans (1995): Parteineigungen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. In: Bertram, Hans (Hrsg.): Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse – politische Einstellungen. Opladen, S. 231-255
- Rink, Dieter (1995): Leipzig. Gewinnerin unter den Verlierern? In: Vester, Michael/Hofmann, Michael/Zierke, Irene (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Köln, S. 51-91
- Rosenblatt, Bernhard von (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement. Zusammenfassender Gesamtbericht, Infratest Burke Sozialforschung. München
- Roth, Roland (1994): Demokratie von unten. Neue Soziale Bewegung auf dem Wege zur politischen Institution. Köln
- Roth, Roland (1997): Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn, S. 404-447
- Rucht, Dieter/Blattert, Barbara/Rink, Dieter (1997): Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel ‚alternativer‘ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands. Frankfurt a.M./New York
- Sauer, Thomas (1999): Das landespolitische Dilemma der Bündnisgrünen im Osten. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Bündnis 90/Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung. Berlin/Potsdam, S. 39-44
- Schmitt, Hermann (1992): So dicht war die Mauer nicht! Parteibindungen im Osten Deutschlands. In: Eisenmann, Peter/Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Die Entwicklung der Volksparteien im vereinigten Deutschland. München, S. 229-253
- Schmitt, Karl (1995): Die Landtagswahlen 1994 im Osten Deutschlands. Früchte des Föderalismus: Personalisierung und Regionalisierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26, H. 2, S. 261-295
- Schröder, Dieter (1998): Kommunen im Umbruch – Das Beispiel Rostock. In: Werz, Nikolaus/Schmidt, Jochen (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel – Bilanz und Ausblick. München, S. 116-134
- Thaysen, Uwe 1990: Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? Opladen
- Veen, Hans-Joachim (1995): Zwischen Rekonzentration und neuer Diversifizierung. Tendenzen der Parteientwicklung fünf Jahre nach der Einheit. In: Winand Gellner/Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen. Frankfurt a.M., S. 117-135
- Vester, Michael/Hofmann, Michael/Zierke, Irene (Hrsg.) (1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Köln
- Walz, Dieter (1997): Einstellungen zu den politischen Institutionen. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen, S. 147-167
- Walzer, Michael (1993): Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus. In: Honneth, Axel (Hrsg.), Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M./New York, S. 157-180
- Wensierski, Peter (1988): Ökologische Probleme und Kritik an der Industriegesellschaft in der DDR heute. Köln
- Wielgohs, Jan (1993): Auflösung und Transformation der ostdeutschen Bürgerbewegung. In: Deutschland Archiv 26, H. 4, S. 426-434
- Wollmann, Helmut (1994): Kommunalpolitik und –verwaltung in Ostdeutschland im Umbruch und Übergang. In: Roth, Roland/Wollmann, Helmut (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen, S. 20-33

Zimmer, Annette/Priller, Eckhard/Anheier, Helmut K. (1997): Der Nonprofit-Sektor in den neuen Bundesländern: Kontinuität, Neuanfang oder Kopie? In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Bd. 20, H. 1, S. 58-76